



Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 5. Juli 2007

58. Jahrgang / Nummer 13



Wenn das keine Urlaubsgefühle weckt! Auf das Trefflichste gehen während der Landesgartenschau in Waldkirchen Natur und Stadt eine Symbiose ein. Daneben wird den Besuchern das reiche geschichtliche Erbe der alten Salzhandelsstadt nahegebracht, das sich aus den Beziehungen zwischen Bayern, Oberösterreich und Südböhmen entwickelte (vgl. Bericht auf Seite 15). □

PPP-Leitfaden für Kommunen

Kein Allheilmittel / Haftanstalten und Mainbrücken als Pilotprojekte

Bayern ist bei der Anwendung des PPP-Prinzips bei öffentlichen Baumaßnahmen das führende Bundesland in Deutschland. Im Freistaat gibt es bereits 60 Projekte, die in „Public-Private-Partnership“ erstellt werden. Geplant, finanziert, gebaut und betrieben werden dabei öffentliche Einrichtungen durch Private. Absicht der öffentlichen Hände dabei ist es, Kosten und/oder Zeit zu sparen.

Schon bald dürfte die Zahl solcher Kooperationen zwischen dem öffentlichen Sektor und der Privatwirtschaft weiter zunehmen, denn Bayern steht dem PPP-Prinzip sehr positiv gegenüber. Er sieht darin zwar keinen Ersatz, wohl aber eine sinnvolle Ergänzung zur herkömmlichen Vergabe öffentlicher Aufträge.

Entsprechend hat sich die Staatsregierung schon frühzeitig um die Sache gekümmert und in Kooperation mit Vertretern der Städte und Gemeinden sowie der Bau- und Kreditwirtschaft einen dreiteiligen PPP-Leitfaden erarbeitet, der vor allem den Kommunen praxisbezogenen Hilfestellung leisten soll bei der Durch-

führung von kommunalen Projekten. Der erste Teil, schon im Juli 2005 vorgestellt, vermittelt Grundlagen und zeigt Chancen und Risiken.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Der zweite Teil, im April 2006 veröffentlicht, fasst die relevanten rechtlichen Rahmenbedingungen zusammen und behandelt ausführlich das Thema Finanzierung. Im dritten Teil, der jetzt von den Staatsministern Beckstein (Innen), Huber (Wirtschaft) und Faltlhauser (Finanzen) vorgestellt wurde, erhalten die Kommunen die erforderlichen Hilfestellungen für eine qualifizierte Vergabe- und Vertragsgestaltung.

Keine Musterlösungen

Dieser „bayerische Weg“, der im Innenministerium unter Führung der Obersten Baubehörde partnerschaftlich erarbeitet wurde, verzichtet im Gegensatz zu (Fortsetzung auf Seite 4)

KPV-Landesvorstand und -Hauptausschuss:

Individuelle Förderung als Maxime

Diskussion mit Kultusminister Schneider und Innenstaatssekretär Schmid

Die Situation der bayerischen Schulen sowie Aktuelles zum Bayerischen Feuerwehrgesetz und zur Baurechtsnovelle waren die zentralen Themen der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. Hierzu konnte Landesvorsitzender Landrat Luitpold Braun Kultusminister Siegfried Schneider und Innenstaatssekretär Georg Schmid willkommen heißen.

Laut Statistischem Landesamt ist in den nächsten 20 Jahren im Grundschulbereich mit einem Rückgang der Schülerzahlen um ca. 11 Prozent zu rechnen. Dies hat laut Schneider nicht nur Auswirkungen auf Kindergärten und Grundschulen, sondern auch auf die Entwicklung der Übertrittsquoten.

Kinder müssen verwurzelt bleiben

Im Bereich Grundschule/Gymnasium liegt diese bayernweit im Schnitt bei 36 Prozent, während die Übertrittsquote an

die Hauptschulen etwa 35 Prozent beträgt. Das Bildungsverhalten der Menschen im ländlichen Raum gestaltet sich hierbei etwas anders als in der Stadt.

Als sein großes Anliegen bezeichnete es Schneider, alle Grundschulstandorte möglichst zu erhalten, „damit die Kinder verwurzelt bleiben“. Auch für eine Kommune sei dies wichtig, „denn wer zukunftsfähig sein will, braucht vor allem ein Grundschulangebot“. Um dieses bei deutlich zurückgehenden Schülerzahlen zu erhalten, setze der Freistaat hier auf jahrgangskombinierte Klassen - pädagogisch

in Bayern, räumte Schneider ein. Ziel sei es in erster Linie, ein qualitativ hochwertiges Angebot für die Hauptschüler zur Verfügung zu stellen. Die Schulen müssten ihr Augenmerk darauf richten, auf die Begabungen und Bedürfnisse der Schüler einzugehen und alle Talente zu fördern.

Grundkompetenzen und Wertevermittlung

Durch die Aufteilung des Lehrplans in einzelne Module soll jeder Schüler individueller gefördert werden und am Ende der Schulzeit über die Grundkompetenzen im Lesen, Schreiben, Rechnen, aber auch Englisch verfügen.

Die jungen Menschen erhalten ihre Ausbildungsreife durch Vermittlung dieser Grundkompetenzen zusammen mit einer verstärkten Werteerziehung. „Ich will die Hauptschule zu einer berufsvorbereitenden Schule entwickeln“, betonte der Minister. Mit dieser bewussten Profilbildung werde den Schülern die Möglichkeit gegeben, ihren Interessen und Neigungen gemäß (Fortsetzung auf Seite 4)



Das Präsidium beim KPV-Landesvorstand: Florian Hahn, Siegfried Schneider, Luitpold Braun und Gerhard Weber. □

Genossenschaftstag 2007:

Mut zur Veränderung

Zum 108. Verbandstag lädt der Vorstand des Genossenschaftsverbandes Bayern für den 12. Juli 2007 in das ICM nach München ein. Die Frage „Gefährdet Europa den Mittelstand?“ diskutieren Verbandspräsident Stephan Götzl und der Europa-Abgeordnete Alexander Radwan. Bayerns Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser sowie der ehrenamtliche Präsident des Verbandes, Leonhard Dunstheimer werden Grußworte halten. Den Vortrag zum Tagungsthema „Mut zur Veränderung“ hält der Träger des Physiknobelpreises 2005, Prof. Dr. Theodor W. Hänsch. □

gesehen kein Nachteil für die Schüler, örtlich gesehen eine Möglichkeit, Klassen vor Ort zu erhalten.

Hochwertiges Angebot

Schwieriger sei bei dem derzeitigen und zu erwartenden Bildungsverhalten sowie der demographischen Entwicklung der Erhalt aller gut 1.000 Hauptschulen



Der Bürgermeister weiß genau, wo am meisten Energie gespart werden könnte: an der Dämmung der kommunalen und privaten Gebäude. Aber er hält den Mund, denn die Investitionskosten sind gigantisch. Viel lieber zitiert er folgenden Satz Schopenhauers: „Ein eigentümlicher Fehler der Deutschen ist, dass sie, was vor ihren Füßen liegt, in den Wolken suchen.“ Seite 15

Bayerischer Städtetag in Fürth:

Europa braucht seine Städte

Zur diesjährigen Verbandstagung des Bayerischen Städtetags lädt dessen Vorsitzender, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Delegierte und Gäste nach Fürth ein. Zum Tagungsthema „Europa braucht seine Städte“ referieren der Gastgeber und Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber. In der anschließenden Podiumsdiskussion erörtern Dr. Ingo Friedrich, Günter Glosler, Dr. Ulrich Maly, Emilia Müller, Hans Schaidinger, Dr. Birgit Seelbinder und Gerhard Stahl die Materie. □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Bezirk Niederbayern vergibt Denkmalpreis 2007

Die „beispielhaften denkmalpflegerischen Leistungen“ der Eigentümergemeinschaft Brunner in Passau wurden mit dem Denkmalpreis des Bezirks Niederbayern ausgezeichnet (vgl. Bericht auf Seite 14). □

Ländlicher Raum ... wo Bayern zu Hause ist:

„Das Land halten“

Abschlusskonferenz der CSU-Landtagsfraktion im Kloster Plankstetten

Mit einem furiosen Finale beendete die CSU Landtagsfraktion die letzte in der Serie ihrer fünf Regionalkonferenzen in der Schule für Land- und Dorfentwicklung im Kloster Plankstetten. 17 hochkarätige Referenten wurden aufgeboten: Die Staatsregierung wurde angeführt von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, die Bundesregierung war vertreten mit Staatssekretär Gerd Müller, an der Spitze der CSU Landtagsfraktion referierte ihr Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann, alle Präsidenten der bayerischen kommunalen Spitzenverbände sowie Bundes- und EU-Abgeordnete erlebten die über 250 Teilnehmer auf der letzten Regionalkonferenz der CSU Landtagsfraktion.

CSU Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann stellte in seinem Eröffnungsstatement in Aussicht, dass bereits im Nachtragshaushalt 2008 die erwarteten höheren Steuereinnahmen für Projekte im ländlichen Raum eingeplant sind. Markus Sackmann, stellv. Fraktionsvorsitzender und Organisator der Regionalkonferenzen war positiv überrascht über die zahlreichen Anregungen und Vorschläge zum Arbeitspapier in den vorangegangenen vier Regionalkonferenzen (vgl. Seite 4). Die zukünftigen Probleme des ländlichen Raums

können nach Sackmann nur durch ein neues „sektortübergreifendes Denken und Handeln“ gelöst werden.

Eine neue Liebe?

Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags war sich in seinem kritischen Statement, nicht sicher, ob das Arbeitspapier der CSU Fraktion „einer neuen Liebe zum ländlichen Raum entspringt, oder ob es nur ein One-Night-Stand ist“. Gefordert sei, wegen der sehr zeitaufwändigen und ineffektiven

„Nach Ausarbeitung der Lokalen Agenda 21, wäre es eine große Hilfe gewesen, wenn die Fördermöglichkeiten und die Förderung der Projekte über eine Stelle abgewickelt worden wären“, sagte sie. Landrat Albert Löhner aus Neumarkt i. d. Opf. bedauerte, dass die Landratsämter die „Koordinationsfunktion mit den Ministerien“ im Rahmen der Verwaltungsreform nicht zugesprochen bekommen haben. „Diese Lösung war von der Staatsregierung gewollt, von der Landtagsfraktion wurde dieser Vorschlag nicht unterstützt“, erläuterte Innenminister Beckstein.

Der designierte Ministerpräsident berichtete, dass sein Haus wegen der Forderung nach einem eigenen Ministerium bereits eine 80-seitige Studie erstellt habe. Wegen zahlreicher Umsetzungsprobleme stünde er dem Vorschlag jedoch skeptisch gegenüber. Nach mehrmaligem Nachhacken durch den Präsidenten der Akademie für den ländlichen Raum, Prof. Dr. Holger Magel, zeigte sich Beckstein aber offen: „Wenn ich einen konkreten Vorschlag unterbreite bekomme, werden wir diesen ernsthaft prüfen“.

Neue Beteiligungskultur

Im Publikum fand die neue „Beteiligungskultur der CSU“ mit fünf Regionalkonferenzen und 1.200 Teilnehmern großen

Verwaltungsrechtsweg neu geordnet

Widerspruchsrecht gegen Behördenentscheidungen eingeschränkt
In den Kommunen gibt es ein Fakultativrecht

Ab Juli wird in Bayern das Widerspruchsrecht gegen behördliche Entscheidungen teilweise eingeschränkt bzw. abgeschafft. Statt erst einmal bei der Gemeinde oder beim zuständigen Amt zu intervenieren, muss man in einer Reihe von Angelegenheiten gleich zum Verwaltungsgericht gehen. Im kommunalen Bereich bleibt es indessen weitgehend beim Alten - z. B. im Abgaben- und Baurecht. Die Bürger haben hier die Wahl zwischen Widerspruch und Verwaltungsgericht. Der Landtag hat die entsprechende Gesetzesänderung mit den Stimmen der CSU gegen die der Opposition in Kraft gesetzt.

Vorangegangen war von Juli 2004 bis Ende Juni 2006 ein Modellversuch in Mittelfranken auf Grund der Vorschläge der Henzler-Kommission, die unter kommunaler Beteiligung der Staatsregierung Vorschläge zur Vereinfachung und Deregulierung gemacht hatte. Die Staatsregierung folgerte, man könne in Zeiten knapper werdender Ressourcen und rascher rechtsverbindlicher Entscheidungen durch die Verwaltungsgerichte auf den Widerspruch als erste Instanz verzichten.

In der abschließenden Plenardebatte verwies Innenminister Dr. Günther Beckstein darauf, die Empfehlungen der Henzler-Kommission seien einstimmig erfolgt. Auch der Landtag habe zugestimmt. Das Ergebnis des Mo-

dellversuchs sei durchaus kritisch diskutiert worden. Durch die Verkürzung des Rechtsweges würden nicht die Rechte des Bürgers reduziert sondern die Laufzeit des Verfahrens. Als Berichterstatterin im Landtag pflichtete Petra Guttenberger (CSU) dem bei. Es gehe darum, das Rechtsmittel Widerspruch zu erhalten, wo es Rechtssicherheit und Rechtsfrieden schaffe. Dem diene das fakultative Verfahren.

Für die SPD widersprach Adelheid Rupp. Mit der Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AG-VwGO) würden die Rechtsschutzmöglichkeiten der Bürger weiter eingeschränkt. Das Widerspruchsverfahren habe einen deutlich befriedigenden Effekt. Auch sei es teurer, gleich zum Verwaltungsgericht gehen und anwaltschaftliche Hilfe beanspruchen zu müssen.

Christine Stahl (Grüne) meinte, die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens konterkarriere jegliche Deregulierungsbemühung und schade Bürgern und Verwaltung. Sie verwies auf Bedenken bei Städte- und Gemeindetag. Die Hemmschwelle für den Bürger werde größer, wenn er gleich vor Gericht gehen müsse. Im Versuchsbezirk Mittelfranken sei das VG Ansbach relativ gut ausgestattet, was man nicht für alle Bezirke sagen könne. Das Fakultativrecht in kommunalen Angelegenheiten trage auch zur Unsicherheit bei der Verwaltung bei. **rm**



Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Albert Maier
92536 Pfreimd
am 10.7.

Bürgermeister
Heinrich Kiermeier
85413 Hörgertshausen
am 12.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Wernard
91166 Georgensgmünd
am 11.7.

Bürgermeister Bernd Gietl
83346 Bergen
am 12.7.

Bürgermeister Richard Schmidt
91090 Effeltrich
am 13.7.

Bürgermeister Konrad Weingart
97717 Sulzthal
am 13.7.

Bürgermeister Josef Kilgenstein
63825 Westerngrund
am 13.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Borst
97461 Hofheim i. Ufr.
am 16.7.

Bürgermeisterin Luise Goldfuß
95515 Plankenfels
am 17.7.

Bürgermeister Hans Jäger
94554 Moos
am 20.7.

Bürgermeister Hans Jäger
94554 Moos
am 20.7.

Bürgermeister Josef Schmidkonz
95695 Mähring
am 22.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Marita Kaiser
89257 Illertissen
am 12.7.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Müller
94252 Bayerisch Eisenstein
am 21.7.

ven Fördermittelverteilung im Freistaat, eine effiziente Koordination für die Verteilung der EU- und Staatszuschüsse durch ein eigenes Ministerium für den ländlichen Raum oder zumindest durch eine Koordinationsstelle.

Metropolregionen - keine Gegenspieler

Stoiber stellte die große Bedeutung des ländlichen Raums für Bayern heraus, wobei für Stoiber der ländliche Raum gemeinsam mit seinen nahen Großstädten Metropolregionen und keine Gegenspieler“ sind*. Die Staatsregierung hat unter Federführung des Bayerischen Wirtschaftsministers Erwin Huber ein Programm für den ländlichen Raum ausgearbeitet und jüngst beschlossen. Dieses Programm, wird im Juli der Öffentlichkeit vorgestellt.

In der ersten Diskussionsrunde mit dem Ministerpräsidenten stand das „Ministerium für den ländlichen Raum“ im Vordergrund. Ein eigenes Ministerium für den ländlichen Raum lehnte Stoiber mit Verweis auf die bereits funktionierende Gesamtkoordination ab. Hier ließen die Teilnehmer jedoch nicht locker.

Fördermittelkoordination

In der zweiten Diskussionsrunde u.a. mit dem designierten Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein und Landwirtschaftsminister Josef Miller wurde von Elisabeth Seiltz, Vertreterin der „Regionalinitiative Unser Land“ nochmals die Problematik der Fördermittelkoordination in den Raum gestellt und eine Koordinationsstelle gefordert.

Den Wunsch nach einem Ansprechpartner für die Kommunen unterstrich auch die Bürgermeisterin von Höhenkirchen-Siegertsbrunn, Ursula Mayer.

Zuspruch und viel Lob. Den weiteren Fahrplan stellte am Ende Markus Sackmann vor. Bereits Mitte Juli wird sich die Landtagsfraktion mit den Ergebnissen und Eingaben der Regionalkonferenzen beschäftigen und das Arbeitspapier endgültig beschließen. In der Sommerpause sollen dann bereits erste Anträge für den Nachtragshaushalt 2008 entwickelt werden. Im Frühjahr 2008 wird eine Bilanzkonferenz über die Ergebnisse stattfinden, wozu alle Teilnehmer eingeladen sind.

Ralf Klemens Stappen

*Die Bundesregierung stelle die neue „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ vor (Bericht folgt), in dem die Renaissance der Städte im Zentrum steht. **□**

SGK-Positionspapier zur öffentlichen Daseinsvorsorge:

Rechtsrahmen verbessern

Der Vorstand der Bundes-SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik) hat in seiner jüngsten Sitzung das Positionspapier „Forderungen an die Verbesserung des europäischen Rechtsrahmens zur Erbringung kommunaler Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge“ beschlossen.

Aus dem Spannungsverhältnis zwischen den vorhandenen Verpflichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge in Deutschland und dem europäischen Wettbewerbs- und Binnenmarktregelungen resultiert bei vielen Kommunen als Aufgabenträgern Rechtsunsicherheit. Um hier zu Klärstellungen und vermehrter Rechtssicherheit zu gelangen, fordert die Bundes-SGK dazu auf, folgende Punkte bei einer Verbesserung des europäischen Rechtsrahmens zur Erbringung von kommunalen Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu berücksichtigen.

1. Liberalisierung mit Augenmaß

Die Liberalisierung einzelner Sektoren der Daseinsvorsorge muss immer eine Einzelfallentscheidung bleiben, wie auch die Erfahrungen mit den bereits liberalisierten Sektoren, wie z.B. Strom, Gas oder Telekommunikation, zeigen. Die Gemeinwohlverpflichtungen in den einzelnen Sektoren sind zu unterschiedlich, um ein Gemeinschaftskonzept als einheitliche Regelungsgrundlage zu entwickeln. Im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung ist beispielsweise eine Liberalisierung auch wegen der großen Unterschiede in der Organisation dieser Aufgaben in den einzelnen Mitgliedsstaaten abzulehnen.

2. Kommunen müssen Dienstleistungen selbst erbringen dürfen

Städte, Gemeinden und Kreise können bei Wahrung bestimmter Voraussetzungen Leistungen der Daseinsvorsorge selbst oder durch eigene Unternehmen und ohne Ausschreibung bereitstellen. Sowohl im Vergabe-

auch im Beihilferecht gilt es allerdings, mehr Rechtssicherheit bei der Erbringung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zu schaffen.

3. Klare Abgrenzungskriterien im Beihilfebereich schaffen

Welche Dienstleistungen als wirtschaftlich und welche als nichtwirtschaftlich anzusehen sind, unterliegt dem gesellschaftlichen Wandel. Deshalb kann kein endgültiges Verzeichnis sämtlicher Dienstleistungen, die als nichtwirtschaftlich anzusehen sind, aufgestellt werden.

4. Vergaberecht muss Gestaltungsspielräume ermöglichen

Die Bundes-SGK fordert eine europäische Regelung zur Freistellung der interkommunalen Zusammenarbeit vom Vergaberecht, daneben aber auch Klärstellungen zu den Bereichen Inhouse-Vergabe und institutionelle Öffentlich-Private Partnerschaften. Zudem spricht sie sich dagegen aus, Dienstleistungskonzessionen einem ausdrücklichen Vergabeverfahren zu unterwerfen. Insbesondere darf es keinen faktischen Zwang zur Privatisierung infolge überzogener Ausschreibungspflichten geben. Gerade die interkommunale Zusammenarbeit als rein verwaltungsinterne Aufgabenübertragung ist ein effizienter und bürgernaher Weg zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben.

5. Bürgernaher Festlegung von Gemeinwohlverpflichtungen vertrauen

Dazu aber bedarf es keiner Regelungen im Rahmen des europäischen Wettbewerbs- und Binnenmarktmodells. Zugang, Qualität und Erschwinglichkeit von Leistungen der Daseinsvorsorge müssen im Rechts- und Gesellschaftssystem der einzelnen Mitgliedsstaaten verhandelt werden. Hier bestehen ganz unterschiedliche Traditionen und Ausprägungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten. In Deutschland gehören dazu beispielsweise das

„Achtung Feuerwehr!“

Heckwarnleuchten werden amtlich zugelassen

Was bisher nur stillschweigend geduldet wird, ist künftig amtlich genehmigt: Die Feuerwehr darf im Einsatz auf der Straße Warnleuchten zur Hecksicherung ihrer Fahrzeuge aufstellen. Der kommunalpolitische Landtagsausschuss hat die Staatsregierung einstimmig aufgefordert, eine entsprechende Ausnahmeregelung zu treffen.

Der CSU-Abgeordnete und Vorsitzende des Arbeitskreises für kommunale Fragen und innere Sicherheit, Dr. Jakob Kreidl, hatte in seiner Fraktion einen entsprechenden Antrag initiiert. Er bezog sich auf entsprechende Überlegungen im Innenministerium, die aber im zuständigen Bund-Länder-Arbeitskreis bislang zu keinem Beschluss geführt haben. Nun wird Bayern in eigener Zuständigkeit handeln.

Die Warnleuchten seien keine Kleinigkeit, betonte Bericht-

erstatte Herbert Ettengruber (CSU). Es gehe um mehr Sicherheit für Feuerwehr und Verkehrsteilnehmer. Kreidl hatte auf die massive Verunsicherung der Feuerwehrleute hingewiesen.

Die Opposition sah das ebenso. Mitberichterstatter Stefan Schuster (SPD) fand es unverstündlich, dass es hier noch zu keiner Bund-Länder-Vereinbarung gekommen sei. Der einhellige Beschluss kam ohne weitere Diskussion zustande. (s. GZ 11 / 07.06.07). **rm**

Ländlicher Raum ist Querschnittsaufgabe

Spezieller Ausschuss abgelehnt
Skepsis gegenüber eigenständigem Ministerium

Im Bayerischen Landtag wird es keinen eigenen Ausschuss für den ländlichen Raum geben. Ein Antrag der Grünen-Fraktion auf Einrichtung eines solchen Gremiums wurde von CSU und SPD abgelehnt.

In beiden Fraktionen wird auch die Forderung nach Schaffung eines Ministeriums für den ländlichen Raum skeptisch beurteilt. Zum Grünen-Antrag bezüglich dieses Ausschusses erklärte Mitberichterstatterin Helga Weinberger (CSU) im Kommunalausschuss, die Einrichtung wäre eine Abkehr vom bisherigen Konzept, die Ausschüsse der Aufgabenstellung der einzelnen Ministerien zuzuordnen, ohne die Gesamtverantwortung des Landtags einzuschränken. Entsprechend nahm Florian Ritter für die SPD Stellung. Der ländliche Raum sei eine Querschnittsaufgabe des Parlaments. Zum eigenständigen Ministerium verwies er auf die von der CSU abgelehnte - Forderung, in der Staatskanzlei eine Stabsstelle für den ländlichen Raum einzurichten.

Für die Grünen stimmte Christine Kamm der Querschnittsaufgabe zu. Doch gerade die fachübergreifende Herausforderung erfordere einen eigenen Ausschuss. In der von der CSU bestimmten Landespolitik werde der periphere ländliche Raum von der Entwicklung abgekoppelt. **rm**

grundgesetzlich verbürgte Sozialstaatsprinzip, der Gleichbehandlungsgrundsatz, aber auch die kommunale Selbstverwaltung. Dies wird von der europäischen Ebene auch anerkannt.

Vor Ort kann am besten entschieden werden, welche konkreten Verpflichtungen im Interesse der Bürger erforderlich sind. Es kann immer nur eine Frage des Einzelfalls vor Ort sein, welches Ziel vorrangig verfolgt werden soll. Dazu gehört auch, dass die zuständige Behörde - d. h. in Deutschland in zahlreichen Fällen die Kommune - die Qualität von Leistungen der Daseinsvorsorge definiert und das Qualitätsniveau überwacht. Die Bürgerinnen und Bürger nehmen darauf durch ihre Teilnahme an den politischen Prozessen vor Ort entscheidenden Einfluss. **DK**



Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber ist bereits Besitzer der „Goldenen Sparkassenmedaille“. Deshalb überreichten ihm Geschäftsführender Präsident Dr. Siegfried Naser, Landesobmann Alois Hagl und 1. Präsident Hansjörg Christmann eine Magnum Flasche „Supremus“. Die Sonderabfüllung des Weins der Superlative kam aus dem Winzerkeller Sommerach. □

Bayerischer Sparkassentag 2007 in Fürth:

Drei-Säulen-Modell vehement verteidigen!

Die 75 bayerischen Sparkassen sowie ihre Töchter und Verbundpartner sind im Freistaat nicht nur fest verankert, sondern als Finanzgruppe der Marktführer. „Marktführer in Bayern“ lautete dementsprechend auch das Motto des diesjährigen Sparkassentags, der bestens eingebettet war in das 1000-jährige Jubiläum der Kleeblattstadt Fürth.

Gastredner Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber bekannte sich zunächst klar zu den Sparkassen und zum erfolgreichen Drei-Säulen-System in der deutschen Kreditwirtschaft. Er erteilte auch allen Bestrebungen zur Privatisierung oder dem Verkauf von Sparkassen an Private eine klare Absage: „Die bayerischen Sparkassen sind unverzichtbar für die Versorgung unserer Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen in der Fläche. Vor allem die Kredite der Sparkassen an kleinere und mittlere Unternehmen sind der Treibstoff, der den Motor der bayerischen Wirtschaft mit Volldampf am Laufen hält, den Aufschwung sichert und täglich neue Arbeitsplätze schafft.“

Bedeutung für die Soziale Marktwirtschaft

Die 75 bayerischen Sparkassen sind Stoiber zufolge mit 2.900 Zweigstellen und 48.000 Mitarbeitern „vor Ort“. Sie vergäben etwa 40 Prozent der Unternehmenskredite in Bayern und finanzierten jede zweite Existenzgründung. Drei Viertel aller mittelständischen Unternehmen hätten Geschäftsverbindungen zur Sparkasse. Stoiber betonte angesichts dieser Zahlen die grundsätzliche Bedeutung des Sparkassensektors für die Soziale Marktwirtschaft gerade auch in einer globalen Wirtschaft und warnte vor Verhältnissen wie in

Großbritannien oder Italien, wo die Privatisierung der Sparkassen und überregionale Fusionen die Versorgung der Bevölkerung und des unternehmerischen Mittelstands mit Finanzdienstleistungen erheblich verschlechtert hätten.

Verlässliche Partner

Auch zeigte sich der Ministerpräsident fest davon überzeugt, dass die bayerischen Sparkassen die Herausforderungen der Zukunft meistern werden: „Der Finanzplatz Bayern ist mit einer starken Landesbank und dem engen Verbund mit den bayerischen Sparkassen hervorragend aufgestellt. Die Bayerische Staatsregierung wird auch künftig den Sparkassen als verlässlicher Partner zur Seite stehen. Starke Sparkassen und ein starkes Bayern gehören zusammen.“

In dieselbe Kerbe hieb der geschäftsführende Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Siegfried Naser. Er betonte: „Unser Geschäftsmodell ist im Zeitalter der Globalisierung aktueller und notwendiger denn je. Deshalb stehen Kommunal-, Landes- und Bundespolitik auch hinter uns.“ An die Adresse von Ministerpräsident Stoiber, der letztmalig am Sparkassentag teilnahm, gerichtet, meinte Naser: „Wir bayerischen Sparkassen verneigen uns vor Ihrer großartigen Lebensleistung. Wir wissen es sehr zu schätzen, dass

Sie stets ohne „Wenn“ und „Aber“ für unser Geschäftsmodell eingetreten sind!“

Den Aufschwung mitgestalten

Auf den „gewaltigen Unterschied“ in der Stimmung im Lande wie auch in der tatsächlichen Wirtschaftslage im Vergleich zum Sparkassentag 2006 in Bamberg hatte Naser zu Beginn seiner Ausführungen verwiesen. Habe damals noch weit verbreiteter Missmut geherrscht, sei nur ein Jahr später „der kranke Mann Europas auf dem besten Weg, zur Lokomotive Europas zu werden“. Die bayerischen Sparkassen gestalteten den Aufschwung mit: Als Begleiter des Mittelstands hätten sie sich seit dem letztjährigen Sparkassentag ausgezeichnet im zunehmenden Wettbewerb bewährt. So habe die Sparkassen-Finanzgruppe im vergangenen Jahr ihre Marktanteile in wichtigen Segmenten ausgebaut.

Marktführer

Derzeit verfügt die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern laut Naser über eine Kundenreichweite von 60 % der Bevölkerung: „Wir sind Marktführer, stellen bei rund 40 % aller Kunden, seien es Privat- oder mittelständische Firmenkunden, die Hauptbankverbindung. Insgesamt sind in Bayern sechs Millionen Bürger, also etwa 50 % der Bevölkerung, Kunden einer Sparkasse“, stellte der Präsident fest. Der Marktanteil der Sparkassen-Finanzgruppe bezüglich der Hauptbankverbindung von

Firmenkunden betrage 38 %, „womit wir den Anteil aller privaten Großbanken um mehr als das Doppelte übertreffen“.

Gesellschaftspolitische Mitverantwortung

„Trotz dieser wirtschaftlichen Erfolge haben die bayerischen Sparkassen jedoch immer ihre gesellschaftspolitische Mitverantwortung im Auge behalten“, fuhr Naser fort. „Wir zeigen nach wie vor Flagge für die ureigensten Ziele der Sparkassen: die Versorgung der Regionen mit kreditwirtschaftlichen Leistungen und das Engagement für die gesellschaftlichen Belange dieser Region - auch oder gerade unter Verzicht auf eine Maximierung des Gewinns. Wir entlassen keine Mitarbeiter bei guten Gewinnen, nur um den shareholder value zu maximieren.“

Zwei Mrd. Euro Steuern

Ganz entschieden vertrete der Sparkassenverband die Auffassung, „dass wir der Gesellschaft einen guten Teil unseres Erfolgs zurückgeben müssen“. Allein im Fünfjahreszeitraum 2001 bis 2005 hätten die bayerischen Sparkassen, so der Präsident, eine Summe von 1,72 Mrd. Euro an gewinnabhängigen Steuern aufgebracht sowie mehr als 200 Mio. Euro gespendet und gestiftet. Allein die deutschen Sparkassen hätten 2006 mit ca. 2 Mrd. Euro soviel Steuern abgeführt wie Siemens, DaimlerChrysler, die Deutsche Post, E.ON, die Deutsche Bank und Metro zusammen.

Doch kann bekanntermaßen selbst der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn (siehe EU-Kommission und Bundesverband der privaten Banken) nicht gefällt. Was diese nicht ruhen lasse, ist Naser zufolge die Funktionsweise des deutschen Bankensystems. Konkret gehe es um die Rolle der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in der Systematik des Drei-Säulen-Modells. Naser: „Auch in anderen Staaten wie zum Beispiel in Frankreich oder Spanien, sind weite Teile des Kreditwesens in Form von Stiftungen und Genossenschaften organisiert. Damit sind sie dem Kapitalmarkt nicht zugänglich. Und nur darauf, nicht auf die Rechtsform, kommt es letztlich an.“

Nicht falschen Lockrufen erliegen

Gleichwohl seien in diesen Ländern mehrere erfolgreiche, internationale Grossbanken entstanden. Für den Bankenmarkt bedeute dies: „Wenn es wirklich Versäumnisse gibt, so können sie nicht in der Struktur des Bankenmarkts in Deutschland liegen,

GZ Kolumne Luitpold Braun

liebe Leser

Vor wenigen Tagen war zu hören, dass Bundesministerin Annette Schavan die föderalistische Struktur in Deutschland heftig kritisierte. Ihrer Meinung nach bedeutet Föderalismus nicht, dass jeder das machen könne, was er wolle.

Frau Schavan irrt. Natürlich bedeutet Föderalismus, dass jeder Teilstaat im Rahmen seiner Zuständigkeit das machen kann, was er will. Dass die Länder sich untereinander absprechen, widerspricht diesem Grundsatz nicht. Föderalismus bedeutet ja, dass sich selbständige Staaten zu einem Bund zusammenschließen. Diesem übertragen sie dann bestimmte Rechte und Zuständigkeiten, nicht umgekehrt! Damit kann den Gliedstaaten auch nicht verwehrt werden, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu handeln.

Im Gegensatz zu Frau Schavan bin ich der Auffassung, dass wir nicht zuviel Föderalismus in Deutschland haben, sondern eher zu wenig. Es ist schon traurig, wenn man sieht, mit welchen Rechten Bayern 1871 geködert wurde, um es zu einem Reichseintritt zu bewegen. Im Vergleich dazu ist heute nicht mehr viel übrig.

Die eigene Bahn ist verschwunden, die eigene Post ist verschwunden, die eigenen

Mehr Föderalismus für Bayern!



Auslandsvertretungen sind verschwunden, die Bayerische Armee gibt es nicht mehr.

Nun kann man sich auf den Standpunkt stellen, dass manches davon zwischenzeitlich überholt wäre. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass Bayern auch im europäischen Vergleich innerhalb der Länder der Europäischen Union zu den größten Mittelstaaten zählen würde, wäre es denn selbständig. Bayern hat mehr Einwohner als z.B. Ungarn, die Tschechei, Portugal oder Belgien.

Bei diesen Ländern kommt kein Mensch auf die Idee zu fragen, ob sie selbständig im Rahmen ihrer Zuständigkeiten handeln können.

Warum also bei Bayern?

Ne
Luitpold Braun

sondern vielmehr in der jeweiligen Geschäftsstrategie der handelnden Akteure.“

Laut Präsident wäre es ein „Treppenwitz der Geschichte, wenn wir den Lockrufen erliegen würden, die der Politik einen freieren Wettbewerb und uns Sparkassen eine größere Flexibilität versprechen“. Das hieße, das Geschäftsmodell der Kreditinstitute, das selbständige Banken in der Region vorsieht, schließlich zugunsten internationaler Fusionen dem Kapitalmarkt zu übergeben oder für die Zerschlagung durch Hedgefonds freizugeben. Zu einer solchen Politik könnte man auf gut bayerisch nur noch sagen: „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber.“

Erfolgreiches Fürth

Zuvor hatte Fürths Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung auf die erfolgreiche Fünf-Jahres-Bilanz

der tausendjährigen Stadt verwiesen. Deutlich sichtbar seien wirtschaftliche Effekte sowie Verbesserungen in der Infrastruktur, bei der Solarenergie, im Umweltbereich, in der Kultur sowie im Ausbau von Schulen und von Kinderbetreuungsangeboten. Die Sparkassen seien zuverlässige Partner der Kommunen beim Ausbau der Infrastruktur und vor allem unentbehrliche Unterstützer vieler gemeinnütziger Aufgaben. Dr. Gabriele Pauli, Fürth Landrätin und Verwaltungsratsvorsitzende der Sparkasse Fürth, konstatierte, dass viele Geldspenden in den vergangenen Jahren auch in den Landkreis Fürth gingen, „wodurch beispielsweise Projekte für Kinder und Jugendliche finanziert werden konnten“. DK

Hinweis: der GZ-Ausgabe Nr. 15/16 wird eine Sonderdokumentation des Bayerischen Sparkassentags beiliegen. □

"Endlich hab ich absolute Redefreiheit in alle Netze.*"

Neu!



Mit der BASE Flatrate telefonieren Sie für 90€ im Monat:*

- unbegrenzt
- kostenlos
- in alle Netze*

BASE

Die neue Redefreiheit

Suchen Sie sich die Flatrate aus, die zu Ihnen passt. www.BASE.de, 01802-776 000** und in allen E-Plus Shops.

*Dieses Angebot gilt nur bei Abschluss eines Mobilfunkvertrages mit der E-Plus Service GmbH & Co. KG im Tarif BASE 5 mit 24-monatiger Mindestvertragslaufzeit, einmaliger Anschlusspreis 25 €, monatlicher Paketpreis 90 € für innerdeutsche Gespräche in alle Netze (ohne Sondernummern und (Mehrwert-)Dienste). SMS in alle deutsche Mobilfunknetze kosten 0,19 € pro SMS (ohne Sondernummern und (Mehrwert-)Dienste). Dual- oder Tribandhandy erforderlich; Handy ggf. freischalten bzw. SIM-Lock-Sperre aufheben lassen; dafür fallen ggf. Kosten an. **0,06 €/Anruf aus dem Festnetz der T-Com.

4. Regionalkonferenz zum ländlichen Raum:

„Wo Bayern zu Hause ist“

Schwerpunktthema in Gangkofen: „Bildung, Familie, Soziales“

Die vierte Regionalkonferenz der CSU befasste sich im niederbayerischen Gangkofen mit dem Schwerpunkt **Bildung, Familie und Soziales**. CSU-Fraktionsvorsitzender **Joachim Herrmann**, dessen Stellvertreter **Markus Sackmann**, Kultusminister **Siegfried Schneider** und Sozialministerin **Christa Stewens** beleuchteten vor zahlreichen Kommunalpolitikern die ebenso hochaktuelle wie spannende Thematik.

Wie Fraktionschef Herrmann eingangs feststellte, könne er nicht nachvollziehen, „mit welcher Härte, teilweise sogar Polemik die Debatte um das Für und Wider des Ausbaus der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegeangebote für Kinder unter drei Jahren geführt wurde“. Stigmatisierungen von Menschen und die Abqualifizierung ihrer Lebensentwürfe passten nicht zum Werteverständnis eines christlichen Menschenbildes, so Herrmann.

Große Verantwortung

Diskutiert werde über Menschen, die sich für ein Leben mit Kindern entschieden haben - „heute leider alles andere als eine Selbstverständlichkeit“. Diese jungen Eltern bemühten sich in aller Regel nach bestem Vermögen und in jeweils unterschiedlicher Weise, ihrer großen Verantwortung gerecht zu werden. Eine Etikettierung als „Heimchen am Herd“ oder „Nur-Hausmutter“ sei deshalb genauso strikt abzulehnen wie die Schlagworte „Ra-

benmutter“, „Karrierefrau“ oder „Gebärmutter“. Hier würden Menschen zutiefst verletzt, betonte Herrmann.

Zukunftsinvestition Bildung

In punkto „Zukunftsinvestition Bildung“ verwies dessen Stellvertreter Markus Sackmann darauf, wie wichtig es für Kinder im Grundschulalter ist, kurze Wege zu ihrer Schule zu haben. Die örtliche Schule erfülle zudem in vielen Gemeinden die Funktion eines lokalen Kerns, um den sich die sozialen Aktivitäten bündeln. Schule sei nicht nur ein Ort der Bildung, sondern auch ein Ort der Veranstaltungen und Begegnungen, der eine emotionale und soziale Bindung zur jeweiligen Gemeinde schafft.

Die Hauptschule werde die CSU zukunftsorientiert weiterentwickeln und dieses qualitativ hochwertige und vielseitige Bildungsangebot auch im ländlichen Raum möglichst wohnortnah erhalten versprochen. Landtagsabgeordnete.

Gerade im ländlichen Raum, der von kleinen und mittelständischen Betrieben geprägt ist, würden Hauptschulabsolventen als Nachwuchs auf dem Lehrstellenmarkt benötigt. Hierzu soll der Praxisbezug der Hauptschule weiter verstärkt werden, z. B. durch je nach Interesse und Neigung des jeweiligen Schülers zu wählende Profildisziplinen, die die drei wesentlichen Berufsfeldgruppen: „Technik und Handwerk“, „Wirtschaft, Handel und Dienstleistungen“ und „Gesundheit, Soziales und Hauswirtschaft“ abbilden.

Interkommunale Zusammenarbeit

Grundsätzlich sei festzuhalten, dass die Chancen einer interkommunalen Zusammenarbeit genutzt werden müssen, um die Qualität und die Breite unserer Schulausbildung sicherstellen zu können, so Sackmann. Das bedeute aber auch, „dass wir gegebenenfalls neue Wege bei der Sprengelkosten und Gastschulbeiträgen andeuten und gemeinsam mit den Kommunen diskutieren müssen, um die Hauptschule als echte weiterführende Schulart ausgestalten zu können“.

Ein wesentlicher Ansatzpunkt für die Attraktivität einer Ge-

meinde im ländlichen Raum, auch als Wirtschaftsstandort, werde ihre Familienfreundlichkeit sein, fuhr der CSU-Politiker fort. Kinderbetreuungsangebote, Spielplätze, familiengerechte Wohnungen und Verkehrswege, familienfreundliche Arbeitsbedingungen, Beratungs- und Hilfeangebote, intakte Vereinslandschaft, Vergünstigungen für Familien und Ferienprogramme - all dies seien wesentliche Faktoren, die das Leben für Familien erleichtern und die Lebensqualität deutlich erhöhen.

„Den Weg des quantitativen sowie qualitativen Ausbaus werden wir konsequent weiter gehen“, kündigte Sozialministerin Christa Stewens an. Der bedarfsgerechte Ausbau der Betreu-

ungsangebote bleibe das Top-Thema der kommenden Jahre, „das wir mit höchster Priorität weiter verfolgen“. Deutliche Verbesserungen erwartet sich die Ministerin von einer noch intensiveren Sprachförderung.

Laut Kultusminister Siegfried Schneider wird die Zahl der Grundschüler in den kommenden Jahren voraussichtlich deutlich zurückgehen. Der Rückgang bei den Schülerzahlen wirke sich entsprechend auf die Bewerberzahl in der dualen Berufsausbildung aus. Bei dem derzeitigen und zu erwartenden Bildungsvorhalten sowie der demographischen Entwicklung sei der Erhalt aller gut 1.000 Hauptschulen in Bayern kein leichtes Unterfangen, räumte Schneider ein. **DK**

Generalübernehmer

Für Bauaufträge oberhalb des EU-Schwellenwertes (5,278 Mio. Euro) ist eine Vergabe an Generalübernehmer seit dem ÖPP-Beschleunigungsgesetz zugelassen. Der Bund hatte dabei zwingende europarechtliche Vorgaben umzusetzen. Für Aufträge unterhalb dieses Schwellenwertes verlangt Bayern jedoch auch bei PPP-Projekten nach wie vor eine sogenannte Nachunternehmerklärung. Danach müssen in der Errichtungsphase 70 Prozent der Bauleistungen im eigenen Betrieb ausgeführt werden. Bayern lege großen Wert darauf, so Huber, dass die besonderen Schutzvorschriften für Subunternehmer auch bei PPP-Modellen beachtet werden. Nach den Mittelstandsrichtlinien der Staatsregierung sind bei der Weitergabe von Bauleistungen an Subunternehmer regelmäßig auch kleine und mittlere Unternehmen zu beteiligen.

Huber betonte, dass der Staatsregierung der Mittelstand besonders am Herzen liege. Die meisten öffentlichen Infrastrukturprojekte würden auf kommunaler Ebene realisiert. Bayern wolle gerade bei kleineren Kommunen und Bauunternehmen noch vorhandene Hemmschwellen gegenüber PPP abbauen. Dazu brauche man keine externen Gutachter und Berater, dazu reiche der bewährte bayerische Weg, direkt mit den Beteiligten zu reden und ihre Belange in den Diskussionsprozess einzubringen. Nach Zahlen der Obersten Baubehörde liegt bei zwei Dritteln der kommunalen PPP-Projekte in Bayern das Auftragsvolumen unter 5 Millionen Euro. Der pauschale Vorwurf der Mittelstandsfeindlichkeit von PPP treffe also nicht zu. Außerdem existiere seit Dezember 2006 ein spezieller Arbeitskreis „Kleine mittelstandsfreundliche PPP-Projekte“, dem Vertreter der bayerischen Staatsministerien, der kommunalen Spitzenverbände, der Bauverbände und der Architekten- und Ingenieurkammern angehören.

Ab 20 Millionen

Josef Mend, Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetages, stimmte zwar den Ausführungen der Minister generell zu, schränkte aber ein, „dass realistisch gesehen erst ab Bauvolumen von 20 Millionen Euro aufwärts von Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Abwicklung eines Bauvorhabens mit einer PPP-Maßnahme die Rede sein könne. Normalerweise umfasst eine PPP-Maßnahme Planung, Bau, Betrieb und Finanzierung. Deshalb sei eine Standardisierung der Verfahrensabläufe sinnvoll. Dennoch sei PPP kein Allheilmittel. Durch PPP sei es zu einem Bewußtseinswandel in den Kommunen gekommen. Stadt- und Gemeinderäte diskutierten nicht mehr nur die Baukosten, sondern verstärkt auch die Kosten des Bauunterhaltes und des Betriebs.“

Reiner Knäusel, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetages, machte bei aller Freude über den jetzt kompletten Leitfadens auch ein paar kritische Anmerkungen. PPP könne auch zur Pleite werden, wenn in den Verträgen nicht auf Qualität und Bauunterhalt auf Dauer geachtet werde. Die Londoner U-Bahn sei dafür ein Negativbeispiel.

Auch komme es sehr darauf an, dass die Risiken zwischen den PPP-Partnern fair und einigermaßen gleich verteilt würden. Grundsätzlich aber könne Public-Private-Partnership ein Erfolgsmodell werden. Dem stimmte auch Rudolf Hanisch, Vorstandsmitglied der Bayerischen Landesbank, zu. Er nannte die drei Teile des PPP-Leitfadens „praxisnah, außerordentlich fundiert, sachlich und solide“. **dhg.**

PPP-Leitfaden für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

anderen Bundesländern und zum Bund bewusst auf Musterlösungen, weil es, so Falthäuser, immer nur um konkrete Einzelfälle gehen kann. Wem der dreiteilige Leitfaden zur Information noch nicht reicht, der kann mehr im Internet unter www.ppp.bayern.de erfahren. Außerdem gibt es für Kommunen und kommunale Zweckverbände, die konkrete Projekte - vor allem im Hochbau - durchzuführen beabsichtigen, eine „Arbeitsgruppe PPP“ unter Führung der Obersten Baubehörde als Ansprechpartner, die Rat und Hilfe bereithält und notwendige Kontakte vermittelt.

Pilotprojekte

Im Freistaat hat sich auf dem PPP-Gebiet schon Einiges getan. Von den schon erwähnten 60 PPP-Projekten bei öffentlichen Baumaßnahmen in Bayern sind 50 kommunale Bauprojekte. Um konkrete praktische Erfahrungen mit PPP zu sammeln und deren Wirtschaftlichkeit zu testen, führt der Freistaat als eines der ersten Bundesländer derzeit auch eigene Pilotprojekte im staatlichen Hochbau und im Straßenbau durch. Drei Projekte, nämlich der Neubau der Frauenhaftanstalt und Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München, die Ortsumfahrung bei Miltenberg mit dem Bau einer Mainbrücke und der IV. Bauabschnitt der Flughafenangänge Ost des Münchner Flughafens, sind bereits in der Ausführung.

Für sieben weitere Projekte, darunter der Neubau der Justizvollzugsanstalt Augsburg und vier Mainbrücken sowie die Erweiterung des Staatlichen Bauamtes Weilheim, hat der Landtag die Voraussetzungen geschaffen. Zu den laufenden Maßnahmen zählen auch Neubauten für die TU München, die Uni Bamberg und die Uni Bayreuth sowie die Fachhochschule Landsberg. In Bundeskompetenz fällt der inzwischen begonnene dreispurige Ausbau der Autobahn A 8 zwischen Augsburg und München.

Kein Königsweg

Alle drei Minister betonten ausdrücklich, dass PPP kein Königsweg und kein Allheilmittel und schon gar keine Möglichkeit sei, „ohne Geld zu bauen“. Für PPP müssten geeignete Projekte sorgfältig ausgewählt werden. Und jedes einzelne Projekt müsse genau auf seine Wirtschaftlichkeit, auch im Vergleich mit herkömmlichen Vorgehensweisen, überprüft werden. Reine Vorfinanzierungsmodelle, sagte Beckstein, seien in der Regel nicht kostengünstiger als herkömmliche Finanzierung, zumal, so Falthäuser, kein privater Unternehmer so günstig Kredite bekomme wie etwa Bayern, das inzwischen einen Haushalt ohne Neuverschuldung hat. Effizienzvorteile lassen sich nach Beck-

steins Darstellung am besten durch eine Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft bei Projekten erzielen, die deren gesamten Lebenszyklus umfassen, also unter Umständen über 20 oder 30 Jahre laufen. Projekte über den gesamten Lebenszyklus zu realisieren, sei mittlerweile in Bayern eine gängige Beschaffungsvariante.

Keine zusätzlichen Haushaltsspielräume

Immer, so die Minister unisono, sei aber zu beachten, dass Sonderfinanzierungsformen wie PPP grundsätzlich keine zusätzlichen Haushaltsspielräume schafften, sondern die Finanzierungslasten ebenso wie die herkömmliche Kreditfinanzierung in die Zukunft verschoben. Auch Sonderfinanzierungsformen führten zu regelmäßigen langfristigen Haushaltsbelastungen. Daher seien bei einer Haushaltslage, die eine Kreditfinanzierung nicht zulässt, in aller Regel auch keine kreditähnlichen Rechtsgeschäfte im Rahmen von PPP-Modellen möglich. PPP dürfe auf keinen Fall zu Schattenverschuldungen führen oder, so mahnte Falthäuser, den Landesetat unterlaufen.

Dem Gemeinwohl verpflichtet

Weiter einschränkend stellte Beckstein fest, PPP dürfe auch kein Selbstzweck sein. Öffentliche Auftraggeber seien dem Gemeinwohl, dem Gebot der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit und dem daraus abgeleiteten Gebot, Risiken zu minimieren, verpflichtet. Deshalb habe es auch keinen Sinn, wenn der Bund fordere, den PPP-Anteil auf bis zu 15 % des gesamten öffentlichen Finanzierungsvolumens anzuheben. PPP-Modelle müssten in jedem Einzelfall ein wirtschaftliches Ergebnis erzielen. In Bayern haben die PPP-Projekte laut Falthäuser ein Gesamtvolumen von rund 350 Mio. , was einer Quote von etwa 1 % entspreche. Das sei ein vernünftiges Maß.

VOB wird angewandt

Wirtschaftsminister Huber unterstrich, dass PPP kein Fluchtweg aus dem Vergaberecht und der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) sei. Öffentliche Auftraggeber hätten bei der Suche nach dem privaten Partner die Verdingungsordnung anzuwenden. Die Bieter wiederum seien bei der Vergabe von Unteraufträgen auf der zweiten Ebene an die VOB/B gebunden. Dies sei ausdrücklich vom Bund durch das ÖPP-Beschleunigungsgesetz im September 2005 so geregelt worden. Demnach dürften Subunternehmer keine schlechteren Vertragsbedingungen auferlegt werden, als mit dem öffentlichen Auftraggeber selbst vereinbart wurden.

Individuelle Förderung als Maxime ...

(Fortsetzung von Seite 1)

einen Bereich aus drei wesentlichen Berufsfeldern - Technik und Handwerk, Wirtschaft, Handel und Dienstleistung sowie Gesundheit, Soziales und Hauswirtschaft - zu wählen.

Kooperation mit Nachbarschulen

Laut Schneider müssen diese Wahlmöglichkeiten auch den Schülern in ländlichen Regionen zur Verfügung stehen. Wenn dort eine Schule nicht alle drei Profildisziplinen anbieten kann, weil sie zu klein ist, so biete sich die Kooperation mit einer oder mehreren Nachbarschulen an. Von dem SPD-Vorschlag, Haupt- und Realschulen zusammenzufassen, hält Schneider indes nichts. „Selbst dann könnte man nicht alle Hauptschulstandorte halten“, zeigte sich der Minister überzeugt. Und: „Die Schwächsten in der Hauptschule müssten dann die Zeche zahlen.“

Zusätzlich 100 Ganztags Hauptschulen

Der Freistaat Bayern wird zum kommenden Schuljahr zusätzlich 100 Ganztags Hauptschulen einrichten, fuhr Schneider fort. Gerade der Ausbau der Ganztagschulen an Hauptschulen ermögliche es, den Anteil der Schüler mit qualifizierendem Hauptschulabschluss und mittlerem Bildungsabschluss weiter zu erhöhen. Derzeit gibt es in Bayern 62 gebundene Ganztags Hauptschulen und 10 gebundene Ganztagsgrundschulen. Darüber hinaus nutzen rund 12.000 Hauptschülerinnen und Hauptschülern an 345 Hauptschulen offene Ganztagsangebote.

Feuerwehrgesetz

Stichwort Feuerwehrgesetz: Innenstaatssekretär Georg Schmid zufolge hat der Minister im Januar den Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Feuerwehrgesetzes gebilligt und das Innenministerium beauftragt, die Verbandsanhörung durchzuführen. Diese wurde

zwischenzeitlich ausgewertet. Nach derzeitiger Planung könnte der Gesetzentwurf im Herbst im Landtag eingebracht werden.

Möglichst schnell am Einsatzort

Die Forderung, dass freiwillige Feuerwehren innerhalb von zehn Minuten am Einsatzort sein müssen, stieß auf heftigen Widerstand. Notärzte sollten normalerweise nicht länger als zwölf Minuten brauchen, für die Polizei gebe es keine Vorgaben und ausgerechnet die ehrenamtlichen Feuerwehrhelfer müssten in unzumutbaren zehn Minuten am Ziel sein, lautete der Vorwurf.

Darüber hinaus wird die Übertragung der Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes und des technischen Hilfsdienstes auf einen Zweckverband mit Zustimmung der Regierung bzw. des Staatsministeriums des Innern ermöglicht. Dadurch wird auch die Möglichkeit geschaffen, überörtliche Feuerwehren zu bilden. Die Bestandsgarantie der Ortsfeuerwehren bleibt erhalten. Sie steht künftig jedoch Zusammenschlüssen von Ortsfeuerwehren auf freiwilliger Basis nicht mehr entgegen.

Doppelmitgliedschaften

Künftig können neben den Gemeindeeinwohnern auch Personen, die in einer Gemeinde einer regelmäßigen Beschäftigung oder Ausbildung nachgehen, dort zusätzlich oder alternativ zu ihrer Wohngemeinde Feuerwehrdienst leisten. Doppelmitgliedschaften werden ermöglicht. Auf Antrag kann künftig die Ausübung des (ehrenamtlichen) Feuerwehrdienstes bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres zugelassen werden.

Ermöglicht wird auch die Bildung gemeinsamer Werkfeuerwehren zwischen verschiedenen Betrieben und Einrichtungen. **DK**

ebenso die pauschale Freistellung der besonderen Führungsdienstgrade der Feuerwehren für regelmäßig anfallende Tätigkeiten.

Stichwort Baurechtsnovelle: Auf einer soliden Erfahrungsbasis gründet Schmid zufolge die Fortführung der Bauordnungsreform, „die an die kommunalen Wünsche angepasst wurde“. Es



Staatssekretär Georg Schmid gemeinsam mit Landrat Luitpold Braun.

handle sich hier lediglich um die Abrundung eines schon vorhandenen, in der Praxis erprobten und funktionierenden Systems. Als Eckpunkte des Gesetzentwurfs nannte Schmid u. a. die Genehmigungsfreistellung bis zur Sonderbautengrenze, das verschlankte Prüfprogramm im Baugenehmigungsverfahren, das neue Brandschutzkonzept, die Baugestaltung sowie das Abstandsflächenrecht. In einem landesweiten Feldversuch soll die alte Regeltiefe der Abstandsfläche grundsätzlich erhalten bleiben. Die Gemeinden sollen aber für ihr ganzes Gemeindegebiet oder Teile davon für das ursprünglich geplante neue Abstandsflächenrecht optieren können. Geplant ist, nach einigen Jahren die gewonnenen Erfahrungen bei den Bauaufsichtsbehörden und den Gemeinden abzufragen. **DK**

Dr. Peter Ramsauer:

Volle Unterstützung für die Kommunen

Anlässlich eines Gesprächs der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag mit den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände in Bayern und dem Vorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV), erklärt der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Dr. Peter Ramsauer:

In einem offenen und konstruktiven Meinungs austausch haben wir uns mit den aktuellen Anliegen der kommunalen Spitzenverbände in Bayern intensiv auseinandergesetzt. Unter anderem kamen dabei die entspannte Finanzlage der Kommunen und der Verbesserungsbedarf der Zusammenarbeit mit den lokalen Arbeitsagenturen zur Sprache.

Handlungsspielräume

Gemeinsam haben wir schließlich Bilanz gezogen, was die CSU-Landesgruppe seit ihrer Regierungsbeteiligung für die Kommunen durchsetzen konnte. Die Kommunen sind unverzichtbare Stützen einer erfolgreichen Politik für Wachstum und Beschäftigung. Als Anwalt insbesondere der bayerischen Gemeinden, Städte und Kreise setzen wir uns konsequent für die Handlungsspielräume der kommunalen Selbstverwaltung ein.

Wichtige Weichenstellung in der Familienpolitik

Im Bereich der Familienpolitik wurden wichtige Weichen gestellt. Beim Ausbau der Kinderbetreuungsplätze für unter Dreijährige bis 2013 lässt der Bund die Kommunen nicht allein und beteiligt sich an den Investitions- und Betriebskosten zu einem Drittel. Mit der Einführung eines Betreuungsgelds ab 2013 wird den Familien absolute Wahlfreiheit gewährt und auch die häusliche Erziehungsleistung junger Mütter und Väter gewürdigt.

Die Pflegereform kommt auch den Kommunen zugute. Mit den nun beschlossenen Leistungsanforderungen verringert sich der Anspruch auf ergänzende So-

zialhilfeeleistungen. Der Bund leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Begrenzung der kommunalen Aufwendungen im Bereich Pflege. Die unausweichlich notwendige Erhöhung der Beiträge zur sozialen Pflegeversicherung zum 1. Juli 2008 wird eine Erhöhung des Beitragsaufkommens um 2,5 Mrd. Euro mit sich bringen. Dies wird schließlich auch zu einer finanziellen Entlastung der Kommunen führen.

Plus für die Kommunen

Von der im März verabschiedeten Unternehmenssteuerreform werden die Städte und Gemeinden nachhaltig profitieren. Die angestrebte Aufkommensneutralität für die Kommunen ist erreicht. Im Jahresaufkommen verbleibt für die Kommunen sogar ein Plus von 68 Mio. Euro.

Die Herausforderungen, die sich aus der Langzeitarbeitslosigkeit ergeben, können Bund, Länder und Gemeinden nur gemeinsam lösen. Deshalb beteiligt sich der Bund im Jahr 2007 mit rund 4 Mrd. Euro an den Kosten der Unterkunft. Die Kommunen erhalten dadurch Planungssicherheit und bleiben zahlungsfähig.

Programm zur Gebäudesanierung

Mit der Ausdehnung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms können Kommunen einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten. Mit der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude erfüllen sie eine Vorbildfunktion für andere Hauseigentümer. Die finanziellen Spielräume dazu werden mit der

Ausdehnung deutlich verbessert. Bei der Ausgestaltung der Anreizregulierung haben wir uns



Dr. Peter Ramsauer.

erfolgreich für die Stadt- und Gemeindewerke stark gemacht. Rund 78 Prozent der Unterneh-

Dorferneuerung gefragt wie nie zuvor

Heuer 55 Millionen Euro an Fördermitteln

Für die Dorferneuerung in Bayern stehen in diesem Jahr über 55 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung. Das teilte Landwirtschaftsminister Josef Miller bei seinem Bericht zur Situation der Dorferneuerung im Landwirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags mit.

„Die Dorferneuerung ist und bleibt das Herzstück bayerischer Politik für den ländlichen Raum“, sagte der Minister. Von den Fördergeldern profitieren im Freistaat derzeit 660 Gemeinden mit 2.225 Ortsteilen und rund 575.000 Einwohnern. Insgesamt laufen bayernweit 1.082 Verfahren, von 595 Gemeinden liegen Anträge vor. Gefördert werden die Maßnahmen in Abhängigkeit von der Finanzkraft der Gemeinden mit bis zu 60 Prozent, in Hochfranken und in den Landkreisen an der Grenze zu Tsche-

men beim Strom und 76 Prozent beim Gas können an einem stark vereinfachten Verfahren teilnehmen, das von zahlreichen Informations- und Berichtspflichten befreit. So entsteht mehr Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten und die Zukunft der Stadt- und Gemeindewerke ist gesichert.

Integrationsplan

Neben vielen weiteren erreichten Maßnahmen setzen wir uns auch weiterhin für die Interessen der Kommunen ein. Mit dem nationalen Integrationsplan liefern Bund, Länder und Kommunen ein Signal für verstärkte Bemühungen um Integration: für Fördern und Fordern. Im Mittelpunkt wird dabei die deutsche Sprache stehen - denn Sprache ist der wichtigste Schlüssel zur Integration. Und eine gelungene Integration macht die Ortschaften und Stadtviertel lebenswerter.

Bei den jetzt anstehenden Themen wie der Novelle des Abfallverbringungsgesetzes, der Wohngeldnovelle und den Plänen der EU-Kommission für eine neue Bodenschutzrichtlinie können die Kommunen auf unsere volle Unterstützung zählen.

Hölzlein zu den Zuständigkeiten in der Sozialhilfe:

Klare Position

Zum aktuellen Stand der Reform der Zuständigkeiten in der Sozialhilfe nimmt der Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke, Manfred Hölzlein, wie folgt Stellung:

1. Der vom Kabinett gebilligte Gesetzesentwurf des Bayerischen Sozialministeriums zur Verlagerung der Zuständigkeit für die ambulante Eingliederungshilfe auf die Bezirke wird von uns begrüßt.

2. Das Gesetzgebungsverfahren zur Übertragung der ambulanten Eingliederungshilfe läuft sachlich und zeitlich getrennt von der Stellungnahme und Entscheidung des Kabinetts zur Hilfe zur Pflege.

3. Der Beschluss des Kabinetts zur Hilfe zur Pflege ist zunächst „nur“ ein Arbeitsauftrag an das Sozialministerium. Die Bezirke halten die Verlagerung der stationären Hilfe zur Pflege auf die Landkreise und kreisfreien Städte sachlich für verfehlt. Es ist ein erheblicher Mehraufwand an Verwaltung zu erwarten, der auch höhere Personalkosten nach sich ziehen wird. Es ist nicht vertretbar, dass eine Aufgabe, die bisher von sieben kommunalen Gebietskörperschaften, den Bezirken, zukünftig von 96 Gebietskörperschaften, den Landkreisen und kreisfreien Städten mit einem Mehr an Bürokratie durchgeführt werden soll. Die Landkreise und Kommunen sprechen selbst davon, dass in so einem Fall neue Institutionen, sogenannte Regionalbüros, erstellt werden müssten. In der Sache ergeben sich enge Bezüge zu den Eckpunkten der Bayerischen Staatsregierung vom Oktober 2006. Der Gesetzesentwurf zur Verlagerung der Aufgaben zur Hilfe zur Pflege auf die örtlichen Träger muss erst noch erstellt werden. Voraussetzung dazu ist ferner ein auf Dauer funktionierender finanzieller interkommunaler Ausgleich (möglichst einvernehmlich). Dieser muss im Gesetz selbst oder zumindest in der Gesetzesbegründung enthalten sein.

4. Die abschließende Entscheidung über das Gesetz zur Übertragung der Hilfe zur Pflege auf die örtlichen Träger obliegt ausschließlich dem Landtag und nicht der Bayerischen Staatsregierung. Aus der Mehrheitsfraktion sind uns bisher keine Signale zur Änderung der bisherigen Position bekannt.



Kreise und Städte sollen zuständig werden für die Hilfe zur Pflege:

Eine richtige Entscheidung!

Begrüßt haben der Bayerische Städtetag und der Bayerische Landkreistag die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung, die stationäre Hilfe zur Pflege für alte Menschen auf die Kreisebene zu verlagern. Bisher waren für die ambulante Hilfe die Kreise und kreisfreien Städte, für die stationäre Hilfe zur Pflege aber die Bezirke zuständig. Mit diesem Auseinanderfallen der Zuständigkeit soll ab 2009 Schluss sein.

„Wir begrüßen diese Entscheidung ausdrücklich. Sie ist kommunalpolitisch richtig, sie ist wirtschaftlich sinnvoll und sie dient vor allem

entwickeln und vermitteln, vom mobilen Pflegedienst über die ambulant betreuten Wohngruppen sowie die Kurzzeit- und Tagespflege bis hin zum Pflegeheim. Es ist wirtschaftlich sinnvoll, ambulant und stationär zusammenzuführen und damit die bisherigen Verschiebehöfe zu beenden. Durch Synergieeffekte können Kosten eingespart werden.

Und es dient vor allem den Betroffenen, wenn sie unabhängig vom jeweiligen Pflegebedarf weiterhin im gewohnten Umfeld leben können. Die pflegebedürftigen Menschen erleben kurze Wege und Hilfe aus einer Hand. Landratsämter und Rathäuser sind näher an den Menschen als die Verwaltungen der Bezirke.

Aber auch die Bezirke werden nicht arbeitslos: die Städte und Landkreise sind bereit, im Gegenzug Aufgaben der Eingliederungshilfe an die Bezirke abzugeben. Damit wird das Prinzip ambulant und stationär in einer Hand auch bei der Eingliederungshilfe für Behinderte realisiert werden.

„Städte und Landkreise erwarten nun, dass in der gemeinsamen Arbeitsgruppe ein Finanzierungsmodell entwickelt wird, das für einen gerechten Ausgleich der Belastungsschiebungen sorgt. Nach dem Vorbild des interkommunalen Lastenausgleichs bei Hartz IV wollen wir ein belastungsgerechtes Finanzierungssystem ausarbeiten. Außerdem müssen regionale Kommissionen eingesetzt werden, die für die 96 kreisfreien Städte und Landkreise die künftigen Entgeltverhandlungen mit den Wohlfahrtsverbänden führen“, stellen die beiden Verbandspräsidenten übereinstimmend fest.

Bernd Buckenhofer



wegen der größeren Ortsnähe von Städten und Landkreisen den betroffenen pflegebedürftigen Bürgerinnen und Bürgern“, bekräftigen der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger, und der Präsident des Bayerischen Landkreistags, der Chamer Landrat Theo Zellner.

Es ist kommunalpolitisch sinnvoll, wenn Städte und Landkreise ihre Hilfsangebote vor Ort

chien bei besonders bedeutenden Maßnahmen bis zu 80 Prozent. Die Gesamtinvestitionen aller anhängigen Dorferneuerungsverfahren bezifferte der Minister auf rund 2,1 Milliarden Euro.

Nachhaltiges Investitionsprogramm

„Dieses umfangreiche und nachhaltige Investitionsprogramm für die ländlichen Regionen bietet unseren Gemeinden, Bürgern, Landwirten und der Wirtschaft eine zukunftsorientierte Hilfe zur Selbsthilfe an“, so Miller. Um die Dörfer fit für die Zukunft zu machen, ist es nach den Worten des Ministers notwendig, alle Aspekte ihrer Entwicklung zu beachten: Die Grundlage der Dorferneuerung ist laut Miller ein in die Zukunft gerichtetes, schlüssiges und ganzheitliches Dorfentwicklungskonzept. Erarbeitet wird es in Zusammenarbeit von Gemeinde und Amt für Ländliche Entwicklung mit den Bürgern. „Die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger ist und



Josef Miller.

bleibt ein Markenzeichen und ein Erfolgsfaktor der Dorferneuerung“, betonte der Minister.

Wie Miller ankündigte, soll künftig bei den Verfahren noch mehr Gewicht auf wirtschaftliche Impulse und den Aspekt des Klimaschutzes gelegt werden. „Wir wollen damit die regionalen Kreisläufe beleben, aber auch die Wertschöpfung und Nahversorgung erhöhen“, so der Minister. Ein wichtiges Anliegen

seien ihm dabei die ökologischen und klimatischen Zielsetzungen. Unter dem Motto „Klimafreundliches Dorf“ sollen eine zeitgemäße Energieversorgung angestrebt und die Energieeffizienz verbessert werden. Ansätze dazu bestehen laut Miller bereits in den Konzepten und Maßnahmen für die zeitgemäße Energieversorgung der Dörfer, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie die energetische Sanierung und Modernisierung des Gebäudebestands. Auch die Nutzung nachwachsender Rohstoffe auf den Dörfern will der Minister damit weiter voranbringen.

Einen besonderen Schwerpunkt legt er auf die Innenentwicklung der Dörfer. Das hat mehrere Vorteile: „Damit sparen wir wertvolle, bisher unbebaute Flächen - reduzieren also den Flächenverbrauch - und wir halten die Dorfkerne attraktiv“, so der Minister. Das von ihm im vergangenen Jahr aufgelegte Aktionsprogramm „Dorf Vital“ trägt diesem Anliegen in besonderer Weise Rechnung.

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE
Dienstleistungen für Kommunen

- Regional- und Standortentwicklung
- Immobilienentwicklung
- Wohnungsbau / Einheimischen-Modelle

Ihre Ansprechpartner:

Franken: Herr Grauer Tel. 0911 / 23 20 929
Herr von Imhoff Tel. 0911 / 23 20 920
Oberbayern und Schwaben: Herr Danninger Tel. 089 / 23 87-0
Niederbayern und Oberpfalz: Herr Müllner Tel. 0941 / 78 00 116
Regional- und Standortentwicklung: Herr Streng Tel. 0921 / 78 42-0



Wussten Sie eigentlich, dass bei der BLS unter anderem Stadtplaner, Architekten, Landschaftsplaner, Agraringenieure und Immobilienkaufleute tätig sind? Dieses kompetente Team bietet Ihnen umfassende Dienstleistungen „aus einer Hand“!

Bayerische Landessiedlung GmbH



Förderung des Ehrenamts:

Erfolg für die Bayerische Initiative „10 plus 10“

Faltheuser: Guter Tag für alle, die sich ehrenamtlich engagieren!

„Ein guter Tag für das Ehrenamt und alle, die sich ehrenamtlich engagieren! Die Bayerische Initiative „10 plus 10“ zur besseren steuerlichen Förderung des Ehrenamts wird umgesetzt“, erklärte Finanzminister Kurt Faltheuser zur Einigung der Fraktionen von CDU/CSU und SPD im Bundestag, die bayerischen Vorschläge weitgehend zu übernehmen.

Konkret werden aufgrund der Initiative „10 plus 10“ nunmehr folgende Ergänzungen und Verbesserungen für Vereine und Ehrenamt eingeführt:

• **Einführung einer steuerfreien Aufwandspauschale für ehrenamtlich Tätige in Höhe von 420 Euro jährlich**

Ehrenamtlich Tätige, die bisher nicht von der so genannten Übungsleiterpauschale profitieren, können eine steuerfreie Aufwandspauschale in Höhe von 420 Euro jährlich bekommen. Damit sind künftig auch Einnahmen für gemeinnützige Tätigkeiten steuerfrei, für die die Übungsleiterpauschale nicht gilt, zum Beispiel bei Vereinsvorständen oder Ge-

rätewarten bei der Feuerwehr.

• **Unbürokratischer Spendennachweis für Spenden bis 200 Euro**

Spenden sind nur steuerlich abzugsfähig, wenn eine vom Empfänger ausgestellte Spendenbescheinigung nach amtlichem Muster vorliegt. Bei Spenden bis 100 Euro genügt nach bisheriger Verwaltungspraxis aus Vereinfachungsgründen als Nachweis der Bareinzahlungsbeleg oder die Buchungsbestätigung der Bank. Bayern hat erreicht, die Grenze von 100 Euro auf 200 Euro anzuheben, um den bürokratischen Aufwand weiter zu verringern.

• **Verdoppelung der Umsatz-/Lohnsummengrenze**

für den Spendenabzug

Im geltenden Recht ist der steuermindernde Spendenabzug der Höhe nach auf 5 beziehungsweise 10 Prozent der Einkünfte oder auf 2 Promille des Umsatzes und der aufgewendeten Löhne und Gehälter begrenzt. Beschlossen ist bereits, die Einkommensgrenze auf einheitlich 20 Prozent anzuheben. Nun wird auch die Umsatz- und Lohnsummengrenze auf 4 Promille verdoppelt. Damit wird die Spendebereitschaft insbesondere von Unternehmern unabhängig von deren aktueller Gewinnsituation weiter gefördert.

• **Spendenabzug / Mitgliedsbeiträge**

Die steuerliche Berücksichtigung von Spenden und Mitgliedsbeiträgen setzt voraus, dass hierfür keine Gegenleistung gewährt wird. Bei Mitgliedsbeiträgen wird aber oftmals der

freie Eintritt in eine vom Verein geförderte Einrichtung als Gegenleistung anzusehen sein. Der Forderung Bayerns, die Abzugsfähigkeit in solchen Fällen zu erhalten, wird entsprochen.

• **Öffnung des Katalogs der anerkannten gemeinnützigen Zwecke**

Nach den Vorschlägen des Bundesfinanzministers sollte - anders als im geltenden Recht - der Kreis der als gemeinnützig begünstigten Zwecke abschließend im Gesetz aufgezählt werden. Der Nachteil einer solchen Begrenzung besteht darin, nicht hinreichend flexibel genug zu sein, um dem raschen gesellschafts- und sozialpolitischen Wandel zu entsprechen. Auf Drängen Bayerns hin, schafft hier nun eine Öffnungsklausel Spielraum für Weiterungen.

„Wenn engagierte Mitbürger ihre Zeit, Kraft und Kreativität unentgeltlich für das Gemeinwohl einsetzen, muss sie der Staat hierbei flankierend über das Steuerrecht unterstützen! Das ist kein überflüssiger Luxus, sondern eine lohnende Investition. Im Ehrenamt übernehmen engagierte Bürger Tätigkeiten, die der Staat zu leisten selbst nicht in der Lage ist. Gerade die steuerfreie Aufwandspauschale für ehrenamtlich Tätige wird hierbei eine ganz wichtige Rolle erfüllen. Sie belohnt nicht nur ehrenamtliches Engagement, sondern entlastet auch von bürokratischen Nachweispflichten“.

eines Unternehmens in einer Rechtsform privaten Rechts nur erlauben, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung sichergestellt ist, dass der öffentliche Zweck des Unternehmens erfüllt wird, und wenn die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält. Erst recht gilt dies, wenn die Gemeindevertreter in der Gesellschafterversammlung oder einem der Gesellschafterversammlung entsprechenden Organ von Eigengesellschaften vom Rat gewählt werden. Sie haben dann die Interessen der Gemeinde zu verfolgen und sind an die Beschlüsse des Rates gebunden. **Dr. O.**



Bei der Unterzeichnung der EU-Roamingverordnung: Bundeskanzlerin Angela Merkel (noch als amtierende EU-Ratspräsidentin) und der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering. Hintere Reihe (v. l.): Paul Rübiger (österreichischer Berichterstatter des EP für die Roaming-Verordnung, EVP), Viviane Reding (Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien), José Manuel Barroso (Kommissionspräsident) und Angelika Niebler (oberbayerische Europaabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Energie und Forschung).

EU-Abgeordnete Angelika Niebler:

Roaming-Verordnung wirkt schon jetzt auf Tarifstruktur

Mit der feierlichen Unterzeichnung der neuen EU-Roaming-Verordnung durch die EU-Ratspräsidentin, Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Parlamentspräsidenten Hans-Gert Pöttering fand jetzt das jahrelange Ringen um niedrigere Gebühren beim Mobiltelefonieren im Ausland seinen erfreulichen Abschluss.

Anlässlich Merkels Rede zum Abschluss der deutschen EU-Ratspräsidentschaft das Europäische Parlament zu einer außerordentlichen Sitzung in Brüssel zusammen. Dabei nahm die Bundeskanzlerin die Gelegenheit wahr, gemeinsam mit Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering und in Anwesenheit von Dr. Angelika Niebler, die als Vorsitzende des Industriausschusses auf parlamentarischer Seite maßgeblich an der Neuregelung mitgewirkt hat, die neuen Regelungen zu den Handygebühren amtlich zu machen.

Die Bundeskanzlerin betonte kurz vor der Unterzeichnung,

dass sie sich sicher sei, dass die Bürger die neue Regelung zu schätzen wüssten, so dass sie die Verordnung so schnell wie möglich unterzeichnet werde.

Durch die aktuelle Tarifentwicklung auf dem Mobilfunkmarkt sieht Angelika Niebler den Vorstoß in Sachen Roaming bestätigt: „Die neue Verordnung ist ein notwendiger „Warnschuß“ für alle Anbieter.“ Schon jetzt zeigten sich erste Wirkungen, denn bereits im Vorfeld der Verordnung gebe es neue Tarifangebote, die das Mobiltelefonieren im Ausland deutlich günstiger anbieten. □

land seiner Meinung nach nicht nur ein, sondern gleich drei flächendeckende Netze bekommen würde. „Wir werden als Verbraucher die großen Profiteure dieser Liberalisierung sein“, zeigte sich Ferber überzeugt.

Laut Prof. Dr. Ludw. Gramlich, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, TU Chemnitz, ist der Universaldienst (UD) wichtig und unverzichtbar, vor allem im Interesse sozial-/regional benachteiligter Personen(gruppen). Er sei zum einen wichtig für die soziale Kohäsion, aber auch für das demokratische Gemeinwesen im Ganzen.

Post dient der Kommunikation

„Post dient der Kommunikation“, erklärte Gramlich. Zum anderen gebe es einen öffentlichen Auftrag, der nach geltendem Verfassungsrecht nicht mehr vom Staat selbst wahrgenommen werden dürfe, aber für dessen Erfüllung dieser durch Regulierung sorgen müsse. Die sauberste Lösung sei es, wenn zu UD-Leistungen herangezogene Unternehmen aus Steuereinnahmen finanziert würden, um eine flächendeckende, ausreichende und angemessene Versorgung aller Kunden durch Post-Unternehmen zu gewährleisten.

Nach Gramlichs Dafürhalten auf jeden Fall notwendig ist die Regelung von UD-Entgelten durch die Bundesnetzagentur. Wichtig sei, dass das deutsche Postgesetz schon jetzt sicherstelle, dass der Universaldienst nicht nur von einem Unternehmen, sondern von vielen Firmen in Kooperation erbracht werden kann. Die Frage, ob ein privater DU oder eine staatliche Daseinsvorsorge bevorzugt wird, kann nach Gramlichs Beurteilung keine verfassungsrechtliche Einschätzung sein. **DK**

§ GZ Wichtige Rechtsfragen §

Öffentliche Versorgungswirtschaft:

Strafbarkeit der Bestechung

Nach § 131 Strafgesetzbuch macht sich ein Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter, der für die Dienstausübung einen Vorteil für sich oder einen Dritten fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, strafbar. Von dem Fordern einer Gegenleistung kann aber nicht nur dann die Rede sein, wenn das Verlangen ausdrücklich erklärt worden ist. Auch das konkludente, d. h. stillschweigende, Verlangen eines Vorteils für eine dienstliche Tätigkeit reicht aus.

Die das Verlangen eines Vorteils objektiv zum Ausdruck bringende, d. h. von einem verständigen Betrachter in der Situation des Angesprochenen so zu verstehende Erklärung des Amtsträgers muss zur Kenntnis des potentiellen Gebers gebracht

werden; dabei muss der Vorsatz des Amtsträgers darauf gerichtet sein, dass der Erklärungsempfänger auch den Sinn der Erklärung versteht, während ein diesbezüglicher Erfolg nicht erforderlich ist.

Diese Auffassung hat der Bundesgerichtshof im Urteil vom 11.5.2006 - 3 StR 389/05 - vertreten. Damit ist es zum einen für die Verwirklichung des Straftatbestandes unerheblich, ob der Amtsträger lediglich auf den dringenden Finanzbedarf von kulturellen Einrichtungen der Stadt hingewiesen und nicht ausdrücklich eine Geldzahlung verlangt hat. Zum anderen kommt es nicht auf den Abschluss einer Unrechtsvereinbarung an. Die Bestechlichkeit ist bereits dann vollendet, wenn der Erklärungsempfänger von dem Verlangen des Amtsträgers Kenntnis erlangt. Dass er den Zusammenhang zwischen Vorteil und Amtshandlung erkennt oder wenigstens nach seiner Auffassung erkennen kann, ist nicht notwendig.

Weiter sagt der Bundesgerichtshof, dass auch ein (früher noch ehrenamtlicher) Oberbürgermeister als Vorsitzender des Aufsichtsrats eines Versorgungsunternehmens Amtsträger ist, wenn er dort dazu bestellt ist, Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrzunehmen. Die Verwendung einer privatrechtlichen Organisationsform für die Stadtwerke sprach zwar dafür, dass auch im Zusammenhang mit dem Wirken der privatrechtlichen Gesellschaft, ihrer Organe und ihrer sonstigen Angestellten diejenigen Regeln gelten, die sonst auf privatrechtliche Gesellschaften und die in ihrem Rahmen Handelnden anzuwenden sind. Allein durch die Wahl einer privatrechtlichen Organisationsform verliert die von den Stadtwerken zu erfüllende Aufgabe aber nicht den Charakter einer Verwaltungsaufgabe; nicht diese Aufgabe, sondern nur die Organisation ihrer Wahrnehmung ist privatisiert worden. Trotz ihrer

privatrechtlichen Organisationsform sind Einrichtungen den Behörden jedenfalls dann gleichzustellen, wenn sie bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben derart staatlicher Steuerung unterliegen, dass sie bei Gesamtbetrachtung der sie kennzeichnenden Merkmale gleichsam als verlängerter Arm des Staates erscheinen.

Dementsprechend sind auch die Geschäftsführer einer GmbH oder die Vorstände der Stadtwerke, die sich in städtischem Alleinbesitz befindet oder deren wesentliche Geschäftstätigkeit die Versorgung der Einwohner ist, als Amtsträger anzusehen, wenn die Stadt die Geschäftstätigkeit im öffentlichen Interesse steuert. Für eine solche Steuerung der Stadtwerke sprachen in dem konkreten Fall auch die gemeinderechtlichen Vorschriften, welchen die Gründung

Wie lange klingelt der Postmann noch?

Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung zu Briefmonopol und Universaldienst
Im Spannungsfeld von Daseinsvorsorge und Liberalisierung

Die Europäische Kommission will bis 2009 die vollständige Liberalisierung der Postmärkte auch im Bereich des bislang so genannten Briefmonopols erreichen. Wie sind sowohl Privatkunden als auch kleinere und mittelständische Unternehmen von der Liberalisierung der Postmärkte betroffen? Wäre es nicht sinnvoll, die grundgesetzliche Verpflichtung zur flächendeckenden Versorgung auch oder gerade für den Bereich der elektronischen Kommunikation (z. B. DSL) festzuschreiben? Mit diesen hochaktuellen Fragen befasste sich eine Vortragsveranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung in München.

Wie Dr. Peter Witterauf, Hauptgeschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., eingangs bemerkte, sollen die nationalen Postmonopole dem Wettbewerb stufenweise ausgesetzt werden, mit dem Ziel, dass Postdienste günstiger, schneller und effektiver werden. Die Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten, qualitativ hochwertige Universaldienste zu gewährleisten, solle aufrecht erhalten bleiben. Es sei vorgesehen, dass das Briefmonopol in Europa bis Ende 2007 fällt.

Qualität sicherstellen

Für Markus Ferber, Vorsitzender der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament, ist die wichtigste Frage, „wie in einem liberalisierten Umfeld jedem Bürger der Zugang zu Postdienstleistungen gewährleistet werden und gleichzeitig deren

schwerer als 350 Gramm waren. Anschließend habe sich der Markt zunehmend geöffnet.

Im Oktober 2006 habe die Europäische Kommission Vorschläge gemacht, die eine vollständige Liberalisierung des europäischen Postmarktes vorsehen. Im Parlament sei man zu dem Ergebnis gelangt, dass gerade die Privatkunden eines besonderen Schutzes bedürfen, da man davon ausgehe, dass große Versender immer einen Anbieter finden könnten. Die zweite Frage, die diskutiert werde, sei die des sozialen Schutzes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und die dritte umstrittene Frage sei die, wann der richtige Zeitpunkt sei, ein europaweites Monopol zu Fall zu bringen.

Verbraucher sind die Profiteure

Ferber zeigte sich optimistisch, dass es gelingt, die kritischen Fragen so weit zu lösen, dass bis Ende 2007 der Gesetzgebungsprozess auf diesem Gebiet abgeschlossen werden könne. Der Europapolitiker zeigte wenig Verständnis dafür, „dass wir hierzulande so viel Angst vor der Liberalisierung haben“, da Deutsch-

Das Gesundheitswesen vor der Revolution:

Apotheken im Supermarkt

Von Karl Jörg Wohlhüter

Auf die Stadt- oder Marktplätze, letztlich auf den Lebensmittel-punkt einer Kommune rückt eine neue Bedrohung zu. Zwar entsteht neuer Platz für Dönerbuden und Hamburgerläden, doch viele schöne Bauten, die eine Einkaufsregion aufwerten, drohen zu verkommen.

Die in vielen Regionen Bayerns labilen Immobilienpreise für Gewerbeobjekte geraten erneut unter Druck. Denn - überspitzt gesagt: Apothekenketten drohen das Land zu überrollen, womöglich von Heuschrecken finanziert, Mediziner müssen ihre Einzelpraxen aufgeben und in Arztburgen ziehen, die ebenfalls in Fremdbesitz sind, dort gibt es dann keine Freiberufler mehr, sondern Angestellte, ebenfalls gesteuert durch finanzstarke Konzerne.

Die angedachten, wenigen Filialpraxen werden vielleicht noch für einige Stunden in den bisherigen Räumen besetzt, aber nur in geringem Umfang. Dem Sog zur grünen Wiese können auf Dauer die anderen Heilberufe nicht widerstehen.

Die Tücke des „Experten“

Was wie eine schlechte Utopie klingt, wurde in diesem Jahr durch neue Gesetze gefördert und es ist der heimliche Traum vieler Gesundheitspolitiker, die nur die vermeintliche Kostenersparnis vor Augen haben. Einer der Fernsehlieblinge in diesem Geschäft - Apotheker oder gar nachdenkliche Kommunalpolitiker haben keine Chance auf den Bildschirm zu kommen, vielleicht weil sie keine Professoren sind - einer dieser Telearbeiter jedenfalls wird nicht müde, solche Reformen zu fordern.

Das Tückische an solchen „Experten“ ist freilich, dass sie noch nie einen Patienten behandelt haben, meist 68er Träume pflegen und - auch das gibt es - in den Aufsichtsräten privater Betreiber nebenbei locker bis zu 50.000 Euro jährlich mitnehmen. Kommunalpolitik interessiert sie null. Die Gefahr besteht, dass man mit dem Todschnitzwörter Kostendämpfung und Wettbewerb, das un-

formierte Publikum auf den Leim lockt, erst wenn die schönen Monopole stehen, wacht man zu spät auf. Welche Folgen, etwa für das lokale Finanzgewebe, die Beschäftigtenstruktur, die Steuereinnahmen entstehen mag man sich nicht ausmalen.

In der Region wird diese Problematik unterschätzt, in den Großstädten erlebt man erste Anzeichen. So hat die Stadt Düsseldorf jetzt alle ihre Krankenhäuser und die Pflegeheime obendrauf an einen privaten Betreiber verkauft. Die kliniknahen Ärztenzentren, mit angestellten Medizinern und deutlich weniger Helferinnen sind bereits im Bau. Lebensmittelketten räumen schon jetzt Platz frei für die Apotheke direkt neben der Alkoholabteilung.

Ärztegenossenschaft in Nürnberg

Doch es gäbe Mittel, dieser Entwicklung zu begegnen. In Nürnberg hat sich jetzt aus eigener Überlegung heraus eine Ärztegenossenschaft gebildet, die auch postwendend einen anerkannten Preis für ihren hohen Qualitätsstandard erhielt. Die Genossenschaft, garantiert weitgehend die Selbstständigkeit, viel besser als eine GmbH, und sie vermag sicher die geplanten Kettenapotheken abzuwehren, wie es ja auch gelungen ist, den beinahe schon kriminellen Versandhandel zu verhindern.

Was viele nicht wahrhaben wollen: Der Versandhandel hat nicht den Wettbewerb gefördert, sondern geschickt nachgemachten Fälschungen, teilweise lebensbedrohlich, die Grenzen geöffnet. Nach den Erkenntnissen von Experten bestehen weit über 60 Prozent der im Versandhandel bestellten Viagra-Pillen aus einer

wirkungslosen Substanz, die auf der chemischen Basis von Fishermen's Bonbons besteht, freilich ohne den Beigeschmack.

Es geht um Lebensqualität!

Das Beispiel Versandhandel, wo die Apotheker schnell und mit viel Einsatz eine wohnortnahe, patientenfreundliche Hausversorgung aufbauten, lässt hoffen, dass sich die lokalen Dienstleister be-

Verborgene Schätze der heimischen Wirtschaft:

Genossenschaften stärken den ländlichen Raum

Es gehört zu den Eigenheiten der deutschen Informationsgesellschaft, dass ein - man kann es ruhig sagen - gigantischer Wirtschaftsbereich in der Öffentlichkeit nur begrenzt wahrgenommen wird: In der Rede ist von den Genossenschaften, die sich in den Jahren der Konjunkturlaute erstaunlich gut behauptet haben, die im ländlichen Raum Arbeitsplätze sichern, zur Lebensqualität beitragen und ihren Mitgliedern günstige und einmalige Leistungen anbieten.

So gesehen ist es sicher eine gute Idee des Genossenschaftsverbandes einen Sommerausflug mit Journalisten zu organisieren und weniger bekannte Betriebe kennen zu lernen und damit auch die Vielfalt dieser Wirtschaftsform praktisch zu erleben. Die Reise führte diesmal nach Niederbayern, zu einem sicher eher erdverbundenen Unternehmen und einer völlig neuen Genossenschaft, die eine spannende Entwicklungsgeschichte aufweisen kann und obendrein zeigt, dass sich gutes Geld sparen lässt.

Kräftiges Bollwerk

In gewisser Weise transportierte diese Reise auch eine wichtige Botschaft, wobei es sich nicht um Vorzeigeprojekte handelt: Die Genossenschaft erweist sich als ein kräftiges Bollwerk gegen die vielfältigen Gefahren, die sich für den Mittelstand aus der Globalisierung ergeben. Außerdem kommt sie einer Aufgabe nach, die von der anonymen Kapitalgesellschaft nicht mehr wahrgenommen wird, sie hilft mit ihrer Standortpolitik dem ländlichen Raum. Wer auch in Bayern die Entvölkerung mancher Regionen mit Sorge beobachtet, kann diese Aktivität nur nachhaltig begrüßen.

Der dynamische Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern, Stephan Götzl, nannte einige beeindruckende Zahlen. So gibt es 1.100 genossenschaftliche Netzwerke im Freistaat, mit einer durchschnittlichen fast schon sensationellen Eigenkapitalquote von 42 Prozent.

Beindruckende Zahlen

Die Genossenschaften zahlen 200 Millionen Euro Steuern, mehr als eine ganze Kompanie großer Aktiengesellschaften. Außerdem investieren sie 300 Millionen Euro in den Wirtschaftsstandort und nicht im Ausland und beschäftigen 67.000 Mitarbeiter. Nun trifft für sie leider eine Binsenweisheit zu, die als Beispiel für die Eigenarten der Massenkommunikation gilt: Wenn täglich 10.000 Flugzeuge sicher starten und landen, ist dies keine Meldung. Der kleinste Unfall macht rund um den Planeten Schlagzeilen. Und diese Normalität, das Fehlen von großen Sensationen, ist sicher auch ein Problem der Genossenschaften, sie sind ein fester Bestandteil wie die freiwillige Feuerwehr im dörflichen Leben, da gibt es nicht viel zu erzählen.

Ein Beispiel lieferte einer der besuchten Betriebe, die Besamungsgenossenschaft Lands-

haupten können, erst recht, wenn die Lokalpolitik erkennt: Die Kostendämpfung ist ein unbewiesenes Märchen und es geht nicht nur um die Existenz der Heilberufe, sondern um die Lebensqualität einer ganzen Kommune.

Mittelstand und Genossenschaftsrecht

Mit dem Genossenschaftsrecht verfügt der Mittelstand über ein geeignetes Instrument, der dampfwalzenartigen Konkurrenz Widerstand zu leisten. Auch das wäre Wettbewerb. Eine Wette: In Österreich wird es sicher so schnell keine Heuschrecken-Apotheken geben. □

Volksbank-Raiffeisenbank Mangfalltal-Rosenheim e.G.:

Hundertjährige Erfolgsgeschichte

Beim 100-jährigen Jubiläum der Volksbank-Raiffeisenbank Mangfalltal-Rosenheim e.G. versprach Wirtschaftsminister Erwin Huber, „weiter alles uns mögliche zu tun, um die Innovationskraft des Mittelstandes weiter zu stärken“. Keine aussichtsreiche Investition solle aus finanziellen Gründen scheitern. Es sei für ihn „ein gutes Gefühl, die Volks- und Raiffeisenbanken an der Seite unserer Unternehmen zu wissen“.

Für die bayerischen Kreditinstitute seien vernünftige gesetzliche Rahmenbedingungen sehr wichtig, betonte Huber. Es dürfe nicht zu Wettbewerbsverzerrungen zu Gunsten der österreichischen Institute kommen, weil das österreichische Aufsichtsrecht unbürokratischer ist. Die Bayerische Staatsregierung setze sich daher für gleiche Wettbewerbsbedingungen ein. In der Vergangenheit sei vor allem eine Angleichung der Offenlegungspflichten bei der Kreditvergabe in § 18 KWG an die österreichische Regelung erreicht worden. Auch habe man dafür gesorgt, dass die Sonderprüfungen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt wurden.

Stärkung der Bundesbank

Aktuell forderte Huber gemeinsam mit der Wirtschaftsministerkonferenz anlässlich des DIW-Erfahrungsberichts zur Bankenaufsicht „eine klare Aufgabenabgrenzung zwischen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und Bundesbank zur Vermeidung von Doppelaufsichtstätigkeiten“. Dabei komme es darauf an, die Rolle der Bundesbank bei der Aufsicht zu stärken. Der Minister plädierte darüber hinaus für eine Beteiligung des Bundes an den Kosten der Aufsicht durch die BaFin. Damit soll im Interesse der beaufsichtigten Institute eine größere Ausgabendisziplin der BaFin erreicht werden.

Eigenkapitalstarke Bank

Mit einer Bilanzsumme von 1,1 Mrd. EUR, 23.000 Mitgliedern und 360 Mitarbeitern ist die Volksbank-Raiffeisenbank Mangfalltal-Rosenheim eine der großen Genossenschaftsbanken in Bayern. Sie verfügt über 26 Geschäftsstellen und ist Huber zufolge „eine gesunde, eigenkapitalstarke Bank“, die zu den „Top Ten der bayerischen Genossenschaftsbanken“ zählt. Mit den übrigen bayerischen Genossenschaftsbanken sei die Bank eine wesentliche Stütze für die Finanzierung des Mittelstands. Das beweise auch der hohe Anteil der aus dem Mittelstandskreditprogramm ausgereichten Darlehen.

Im Rahmen des MKP wurden

laut Minister im Wirtschaftsraum Rosenheim (Stadt und Landkreis) in den vergangenen 5 Jahren zinsgünstige Darlehen von mehr als 36 Mio. Euro ausgereicht und mit dem angeschobenen Investitionsvolumen rund 470 Arbeitsplätze neu geschaffen. In der regionalen Wirtschaftsförderung seien in den vergangenen 10 Jahren rund 11 Mio. Euro mobilisiert worden. Dadurch wurden 512 Stellen neu geschaffen und 1236 Arbeitsplätze gesichert.

„Rosenheim kann mit großer Zuversicht in die Zukunft schauen. Die Stadt ist für kommende Herausforderungen bestens gerüstet“, resümierte Huber. Hier ergänzten sich tatkräftige Arbeitnehmer, leistungsfähige Unternehmer und eine gute Politik. Die Volksbank - Raiffeisenbank Mangfalltal-Rosenheim sei bei vielen Themen ein wichtiger und verlässlicher Partner. Für die kommenden 100 Jahre wünschte Erwin Huber dem Kreditinstitut „eine Fortsetzung seiner Erfolgsgeschichte“. **DK**

VR-Banken im Markt stabil

Mit deutlichen Worten ist Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern, der überzogenen Kritik aus der Bundesbank an der Ertragskraft der Volksbank und Raiffeisenbanken entgegen getreten (FAZ vom 14. Juni). Insbesondere was die Äußerung zum Thema rückläufige Zinsüberschüsse angeht, hält Götzl fest: „Von knappen Zinsmargen ist die gesamte Bankenbranche betroffen. Fakt ist: Unsere Geschäfte laufen gut. Die Risiko-aufwendungen im Kreditgeschäft sinken kontinuierlich. Ebenso der Verwaltungsaufwand. Das lässt uns auch in Zeiten knapper Zinsmargen genug Luft. Zudem haben unsere Banken nicht die ruinösen Geschäftsgebaren an den Tag gelegt wie mancher Konkurrent, der Tagesgeld zu Konditionen angeboten hat, die besser waren als der Kapitalmarkt.“ Diese Institute, so Götzl weiter, würden ohne Zweifel über kurz oder lang Ertragsprobleme bekommen und seien damit eines Blickes der Bankenaufsicht würdig. Nicht aber die Volksbanken und Raiffeisenbanken. □

Förderpreis und 328 neue Betriebswirte (HWK)

328 neue Betriebswirte (HWK), unter ihnen 93 Frauen, beglückwünschte Handwerkskammerpräsident Heinrich Traublinger, MdL, bei der Abschlussfeier in München zu ihrer bestandenen Prüfung. Die Absolventen hatten die entsprechenden Fortbildungskurse der Akademie für Unternehmensführung in München und der Bildungszentren der Handwerkskammer für München und Oberbayern in Ingolstadt/Freising, Rosenheim, Mühldorf, Traunstein und Weilheim besucht. Bislang sind im Kammerbezirk 6556 Betriebswirte (HWK) ausgebildet worden.

Die Preisträger des diesjährigen „Förderpreises des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V.“ sind Günther Maschberger aus Simbach, Florian Gartmeier aus Bad Aibling und Sabine Siegl aus Traunstein. Erhard Gschrey, Verbandsdirektor des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V., überreichte die Urkunden und die Schecks.

„Ausgezeichnetes Elitopotenzial“

Traublinger lobte das Fortbildungseingagement der Betriebswirte (HWK) und ihren überdurchschnittlichen beruflichen Ehrgeiz, schneller als andere vorwärts kommen zu wollen. Traublinger: „Sie sind damit ein Musterbeispiel, dass unser Land über ein ausgezeichnetes Elitopotenzial gerade in Handwerk und Mittelstand verfügt.“ Er verwies darauf, dass den besten 20 Prozent eines Prüfungsjahrgangs von Meistern und auch der Betriebswirte (HWK) seit 1. September 2006 der direkte Zugang zur Fachhochschule möglich ist und bezeichnete dies als eine

klare Aufwertung dieser hohen beruflichen Bildungsabschlüsse.“

Traublinger machte aber auch deutlich, dass die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen müsse, damit der Mittelstand seine Stärken wie Kreativität, Flexibilität und überdurchschnittliches Know-how auch optimal zum Einsatz bringen kann. Im Mittelpunkt müsse hier eine deutliche Entlastung der kleinen und mittleren Betriebe von finanziellen und bürokratischen Belastungen durch den Staat stehen.

Sinnvolle Maßnahme

Eine Maßnahme, die sofort greifen und einen Wachstumsimpuls bringen würde, wäre die Erhöhung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Handwerkerrechnungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Schon durch die Einführung dieser Maßnahme würden viele Aufträge aus der Schwarzarbeit ins legale Handwerk zurückgeholt, erklärte der Handwerkskammerpräsident. □

Beispiel Holzhausen

Die Holzhauser Wasser-Abwasser-Genossenschaft wollte sich mit dem geplanten Anschluss an eine kilometerlange Ringleitung nicht zufriedengeben und lieber das gute heimische Wasser nutzen. Gegen viele Widerstände und Bedenken ist es doch gelungen, eine eigenständige Wasserversorgung aufzubauen. Diese Genossenschaft könnte ein Modell werden vor dem Hintergrund eines beginnenden Krieges um das Wasser. Mit der Genossenschaft binden die Kommunen die Bürger in eine Idee ein, die eine Gemeindeverwaltung allein nie schaffen könnte. Deutlich preiswerter ist die Sache auch noch, und für französische Heuschrecken, die derzeit hinter jeder Wasserversorgung her sind, wie die Teufel, lässt sich diese Anlage nicht so leicht verkaufen wie eine kommunale Schein-GmbH.

Hohes Maß an Sicherheit

Abschreckende Beispiele hierfür gibt es bereits aus den neuen Bundesländern. Noch präsentieren die Initiatoren in Holzhausen ihr Projekt mit berechtigtem Stolz. Doch wenn der Ort zum Wallfahrtsplatz wird, dürfte die Freude über die neugierigen Gäste bald nachlassen. Der Genossenschaftsverband verfügt über umfangreiche Dokumente, die hier als Anregung dienen können.

Jedenfalls, in einer Zeit in der mittelständische Betriebe immer mehr mit dem Rücken zur Wand stehen, können Genossenschaften einen zukunftsträchtigen Weg weisen. Obendrein garantieren sie ein hohes Maß an Sicherheit und Selbstständigkeit. So kann einem eine Sommerreise nach Niederbayern nicht nur ein Stück der prächtigen Heimat erschließen, sondern auch Zukunftsperspektiven, in einem Land das dem Jammern viel mehr Zeit einräumt, als der Suche nach handfesten Lösungen. **Karl Jörg Wohlhüter**

BLE

Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft
Bayern GmbH
Maria-Wimmer-Str. 3, 81739 München
Telefon 089/67 40 37, Telefax 089/62 71 51 50
Internet: www.ble-bayern.de
eMail: info@ble-bayern.de

- im genossenschaftlichen Finanzverbund -

Verwaltungsüberlastung?! Haushaltsprobleme?!

Maßgeschneiderte Lösungen für die Übernahme von Erschließungsträgerschaften und für Ihre kommunalen Investitionen bietet Ihnen die BLE, ein erfahrener seit 1974 tätiger Partner der Städte und Gemeinden.

Ihre Ansprechpartner: **Bernd Hippe**
Tel.: 089 / 67 40 37 **Gerd Schrenker**

- Übernahme von Erschließungsträgerschaften
- Privatfinanzierung öffentlicher Aufgaben (Kommunales Haushaltsmodell)

Kommunalforum der Sparkasse Schrobenhausen:

Blickpunkt Energie

Auf Einladung der Versicherungskammer Bayern, dem Kommunalversicherer der bayerischen Gemeinden, tagte das schon zur Tradition gewordene Kommunalforum der Sparkasse Schrobenhausen dieses Mal in München-Giesing. Im Blickpunkt standen dabei die Themen „Situation der Versorgungsbetriebe nach dem Wegfall der Quersubventionen ab 2008“ sowie „Möglichkeiten regenerativer Energien“.

Nachdem das Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern, Rainer Fürhaupter, die rund 50 Gäste aus Schrobenhausen, darunter Bürgermeister Dr. Karlheinz Stephan, willkommen geheißen hatte, präsentierte der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Schrobenhausen, Thomas Schwarzbauer, eine eindrucksvolle Leistungsbilanz seiner Bank (siehe Kasten).

Einseitige Betrachtung

Schwarzbauer oblag es auch, den Hauptreferenten des Forums, Horst J. Schumacher, Verleger und Herausgeber des Periodikums „Kommunalwirtschaft“ vorzustellen. Schumacher hat zahlreiche Förderstätten von Öl und Erdgas auf der ganzen Welt bereit und russische Pipelines ebenso kennen gelernt wie Bohrinnseln in der Nordsee. So manchem Umweltminister konnte er nachweisen, dass dieser die Energiefrage einseitig und ohne

„vernetztes Denken“ verfolgt und staatliche Subventionen oft an der falschen Stelle eingesetzt werden.

„Anreizregulierung“

„Die Situation der Versorgungsbetriebe nach dem Wegfall der Quersubventionen ab 2008“ behandelte Schumacher im ersten Teil seiner Ausführungen. Die Gesetze, die derzeit diskutiert werden, verschlechtern seiner Ansicht nach die Finanzierungsmöglichkeiten der Kommunen, weil sie mit den Ergebnissen ihrer kommunalen Wirtschaftsbetriebe nicht mehr frei handeln könnten. Nun stehen den Städten und Gemeinden nach Vorgaben aus Brüssel das Modell einer „Anreizregulierung“ ins Haus. Schumacher empfahl, hier „unbedingt dagegenzuhalten.“

An Nachhaltigkeit denken

Der Verleger beklagte, dass in

der Politik häufig die durchgängige Linie fehle und bei weitem zu viele Mainstream-Entscheidungen gefällt würden, gerade in der Energiepolitik und in ökologischen Fragen. Man ginge oft einer Mode nach, ohne genügend an die Nachhaltigkeit oder Nachfolgelasten zu denken. Was, so fragte Schumacher, soll beispielsweise eine Bundesgartenschau bezwecken, die mit Millionen Euro aufgebaut und mit großem Hallo eröffnet wird, wenn von dem Tag an, da keine Eintrittskarten mehr verkauft werden, permanent hohe Kosten zum Erhalt der Anlage anfallen? Oder was bedeutet eine Privatisierung „mit Konkurrenz und offenem Markt“, wenn - wie bei den Stromanbietern - ein Oligopol mehrerer ganz Großer dann die Preise bestimmt und demnächst diese auch nicht mehr genehmigen lassen muss?

Regenerative Energien

Beim Thema „Möglichkeiten regenerativer Energien“ sprach Schumacher eine Reihe von Energieformen an, die in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen haben, doch warnte er zugleich vor Illusionen. In der öffentlichen Darstellung werde die Bedeutung von Windkraft und Bioheizkraftwerken zwar stark betont, doch müsse man die Subventionslage in die Bewertung mit einbeziehen - und hier sähen Aufwand und Ertrag oft nicht sehr positiv aus.

Schumacher hielt die Thematik ganz bewusst von Öko-Euphorie fern, ist doch seiner Meinung nach der gestiegene Anteil regenerativer Energien am Gesamtverbrauch relativ zu sehen. Er zeigte auf, wie viel Forschung



Unter Führung von Dr. Ralph Baasch (2. v. l.) besichtigten die Sparkassen-Vorstände Thomas Schwarzbauer (Mitte) und Hans Tomani (l.) gemeinsam mit Bürgermeister Dr. Karlheinz-Stephan (r.) und den kommunalen Vertretern sowie dem Referenten des Kommunalforums, Horst J. Schumacher (2. v. r.) die Geothermie in München-Pullach.

bei den alternativen Energien immer noch nötig ist, denn „Ökologie ist nur sinnvoll, wenn die Ökonomie stimmig ist“.

Pullacher Tiefengeothermie

Mit der Besichtigung der Tiefengeothermie der Gemeinde Pullach ging die Veranstaltung zum praktischen Teil über. Dr. Ralph Baasch präsentierte das Projekt, zu dem sich die Kommune ebenso risikofreudig wie erfolgreich entschlossen hat. In 3300 Meter Tiefe traf man auf heißes Wasser mit knapp über 100 Grad Celsius und kann nun mit dieser Fernwärme mehrere öffentliche Gebäude heizen. Private Haushalte können sich ebenso anschließen. **DK**

Landesbank Berlin Holding:

Sparkassen erwerben Landesanteile

Das Land Berlin und der Deutsche Sparkassen- und Giroverband ö.K. (DSGV) haben sich darauf verständigt, dass die Landesanteile von rund 81 % an der Landesbank Berlin Holding (LBBH) mit Wirkung zum 1. Januar 2007 von einer Erwerbengesellschaft der deutschen Sparkassen erworben werden. Der Kaufpreis für die übernommenen Aktien einschließlich der erstatteten Verfahrenskosten beträgt 4,475 Mrd. Euro. Hinzu kommen 147 Mio. Euro für die Ablösung eines bestehenden Provisionsrechtes des Landes sowie 723 Mio. Euro für eine stille Einlage des Landes.

Sobald das Abgeordnetenhaus des Landes Berlin den erzielten Ergebnissen zugestimmt hat und die Aufsichts- und Kartellbehörden die Transaktion genehmigt haben, werden die vom DSGV vertretenen deutschen Sparkassen über insgesamt 91,6 % der Anteile an der LBBH verfügen. Für die noch im Markt befindlichen restlichen Anteile an der LBBH wird ein sogenanntes befreiendes öffentliches Angebot unterbreitet.

Die LBBH-Gruppe ist Marktführer in der deutschen Hauptstadt, insbesondere durch die Berliner Sparkasse, die den historischen Kern der Gruppe bildet. Diese hat rund 1,9 Mio. Privat- und Firmenkunden und ist weiterhin erfolgreich mit der Pfandbriefbanktochter Berlin Hyp bei gewerblichen Immobilienfinanzierungen sowie in ausgewählten Kapitalmarktaktivitäten tätig, die die Retail- und Immobiliengeschäfte unterstützen. Die Gruppe weist für 2006 eine Bilanzsumme von 141,6 Mrd. Euro, IFRS-Eigenkapital von 2,6 Mrd. Euro, bankaufsichtliche Eigenmittel von 4,8 Mrd. Euro, rund 150 Standorte in Berlin sowie knapp 8.000 Mitarbeiter auf.

Offensive Marktstrategie

„Wir haben uns mit den Sparkassen auf den Erwerb der LBBH verständigt, weil wir von einer guten wirtschaftlichen Zukunft des Institutes überzeugt sind. Die LBBH ist in der Lage, eine offensive Marktstrategie zu verfolgen. Dies soll mit der Bank in Gänze, einschließlich der BerlinHyp, umgesetzt werden“ sagte DSGV-Präsident Heinrich Haasis, der die Verhandlungen mit dem Land geführt und den Vertrag unterzeichnet hatte. Mit dem Erwerb würden für die deutschen Sparkassen neue strategische Möglichkeiten in Bereichen erschlossen, die über die bisherigen Tätigkeiten der Sparkassen hinausreichen. Dies könnten eines Tages auch inter-

nationale Engagements sein.

Haasis sagte, man habe einen guten und wirtschaftlich angemessenen Preis geboten, der auch hinsichtlich des für die Kontrollmehrheit gezahlten strategischen Aufschlags den üblichen Marktbedingungen entspreche. Das Land Berlin, die Privatkunden und die Wirtschaft der Stadt könnten sich darauf verlassen, dass das Institut am Standort Berlin erhalten werde. „Das ist ein guter Tag für die deutschen Sparkassen und vor allem für die 1,9 Mio. Kunden der Landesbank Berlin und der Berliner Sparkasse. Der Erwerb ist ein wichtiges Signal in den Markt und an die Politik, dass die Sparkassen willens und in der Lage sind, ihre eigene Zukunft zu gestalten und eine aktive Rolle im deutschen Bankenmarkt einzunehmen. Ich bin mir sicher, dass dies Selbstbewusstsein und Schwung geben wird, auch künftige Aufgaben, etwa die Konsolidierung der Landesbanken oder die Zusammenführung der öffentlichen Versicherer, mit Nachdruck und Konsequenz anzugehen.“ **□**

Bundesverdienstkreuz für Heinz Prokop

Dr.-Ing. E.h. Heinz Prokop, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern, ist von Innenminister Dr. Günther Beckstein mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Damit werden sein erfolgreiches Wirken als Mitglied des Vorstands bei der Allianz und anschließend als Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern gewürdigt. Prokop, geboren am 30. Januar 1944 in Maltheuern, leistete einen bedeutenden Beitrag für wichtige staatliche und gesellschaftliche Belange. Er hat sich hiermit in besonderem Maße um das allgemeine Wohl verdient gemacht. **□**

SPD-Fachgespräch:

Öffentlich-rechtliche Sparkassen erhalten!

Warnung vor NRW-Privatisierungsplänen und Strategiepapier des Bundesverbandes Deutscher Banken

„Dies ist der Ausverkauf der Sparkassen und tausende kleiner und mittelständischer Unternehmer würden gefährdet.“ Die kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Helga Schmitt-Bussinger, warnt vor Plänen in Nordrhein-Westfalen, die öffentlich-rechtlichen Sparkassen zu privatisieren.

„Öffentlich-rechtliche Sparkassen müssen erhalten bleiben und bringen der Region gerade im Flächenstaat Bayern viele Vorteile. Das kundennahe Netz der Sparkassenfilialen gehört zur notwendigen Grundversorgung insbesondere für ältere Menschen und für solche Familien, die bei der Sparkasse ihr Girokonto und Sparbuch haben. Öffentlich rechtliche Sparkassen stehen für ein gleichmäßiges Angebot im flachen Lande und haben den Vorteil der Kundennähe. Ohne die öffentlich rechtlichen Sparkassen und Genossenschaftsbanken wäre der Mittelstand der Region unterfinanziert.“ betonte die SPD-Abgeordnete nach einem Fachgespräch der SPD-Landtagsfraktion „Die Zukunft der Sparkassen und ihre Bedeutung für die Region.“

Einmalige Situation nicht aufs Spiel setzen

In England haben seit der Privatisierung rund 5 Millionen Menschen kein Girokonto mehr. „So sieht es dann bei einer Privatisierung der Sparkassen auch bald in Deutschland aus. Die Situation der deutschen Banken und Sparkassen ist einmalig - dies darf man nicht aufs Spiel setzen.“ unterstrich der Memminger Oberbürgermeister Ivo Holzinger, der als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik hervorhob, dass die bayerischen Kommunen voll hinter den Sparkassen stünden. Das leistungsfähige Unternehmen Sparkassen mit regionaler Verpflichtung sei von Vorteil auch für die Kommunen, so Holzinger. Es gelte, diese Ausgewogenheit auch weiterhin zu be-

wahren, da man auch als Kommune davon viele Vorteile habe.

Soziale Verantwortung

Menschen, auch mit niedrigen Einkommen, müssen ihr Giro-Konto und ihr Sparbuch bei der Sparkasse behalten können, unterstrich Hans Harald Ströttgen, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München. Er verwies auf die wachsende Armut, gebe es doch bereits 12.000 Konten für Sozialhilfeempfänger bei der Münchner Stadtparkasse - insgesamt 840.000 Kunden, also mehr als jeder zweite Münchner. Die Stadtparkasse München werde ihrer sozialen Verantwortung gerecht, so Ströttgen, gründe sie doch demnächst eine soziale Stiftung und werde zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie eigene Kindergärten aufbauen.

Drei-Säulen-Modell retten

Der Münchner Stadtkämmerer und Mitglied im Verwaltungsausschuss der Sparkasse, Ernst Wolowicz, wies auf ein Strategiepapier des Bundesverbandes Deutscher Banken hin, wonach sich die öffentliche Hand aus dem Bankengeschäft zurückziehen solle. Wir müssten wachsam bleiben, um das deutsche Drei-Säulen-Modell zu retten.

Dominierender Finanzdienstleister

Die Bedeutung der Sparkassen zur Entwicklung der Region hob Hans F. Trunzer von der IHK Oberfranken hervor. Die Sparkassen seien der dominierende Finanzdienstleister der kleinen und mittleren Betriebe. **□**

Bilanz des Erfolgs

Bei seinem Überblick über das Leistungsprofil und die Erfolgsbilanz der Sparkasse Schrobenhausen präsentierte Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer seine Bank als leistungsstarken Partner im Kommunalgeschäft.

In einem wieder günstigeren wirtschaftlichen Umfeld konnte die Sparkasse Schrobenhausen ihre seit Jahren dynamische Entwicklung weiter forcieren. In verschiedenen Geschäftsbereichen wurden im Vergleich der 77 bayerischen Sparkassen im Verhältnis ihrer Größe Spitzenergebnisse erreicht und die Marktposition vor Ort weiter ausgebaut.

Im Geschäftsjahr 2006 erreichte die Sparkasse „ihr bestes Ergebnis im operativen Geschäft seit jeher“. Die Bilanzsumme, so Thomas Schwarzbauer, sei im Geschäftsjahr 2006 um 3,4 Prozent auf 484 Millionen Euro angestiegen. Das Wachstum werde getragen vom starken, überdurchschnittlich erfolgreichen Kundengeschäft. Die Sparkasse Schrobenhausen liegt damit deutlich über dem Durchschnitt der bayerischen Sparkassen von zwei Prozent.

Herausragendes Qualitätsprofil in allen Sparten

Bei Betrachtung der einzelnen Geschäftsfelder zeigt sich ein hervorragendes Gesamtbild. Das Vermögen der Sparkassenkunden in Form von Einlagen und Wertpapieren hat durch eine konsequente ganzheitliche Beratung in 2006 um 26 Millionen Euro zugenommen. Dies entspricht einem Zuwachs von 5,8 Prozent (Bayern 2,1 Prozent). Damit belegt die Sparkasse den Spitzenplatz unter allen bayerischen Sparkassen. Auch bei den Einlagen liegt das Kreditinstitut deutlich über dem Bayerndurchschnitt von 2,4 Prozent. Der Wertpapierumsatz im Kundengeschäft belief sich 2006 auf über 50 Millionen Euro. Damit belegt Schrobenhausen einmal mehr im Wertpapiergeschäft die erste Position der Sparkassen in Bayern.

Während die bayerischen Sparkassen bei den Ausleihungen im Schnitt einen Rückgang von 0,2 Prozent verzeichneten, steigerte die Sparkasse Schrobenhausen ihr Kreditvolumen um 3,5 Prozent auf nunmehr 250 Millionen Euro. Dies bedeutet den dritten Rang im Freistaat. Dieser starke Zuwachs resultiert aus 41 Millionen Euro Neuausreichungen an Krediten. Der Provisionsüberschuss konnte auf 2,8 Millionen Euro gesteigert werden. Dieser Erfolg resultiert aus einer umfassenden Allfinanzberatung der Sparkasse bei ihren Kunden.

Zusammen mit den Verbundpartnern im Bauspar-, Versicherungs-, Immobilien-, Wertpapier- und Leasinggeschäft bietet die Sparkasse ein herausragendes Qualitätsprofil in allen Finanzsparten. Besonders erfreut zeigte sich Schwarzbauer über die zum wiederholten Male vordersten Platzierungen des Immobilien- und Versicherungsgeschäftes im bayerischen Sparkassenvergleich. **DK**

LFA Förderbank Bayern:

Damit machbar wird, was denkbar ist!

Die LFA Förderbank Bayern will sich künftig im Kommunalbereich noch stärker engagieren. Wie Gerd Rometsch, stellvertretender LFA-Vorstandsvorsitzender, und Werner Steininger, zuständig für Infrastrukturfinanzierungen, in einem Gespräch mit der GZ betonten, versuche die Förderbank, ganz generell ihre Kontakte mit den Hausbanken - insbesondere den Sparkassen und Genossenschaftsbanken - zu intensivieren, da die Verbindung zum Endkunden letztlich nur mittelbar bestehe.

Die 1951 gegründete Förderbank mit Sitz in München ist ein rechtlich selbständiges Kreditinstitut des Freistaates Bayern zur Wirtschaftsförderung. Gewährträger der Bank ist der Freistaat Bayern; er haftet für die von der Bank eingegangenen Verbindlichkeiten. Die mit Triple A geratete Bank kann sich somit am Kapitalmarkt zu den bestmöglichen Konditionen refinanzieren. Zu den Grundprinzipien für das LFA-Geschäft zählt das Hausbankprinzip, d. h. der Vertrieb läuft grundsätzlich über die Hausbanken. In der Zusammenarbeit achtet die Förderbank auf strikte Wettbewerbsneutralität.

Geschäftsfelder

Nach Rometschs und Steiningers Darstellung umfasst das Hauptfinanzierungsgebiet der LFA die mittelständische Wirtschaft und die Selbstständigen. Ein weiteres Geschäftsfeld sei die Infrastrukturfinanzierung; das LFA-Gesetz erlaube auch Finanzierungen für Gebietskörperschaften und öffentlich-rechtliche Zweckverbände. Weder setze die Förderbank im Bereich Infrastruktur staatliche Fördermittel ein, „noch wartet sie mit Verbilligungen auf“. Das bedeutet: „Wenn wir refinanzieren bzw. ins Risiko gehen, dann zu Marktbedingungen.“ Alles andere wäre nach den Worten der beiden Banker problematisch, bewege man sich doch hier im Konsortialfinanzierungsbereich. Aktuell kein Thema sind für die LFA dagegen allgemeine Haushaltsfinanzierungen wie beispielsweise die Vergabe von

Kassenkredit.

Partner Lfa

Als klassische Elemente der Infrastrukturfinanzierung nannte Rometsch die Bereiche Versorgung, Entsorgung, Straßenbau und Energie. Im Segment Straßenbau sei bereits ein Forfaitierungsmodell begleitet worden. „Da es jedoch grundsätzlich schwierig ist, hier ins Geschäft zu kommen“ - die Spar-



Gerd Rometsch.

kassen seien hier eindeutig im Vorteil - versuchten die Geschäftsbanken nunmehr, mit attraktiven Konditionen Land zu gewinnen. „Hier stehen wir als Partner zur Verfügung“, erklärte Rometsch - „natürlich auch für die Sparkassen.“ Intensive Gespräche mit einigen Banken hätten hierzu bereits stattgefunden.

An der Schnittstelle von Wirtschaft und öffentlichen Aufgaben tut sich indes ein neues Marktfeld für die LFA auf -

Stichwort PPP. Rometsch zufolge gibt es hier drei Bereiche, in denen die LFA sich engagieren könnte - zum einen die kommunalen Infrastrukturmaßnahmen, die durch die Kommune finanziert werden (Straßenbau oder Versorgung), zum anderen die Kommunalunternehmen, die in einer GmbH organisiert sind (siehe Stadtwerke) und schließlich die durch Private mitgetragene Infrastrukturfinanzierung. Hier wiederum eröffneten sich zwei Möglichkeiten: die Refinanzierung einer Bank sowie die Mitfinanzierung im Risikoteil (meist als haftungsmäßige Unterbeteiligung), die allerdings nicht mehr als 50 Prozent ausmacht. Auch übernehme die LFA keine Konsortialführerschaft.

Kommunalkredite

Mit Blick auf das Thema Kommunalkreditkonditionen meinte Rometsch: „Wenn die Kommunen selbst eine Maßnahme durchführen, sind diese Konditionen singulär günstig. Wenn ein kommunales Unternehmen finanziert, hängt es allerdings davon ab, ob die Kommune bereit ist, eine Garantie oder Bürgschaft zu übernehmen. Wenn sie dies tut, sind die Konditionen auch wieder günstiger, aber in vielen Fällen geben die Gemeinden diese Bürgschaften oder Garantien nicht, weshalb die Konditionen dann schon wieder etwas anders aussehen, weil das Risiko höher ist.“ Somit könnte sich hier ein Bereich erschließen, „in dem die Geschäftsbanken doch mehr Chancen haben, in Kontakt zu den gemeindlichen Unternehmen zu treten.“

Geothermie und Fernwärme

Kein Hehl machten Rometsch und Steininger aus ihrer Überzeugung, dass auch Geschäftsfelder wie Geothermie und Fernwärmenetze durchaus relevant wären. Gerade die gewerblichen, auch kommunalen Geothermieprojekte erscheinen den Bankern interessant. Hier gebe es eine Vielzahl von Überlegungen und Planungen. Zunächst gelte es freilich, das Hauptproblem der Geothermie, nämlich das sog. Fündigkeitsrisiko abzudecken. Hier müssten Regelungen gefunden werden, „damit dieses Vorrisiko „beherrschbar bleibt“. Sei diese Fragestellung geklärt, „wären wir in der Finanzierung zusammen mit den Hausbanken dabei“. Gleiches gilt für die Biomasse. Hier habe die LFA bereits zwei Biomasseheizkraftwerke mitfinanziert; man strebe eine Verstärkung des Geschäfts in diesem Bereich an.

etc.) und dementsprechend mit unterschiedlichen Rechtsvorschriften zu prüfen sind.

Themenspektrum

Das Themenspektrum teilt sich auf in konkrete Sachthemen, in Dauerthemen über die gemeinsame Entwicklung der Prüfung gemeindlicher Beteiligungen und in aktuelle Entwicklungen generellen Inhalts mit bundes- und landesweiter Relevanz für die teilnehmenden Kommunen.

Die Leitung dieses Facharbeitkreises wurde der Landeshauptstadt München übertragen. Leiter des Arbeitskreises ist Herr Zittlau vom Revisionsamt der Landeshauptstadt. □

Neutraler Wettbewerber

Dass sich die LFA aufgrund ihrer Wettbewerbsneutralität in allen drei Säulen des Bankwesens bewegen kann, darauf wiesen Rometsch und Steininger ebenso hin. Auch stellten sie fest, dass sich bei den Finanzierungen die Genossenschaftsbanken und Sparkassen etwa auf gleicher Augenhöhe begegneten, gefolgt von den Privatbanken. Im Übrigen finanziere die LFA auch mit österreichischen Banken wie der Oberbank oder der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, denn: „Wenn eine Bank von außerhalb Bayerns im Freistaat Finanzierungen tätigt, können wir grundsätzlich dabei sein.“ DK

Deutscher Städtetag zum Kommunal-Kombilohn:

Kommunen tragen Löwenanteil

Ein kritisches Echo hat die von Bundesarbeitsminister Franz Müntefering geplante Schaffung von bis zu 100.000 neuen Stellen durch einen kommunalen Kombilohn u. a. beim Deutschen Städtetag gefunden. Geplant ist, dass der Staat drei Jahre die Hälfte des Lohns übernimmt, wenn Kommunen oder Wohlfahrtsverbände Langzeitarbeitslose für eine gemeinnützige Tätigkeit zusätzlich anstellen.

Nach Auffassung des Städtetags kann dieses Programm zwar durchaus eine Hilfe für Langzeitarbeitslose darstellen; eine langfristige Perspektive durch reguläre Arbeitsplätze entstehe dadurch jedoch nicht. Außerdem hält der kommunale Spitzenverband die vorgesehene Finanzierung für problematisch, weil sie für den Bund aufkommensneutral ist, während

Erfolgreiches Geschäftsjahr 2006

Die bayerische Wirtschaft insgesamt, speziell auch der Mittelstand, zeigte sich nach einigen schwierigen Jahren 2006 robust und leistungsstark wie lange nicht mehr. Die Unternehmen investierten kräftig und nahmen bei ihren Vorhaben in stark erweitertem Umfang das Finanzierungsangebot der LFA Förderbank Bayern in Anspruch.

Für die LFA Förderbank Bayern war 2006 ein erfolgreiches Geschäftsjahr. Die Bank steigerte ihr Fördergeschäft mit Darlehen und Risikoübernahmen auf gut 2,1 Mrd. Euro nach 1,6 Mrd. Euro im Jahr zuvor. Der Zuwachs ergibt sich aus der positiven Entwicklung bei den Darlehen, die um fast 40 Prozent auf knapp 1,9 Mrd. Euro zulegten. Die Risikoübernahmen blieben mit 250 Mio. Euro stabil, das Kreditvolumen lag bei 7,4 Mrd. Euro. Die Auszahlungen stiegen um 14 Prozent auf 1,7 Mrd. Euro. Die Bilanzsumme erhöhte sich erstmals seit Jahren wieder um 1,7 Prozent auf 14,6 Mrd. Euro. Nach Einstellen einer angemessenen Risikovorsorge wies die Bank einen Bilanzgewinn von 52 Mio. Euro aus. DK

die Kommunen und gegebenenfalls die Länder den Löwenanteil der Kosten tragen sollen.

Kaum größere Chancen für Langzeitarbeitslose

Christian Ude, Städtetagspräsident und Münchner OB, erklärte hierzu: „Es ist richtig, dass sich in den strukturschwachen Regionen in Deutschland

eine hohe Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt hat und dass dieses Problem angegangen werden muss, um den betroffenen Menschen zu helfen. Aus Sicht der Langzeitarbeitslosen ist es immer besser, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit. Wenn jetzt öffentliche Beschäftigung in großem Stil wieder belebt wird, erhöht dies aber leider die Chancen der Langzeitarbeitslosen auf einen regulären Arbeitsplatz kaum. Das lehrt die Erfahrung aus früheren Förderprogrammen.“

Unrealistische Vorstellung

Ude wies darauf hin, dass bereits jetzt mehr als 300.000 Langzeitarbeitslose in so genannten Zusatzjobs gefördert werden, die ebenfalls zusätzlich zur regulären Beschäftigung geschaffen werden und im öffentlichen Interesse liegen müssen. Es sei unrealistisch, dass die Kommunen in diesen strukturschwachen Regionen innerhalb kurzer Zeit weitere 100.000 langzeitarbeitslose Menschen beschäftigen können, ohne dass dies Auswirkungen auf den regulären Arbeitsmarkt hätte.

Das Programm und seine Finanzierung

Zur Finanzierung des Programms sagte Ude: „Wenn eine Stadt den Zuschuss zum Lohn finanzieren kann, kommt eine Beteiligung an dem Programm in Frage. Es darf aber nicht vergessen werden, dass gerade in strukturschwachen Regionen viele Kommunen große Haushaltsprobleme haben.“ Zudem würden die Zahlungen des Bundes für diesen Kombilohn weitgehend ausgeglichen, weil Einkommen von Langzeitarbeitslosen vorrangig auf das Arbeitslosengeld II angerechnet wird und sich so die Ausgaben des Bundes in diesem Bereich reduzieren. Die Kommunen dagegen müssten nicht nur die Hälfte des vorgesehenen Zuschusses zum Bruttolohn zahlen, sondern in vielen Fällen auch weiterhin ergänzende Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem Sozialgesetzbuch II.

1.000 Euro reichen nicht

Ein Bruttoarbeitslohn von 1.000 Euro monatlich, wie er in dem Bundesprogramm angestrebt wird, so Ude weiter, werde etwa eine Familie oder ein Ehepaar nicht vollständig aus der Hilfebedürftigkeit herauslösen. Bereits jetzt erhielten fast 500.000 erwerbstätige Personen ausschließlich die überwiegend von den Kommunen finanzierten Leistungen für Unterkunft und Heizung, da ihr Erwerbseinkommen vorrangig auf die Leistungen des Bundes angerechnet wird. DK

Prüfung gemeindlicher Unternehmen

Tagung der bayerischen kommunalen Rechnungsprüfungsämter in Traunreut

Vergangene Woche hat die Stadt Traunreut die jährliche Tagung des Facharbeitskreises „Prüfung gemeindlicher Unternehmen“ der bayerischen kommunalen Rechnungsprüfungsämter ausgerichtet.

Alle kreisfreien Städte in Bayern sowie die meisten kreisangehörigen Städte in der Größenordnung von Traunreut haben ein sog. Rechnungsprüfungsamt.

Moderne Finanzkontrolle

Die vom Gesetzgeber bzw. vom Stadtrat übertragene Hauptaufgabe ist dabei die Kontrolle und Überwachung der kommunalen Finanzwirtschaft. Demnach wird die gesamte Aufgabenerledigung der Stadtverwaltung auf sparsamen und wirtschaftlichen Umgang mit den Steuergeldern der Bürger hin geprüft. Die örtliche Rechnungsprüfung beschränkt sich deshalb nicht auf die herkömmliche Prüfung des Vollzugs und der Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns, sondern hinterfragt - im Sinne einer modernen Finanzkontrolle - einzelne Sachverhalte und Regelwerke grundsätzlich.

18 Städte beteiligt

Die bayerischen Rechnungs-

prüfungsämter sind zum Zwecke einer einheitlichen Prüfung und zum Zwecke der Fortbildung in verschiedenen Arbeitskreisen zusammengeschlossen, wobei der Facharbeitskreis „Prüfung gemeindlicher Unternehmen“ sich aus Teilnehmern aus 18 bayerischen Städten zusammensetzt.

Plattform schaffen

Ziele der Arbeit sind die Hilfestellung der Mitglieder untereinander für die tägliche Prüfungspraxis sowie bei Problemfällen und das Schaffen einer Plattform, auf der das breit angelegte Wissen der Mitglieder verfügbar ist. Im Mittelpunkt steht die Pflege und Fortentwicklung des örtlichen Revisions- und Prüfungswesens im Bereich der kommunalen Beteiligungen und der gemeindlichen Unternehmen. Dies ist notwendig, weil die gemeindlichen Unternehmen bayernweit in den verschiedensten Rechtsformen organisiert (Eigenbetriebe, Kommunalunternehmen, GmbH's

Commerzbank:

Was den Mittelstand bewegt

„Unternehmerperspektiven 2006 / Diskussionsergebnisse“ lautet der Titel eines umfangreichen Readers der Commerzbank AG. Wer wissen will, was den Mittelstand bewegt, findet hier fundierte Antworten.

Die Unternehmerperspektiven wurden im Februar 2006 gegründet. Ihr Ziel ist es, viele Unternehmen zusammenzubringen, ihre Themen aufzugreifen und ihnen eine Plattform für den gegenseitigen Austausch, für neue Perspektiven zu bieten.

Im Rahmen der nationalen Auftaktveranstaltung in Frankfurt am Main diskutierte ein prominent besetztes Podium mit über 300 geladenen Gästen das Thema einer ersten Studie der Unternehmerperspektiven, die auf einer Umfrage unter 4000 Unternehmen beruht: „Wirtschaft in Bewegung - Herausforderungen und Strategien am Standort Deutschland“. Wesentliche Statements und Erkenntnisse hierzu sind im Reader ebenso nachzulesen wie Diskussionsbeiträge der sich anschließenden Dialogveranstaltungen.

In einer zweiten Studie griffen die Unternehmerperspektiven nunmehr gezielt das Thema „Qualifiziertes Personal als Schlüsselressource“ auf. Mit den aktuellen Studienergebnissen und zusätzlichen Diskussionsthemen starteten dazu die Herbst-Veranstaltungen, die u. a. in München und Nürnberg stattfanden. Auch hier zeigte sich das große Interesse der Unternehmer, aktiv zu werden und Lösungen für die kommenden Herausforderungen zu finden. □

Faltlhauser zum kommunalen Hochbau in Oberbayern:

100 Millionen Euro zusätzliches Neuaufnahmevermögen

„Ein wichtiger Investitionsimpuls!“ Mit diesen Worten teilte Finanzminister Kurt Faltlhauser mit, dass den Kommunen in Oberbayern zur Verwirklichung dringender Bauvorhaben, vor allem im Schulbereich, ein zusätzliches Neuaufnahmevermögen i. H. von 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurde. Damit kann die Regierung von Oberbayern den Kommunen in diesem Jahr den vorzeitigen Maßnahmebeginn für kommunale Investitionen im Gesamtumfang von rund 314 Millionen Euro bewilligen.

Die verbesserte Finanzlage der Kommunen habe, wie Faltlhauser anmerkte, zu einem Anstieg deren Investitionsmöglichkeit und -tätigkeit geführt. Die Kommunen können aber bei förderfähigen Bauvorhaben nicht mit der Baumaßnahme beginnen, bevor die Bewilligungsbehörde zugestimmt hat.

Investitionsstau vermeiden

Damit die Kommunen umgehend mit den oftmals dringlichen Maßnahmen beginnen können und ein Investitionsstau

vermieden wird, hat Faltlhauser nun das Neuaufnahmevermögen deutlich erhöht. „Auch in den anderen Regierungsbezirken können alle angemeldeten Vorhaben bedient werden“, teilte Faltlhauser mit. Über die Einplanung der Fördermaßnahmen in das Neuaufnahmevermögen entscheidet zuständigkeitshalber die Regierung von Oberbayern.

„Wir wollen fairer Partner der Kommunen sein. Meine Aufstockungs-Entscheidung stellt diese Grundeinstellung wieder unter Beweis“, stellte Faltlhauser fest. □

Geburtstag einer erfolgreichen Idee:

Fünf Jahre Rewindo

Rewindo, die Fensterrecycling-Initiative der deutschen Kunststofffensterbranche wird fünf Jahre alt. Der deutsche Fenstermarkt entwickelt sich weiter positiv. Impulse für die Nachfrage nach Fenstern liefern hohe Energierechnungen, der ab 2008 vorgesehene Gebäudeenergieausweis und die staatliche Förderung von Niedrigenergiehäusern und von Maßnahmen zur energetischen Optimierung von Bestandsimmobilien. Wo alte Gebäude abgerissen oder modernisiert werden, fällt Bauschutt an, darunter auch ausgebaute Kunststofffenster aus PVC. Und schon lange engagieren sich die deutschen Kunststofffensterhersteller für deren Wiederverwertung.

Deshalb haben sie sich - obwohl Wettbewerber im Markt - zu einer gemeinsamen Initiative zusammengeschlossen und am 28. Juni 2002 die Rewindo GmbH mit Sitz in Bonn gegründet. Hintergrund dieser Kooperation ist das gemeinsame Interesse von Firmen und Marken, die volle Verantwortung von Herstellung und Verarbeitung der Fenster bis hin zu ihrer Entsorgung zu übernehmen.

Vorteile des PVC-Recyclings

Kunststofffenster sind Hightech-Produkte, die den Hauptanteil am gesamtdeutschen Fenstermarkt ausmachen. Von der Verarbeitung der Fensterprofile bis hin zum Ausbau von Altfenstern fallen Abfälle an, die na-

hezu vollständig wiederverwertbar werden können. Die Vorteile dieses PVC-Recyclings für Wirtschaft und Umwelt bekannter zu machen und die Recyclingquote in Deutschland weiter zu erhöhen, hat sich die Rewindo zum Ziel gesetzt.

Positive Zwischenbilanz

Dafür betreibt die Rewindo Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, kooperiert mit anderen Verbänden und arbeitet eng mit ihren beiden Recyclingpartnern VEKA UT und Tönsmeier zusammen, die in Höxter bzw. in Behringen hochmoderne Recyclinganlagen betreiben. So fällt jetzt auch die Fünf-Jahres-Zwischenbilanz der Rewindo mehr als positiv aus. Die auf eu-

ropäischer Ebene von der PVC-Branche als freiwillige Selbstverpflichtung vereinbarten Recyclingquoten wurden mit Hilfe der Rewindo in Deutschland Jahr für Jahr übertroffen.

Überzeugende Kriterien

Die Bereitschaft von Abbruchunternehmen oder Baugesellschaften, Altfenster aus Kunststoff ins Recycling zu geben statt sie im Wege der Müllverbren-

nung zu entsorgen, sind groß. Gut funktionierende Logistik und wettbewerbsfähige Recyclingkosten überzeugen zusätzlich.

Voller Elan in die Zukunft

„Dennoch haben wir noch keinen abschließenden Grund zu Feiern“, so Michael Vetter, Geschäftsführer der Rewindo, „denn unser Ziel bleibt die 100%ige Wiederverwertung aller alten Kunststofffenster“. Bis dahin gibt es noch viel zu tun beim Thema Ressourceneffizienz. Deshalb geht die Rewindo auch voller Elan das nächste Fünf-Jahres-Kapitel ihrer Erfolgsgeschichte an. □

Abbruch im Umbruch

Rewindo informierte bei Berliner Fachtagung über aktuelle Angebote der Wiederverwertung

Wo Neues entsteht, muss Altes weichen. Von diesem Prinzip einer sich dynamisch weiter entwickelnden Weltwirtschaft profitiert auch eine Branche, die Platz schafft für neuen Wohn- und Arbeitsraum: die Abbruchbranche. So konnte Europas größte Fachtagung eine Rekordbeteiligung vermelden. 45 tagungsbegleitende Aussteller und über 400 Teilnehmer aus neun europäischen Ländern trafen sich in Berlin, um Wissen zu vertiefen, Meinungen auszutauschen und Kontakte zu knüpfen.

Veranstalter der Tagung war die ASCO GmbH, ein Spezialist für Abbruch- und Sprengtechnik, unterstützt von den deutschen Abbruchverbänden. Abbruch- und Demontage bedeutet auch Kunststoffabfall. Und der darf in Deutschland nicht mehr unvorbehandelt deponiert werden. So ist es sinnvoll, auch alte Kunststofffenster auszubauen und der Wiederverwertung zuzuführen. Um das Kunststofffenster-Recycling kümmert sich die Rewindo Fenster-Recycling-Service GmbH, die zusammen mit den Recyclern für Bodenbeläge, Dachbahnen, Planen und Rohren aus PVC zu den Ausstellern auf der Fachtagung gehörte.

Die Rewindo mit Sitz in Bonn ist der Zusammenschluss der führenden deutschen Kunststoffprofilhersteller zu einer gemeinsamen Initiative. Deren Ziel: die Erreichung freiwillig und europaweit vereinbarter Recyclingquoten für Altfenster aus Kunststoff. Durch das Engagement der Rewindo und ihrer beiden Recyclingpartner, Tönsmeier Kunststoffe und VEKA Umwelttechnik, und unterstützt von Fensterbauern, Abbruchunternehmen und Immobilieneigentümern steigen die Fenster-Recyclingquoten in Deutschland kontinuierlich. Auch die Abbruchbranche setzt gezielt auf Demontage und Rückbau, auf Wiederverwertung und Recycling. Denn das schaut wertvolle Rohstoffe, die Umwelt und spart Geld.

Dieses gemeinsame Anliegen von Abbruchunternehmen und Rewindo war Gegenstand vieler interessanter und positiver Gespräche, die Rewindo Geschäftsführer Michael Vetter auf der Tagung führte. Bei so viel positivem Feedback ist es selbstverständlich, dass die Rewindo auch 2008 bei der nächsten „Abbruch-Tagung“ der ASCO GmbH dabei sein wird. □

Gelber Sack ein voller Erfolg

Eine Spitzenposition in Bayern: Hohe Erfassungsquote, niedrige Restmüllmenge

Über 20.000 Tonnen Wertstoffe werden im Jahr auf den Wertstoffhöfen und nochmals über 4.600 Tonnen über den Gelben Sack oder die Gelbe Tonne gesammelt. Bei der Müllvermeidung hat der Landkreis Augsburg in Bayern eine Spitzenposition inne. Die Restmüllmengen liegen hier mit 168 Kilogramm noch deutlich unter dem hervorragenden bayerischen Durchschnitt von 190 Kilogramm je Einwohner und Jahr.

Der Gelbe Sack und die Gelbe Tonne haben sich überraschend schnell etabliert. Die Erfassungsquote stieg innerhalb von drei Jahren um 15 Kilogramm auf inzwischen 19 Kilogramm pro Einwohner und Jahr. Angesichts dieser Zahlen spricht Landrat Dr. Karl Voegelé von einer großen Erfolgsgeschichte: „Der Gelbe Sack ist drei Jahre nach seiner Einführung bei den Bürgerinnen und Bürgern uneingeschränkt akzeptiert. Der Gelbe Sack ist ein voller Erfolg. Er hat sich bewährt, allen Skeptikern im Kreistag zum Trotz. Ich erinnere mich heute noch gut an die kontroversen Diskussionen, die der Einführung vorausgingen.“

Entsorgung ausgeweitet

Gleichzeitig mit der Einführung des Gelben Sackes weitete der Landkreis die Entsorgungsmöglichkeiten an den Wertstoffhöfen aus. Neben Möbelalzhölz, Sperrmüll, Flachglas, Silofolien können seitdem auch Monitore, Kühl- und Gefriergeräte an den Wertstoffhöfen abgegeben werden. Die ins-

gesamt hohe Erfassungsquote an Wertstoffen trägt ihren Teil dazu bei, dass im Kreistag jetzt eine Senkung der Müllgebühren für 2008 von knapp 20 Prozent auf der Tagesordnung steht. Auch mit Blick auf die Müllgebühren appelliert der Landrat an die Bevölkerung, nicht nachzulassen in ihren Anstrengungen bei der Abfallvermeidung und -trennung.

Ein Wermutstropfen

Einziges Wermutstropfen in der Abfallentsorgung bleibt der hohe Anteil organischer Abfälle in der grauen Restmülltonne. Eine Analyse des Restmülls hat ergeben, dass sich teilweise rund ein Drittel Bioabfälle im Restmüll befinden. Der Leiter des Abfallwirtschaftsbetriebs, Günther Prestele, hofft für die Zukunft, dass sich durch eine stärkere Nutzung der freiwilligen braunen Biotonnen oder eine verstärkte Eigenkompostierung die Restmüllmengen noch reduzieren lassen. Für einen Komposter zahlt der Abfallwirtschaftsbetrieb sogar einen Zuschuss von bis zu 30 Euro. □

10. Internationaler Altkunststofftag des bsve:

„Emanzipiertes“ Kunststoffrecycling

Die deutschen Kunststoffrecycling-Unternehmen erwarten im laufenden Jahr ein Umsatzwachstum auf Vorjahresniveau. Wie der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung (bvse) beim Internationalen Altkunststofftag im rheinland-pfälzischen Bad Neuenahr mitteilte, rechnen die rund 600 Mitgliedsunternehmen des Verbandes 2007 mit einem Umsatzanstieg von acht Prozent. „Die Preise werden in diesem Jahr um circa zwei Prozent anziehen“, erklärte zudem bvse-Vizepräsident Dr.-Ing. Herbert Snell.

Längst hat sich das Kunststoffrecycling, öffentlich bekannt durch die Verwertung von gebrauchten Kunststoffverpackungen (Grüner Punkt), emanzipiert. Nach Snells Worten werden inzwischen große Mengen an Kunststoffen aus Industrie und Gewerbe wirtschaftlich erfolgreich recycelt. Von 100 % recycelten Kunststoffen entfallen 31 % aus der Sammlung Dualer Systeme, aber 57 % aus Gewerbe und Industrie, der Rest stammt mit 12 % aus dem Pflichtpfandbereich.

Unverzichtbarer Markt

In Deutschland werden zwischen 1,6 und 2,1 Millionen Tonnen Altkunststoffe im Jahr werkstofflich recycelt werden. Das deutet auf einen Gesamtmarkt von immerhin ca. 1,2 Milliarden Euro hin. Diese Zahlen verdeutlichen nach Auffassung des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe e.V., dass sich ein wichtiger Markt etabliert hat, der für die einsetzende Kunststoffindustrie ökologisch wie ökonomisch unverzichtbar geworden ist.

Positive Beurteilung

Laut Verband beurteilen auch die bvse-Unternehmen die zukünftige Entwicklung beim Kunststoffrecycling als überwiegend positiv. In einer Umfrage bewerteten 65 % die Chancen für das Kunststoffrecycling mit „gut“, 30 % mit „mäßig“ und nur fünf Prozent sehen die Chancen eher pessimistisch.

„Eine große Dynamik“ hatte Snell im Vorfeld des 10. Internationalen Altkunststofftages dem Recycling von PET-Flaschen bescheinigt. Er betonte, dass die Kunststoffverpackungen für Getränke eindeutig auf dem Vormarsch seien. Außerdem werde PET zunehmend bei Lebensmittelverpackungen eingesetzt. Gerade bei PET sei eine große Marktdynamik mit zweistelligen Zuwächsen zu beobachten.

Investitionen in neue Verwertungskapazitäten

Der Trend zu PET als Verpackungsalternative gegenüber dem Getränkekarton und der Glasflasche halte an. Recycler investierten deshalb jetzt verstärkt in den Aufbau neuer Verwertungskapazitäten für PET-Flaschen in Deutschland. Wichtig bleibe deshalb, auf eine entsprechende Rücklaufquote für die PET-Flaschen zu achten.

Snell zufolge entstehen erhebliche Probleme beim PET-Recycling durch den Einsatz von Additiven, die die Barriereigenschaften der Flaschen verbessern. Diese Additive bewirken, dass sich das Material bei erneuter Verarbeitung verfärbt. Sein Tipp: „Die Hersteller solcher Additive sollten sich vor dem Einsatz mit den Recyclern hinsichtlich deren Auswirkungen im Recyclingprozess austauschen. Die FV Kunststoffrecycling im bvse steht dazu gerne zur Verfügung.“

Probleme gebe es leider auch bei der Qualität der PET-Sammelware. Man stelle fest, so

Snell, dass oftmals unnötige Vermischungen von PET-Sammelware mit Dosen oder Sammelmäcken stattfinden. Der bvse-Vizepräsident betonte, dass die eingebrachten Fremdmaterialien dem weiteren Verwertungsprozess „alles andere als zuträglich“ seien. Nach seiner Ansicht muss es zu einer verstärkten Abstimmung zwischen den Recyclern und den Anfallstellen kommen, um diese Probleme zu minimieren.

Starke Nachfrage aus Indien

Eine weitere Schwierigkeit besteht nach Darstellung des Verbandes darin, dass auch weiterhin große Mengen an Altkunststoffen von Deutschland zur Verwertung nach Fernost gehen. Snell: „Fast ein Drittel des PE-Abfalls aus Deutschland fließt in den Export. Relativ neu sind dabei starke Nachfragen aus Indien.“ So komme es nicht von ungefähr, dass 37 % der Befragten den Export von Altkunststoffen in den asiatischen Raum als Hemmschuh für die Entwicklung der Branche in Deutschland und Europa ansehen.

Polyethylen-Export

Der mengenmäßig bedeutendste Exportposten sei Abfall aus Polyethylen (PE). Laut Statistischem Bundesamt in Wiesbaden sind im Jahr 2005 insgesamt rund 486.300 Tonnen PE-Abfälle ausgeführt worden. Dies entspricht einem Plus von über 100.000 Tonnen gegenüber 2004. China und Hongkong nahmen in 2005 rund 343.000 Tonnen PE-Abfall ab. Nach bvse-Schätzung ist auch im Jahr 2006 dieses Exportniveau erreicht worden.

Ressourcenschonung und Energieeffizienz

Aus Sicht des bvse kommt dem Kunststoffrecycling vor dem Hintergrund der Initiativen der Bundesregierung und des Bundesumweltministeriums besondere Bedeutung bezüglich der Ressourcenschonung und der Energieeffizienz zu. Es garantiere nämlich nicht nur, dass sowohl die Ressource Erdöl als auch die teuren Kunststoffsynthesebausteine in der Kreislaufwirtschaft wesentlich länger genutzt werden könnten, sondern es verlängere insbesondere die Lebenszeiten der hochwertigen Kunststoffendprodukte und verringere damit die Einmalnutzung hochwertigster Materialien.

Das „grüne Gewissen“

Darüber hinaus trage das Kunststoffrecycling, so der Verband, entschieden zur Verminderung der CO₂-Emission bei, da das Recycling sowohl energiesparend als auch ressourceneffizient erfolgt. Gerade dadurch ermögliche es die ökologisch vorteilhafte Umsetzung der Herstellerverantwortung für deren Produkte. Somit habe es seinen guten Grund, wenn der bvse die Kunststoffrecycler als das „grüne Gewissen der Kunststoffhersteller“ tituliere. **DK**

Welt-Umwelttag:

Sekundärrohstoffe dienen dem Klimaschutz

Der diesjährige Welt-Umwelttag hat zum Ziel, möglichst viele Menschen über die Themen Nachhaltigkeit und sparsamer Umgang mit den Ressourcen zu informieren und zu sensibilisieren.

Nach den Worten von bvse-Präsident Burkhard Landers spielt für den einzelnen Bürger natürlich das Thema Abfall eine große Rolle. Er verwies auf eine aktuelle Umfrage des Forsa-Institutes im Auftrag der Zeitschrift „Neon“. Hier gaben immerhin 94 % der befragten Bürgerinnen und Bürger an, dass sie sich an der Mülltrennung beteiligen. Landers: „Das ist ein enorm hoher Wert, der zeigt, wie wichtig die Abfalltrennung beim Bürger als Beitrag zum Umweltschutz wahrgenommen wird.“

Klares Bekenntnis gefordert

Durch die Abfalltrennung, egal ob in privaten Haushalten oder bei Wirtschaftsunternehmen, könnten, so Landers, wertvolle Sekundärrohstoffe gewonnen werden. Die rasante Entwicklung auf den Rohstoffmärkten zeige jedoch, dass der Gewinn von Sekundärrohstoffen noch viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Das habe vor allem damit zu tun, erklärte der bvse-Präsident, dass Deutschland außer seinen Sekundärrohstoffen über keine nennenswerten Rohstoffreserven verfüge.

Wenn eine Steigerung des Einsatzes heimischer Sekundärrohstoffe für die deutsche Industrie gewollt sei, dann müsse die stoffliche Verwertung im Vordergrund stehen. Denn was einmal verbrannt oder deponiert sei, gehe dem Stoffkreislauf unwiederbringlich verloren.

Landers: „Wir fordern daher von allen Beteiligten, vom Bund, den Ländern und Kommunen und von den verschiedenen Wirtschaftsbeteiligten ein klares Bekenntnis zum Vorrang der stofflichen vor der energetischen Verwertung von Abfällen. Wir sagen genauso deutlich, dass die energetische Verwertung als Ergänzung zur stofflichen Verwertung dann sinnvoll ist, wenn ansonsten nur die klassische Müllverbrennung als Entsorgungsweg bliebe und

so der Einsatz primärer Energieresourcen substituiert werden kann.“

Nach den Worten des bvse-Präsidenten gehe es dabei nicht nur um das volkswirtschaftliche und für unsere Unternehmen natürlich auch das betriebswirtschaftliche Interesse, das dieses Bekenntnis erfordere. Es sei die „schlichte Tatsache“, dass nachhaltiges Wirtschaften die verfügbaren natürlichen Ressourcen schone, Energie einspare und damit auch einen bedeutenden Beitrag für den Klimaschutz liefere.

Eine aktuelle Studie des IFEU-Instituts im Auftrag der „Initiative Pro Recyclingpapier“ hat in einem ökologischen Vergleich von Büropapieren eindeutig ergeben, dass Recyclingpapier ökologisch vorteilhafter ist als Papier aus Frischfaser.

Recyclingpapier

Landers: „Es ist wesentlich weniger Energie nötig, um beispielsweise Kopierpapier aus Altpapier herzustellen als aus Holz. Genau das ist natürlich auch der wirtschaftliche Grund der Papierfabriken, Altpapier zu verwenden. Sie können damit Energie und somit Kosten sparen.“ Landers nannte folgendes Beispiel: Die Produktion von drei Blatt Recyclingpapier spart - im Vergleich zur Frischfaser - so viel Energie, dass damit ein Liter Wasser von 20 auf 100 Grad Celsius erhitzt werden kann.

Auch das Schrottreycling liefert nach den Worten von Burkhard Landers überzeugende Energieeinsparergebnisse: Um eine Tonne flüssigen Stahl aus primären Rohstoffen (Eisenerz u.a.) zu erzeugen, würde man 6.481 kWh benötigen. Wird stattdessen der Rohstahl aus Schrott erzeugt, benötigt man nur 1.784 kWh. Die Energieersparnis von ca. 4.700 kWh entspricht etwa dem halben Jahresverbrauch eines komfortabel ausgestatteten 4-Personen-Haushaltes. □

Kommunale Abfallwirtschaft:

Wichtiger Beitrag zum Klimaschutzziel der EU

Jahresfachtagung der Landesgruppe Bayern des VKS im VKU informiert über aktuelle Entwicklungen

„Nicht zuletzt die aktuellen Wetterkapriolen erinnern uns täglich daran, dass der Klimawandel längst eingesetzt hat. Die von der Europäischen Kommission geforderte Senkung der Emissionen von Kohlendioxid und anderen klimawirksamen Schadstoffen in den Mitgliedsländern um mindestens 20 % unter die Werte von 1990 sind ein überfälliger Schritt“, kommentierte der stellvertretende Vorsitzende des VKS im VKU, Peter Blank, das zu Beginn des Jahres in Brüssel vorgelegte energiepolitische Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Klimaänderung und zur Verbesserung der Energieversorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der EU-Kommission.

Bereits seit vielen Jahren leistet die kommunale Abfallwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Emissionsminderung und investiert in umweltfreundliche Technologien. Das innovative Potenzial der kommunalen Unternehmen ist besonders bei der CO₂-Einsparung groß und reicht von der umfangreichen Nutzung von Solar- und Windenergie über die Bio- und Deponiegasnutzung bis zu effektiven Energiesparprogrammen.

Modernste Anlagen

Peter Blank: „Um die Abfälle den neuen gesetzlichen Regelungen entsprechend vorzubehalten zu können, hat die kommunale Abfallwirtschaft in den letzten Jahren viele Milliarden Euro in modernste Abfallbehandlungsanlagen investiert: Davon profitiert jetzt unser Klima. Ohne Frage werden die

Kommunen auch in Zukunft alles daran setzen, die Entwicklung klimafreundlicher Technologien voranzutreiben.“

Aktuelle Fragen

Auf der diesjährigen Fachtagung der Landesgruppe Bayern

Nach ihren Recherchen könnten durch die energetische Nutzung biogener Reststoffe und nachwachsender Rohstoffe 4 bis 7 % des Primärenergiebedarfs klimaneutral gedeckt werden. Das heißt, dass auf diesem Sektor noch deutliche Steigerungspotenziale vorhanden sind. Daneben standen aktuelle Fragen zur Sauberkeit der Städte, des Winterdienstes und die Einführung leistungsbezogener Vergütungsbestandteile auf der Tagesordnung.

Meilenstein

Was das seit 2005 geltende Verbot der Ablagerung unvor-

www.der-flexible-Raum.de
Container · Raummodule · Hallensysteme

des VKS im VKU, die in Regensburg stattfand, wurde das Thema Klimaschutz ebenfalls ausführlich behandelt. Unter anderem beleuchtete Kathrin Greiff vom Lehrstuhl für Rohstoff- und Energietechnik der TU München das Gesamtpotenzial durch die Nutzung von Biomasse als regenerative Energieträger in Bayern.

behandelter Abfälle auf Deponien und die verstärkte Erfassung und energetische Nutzung des dort anfallenden methanhaltigen Deponiegases anbelangt, so ist dies ein Meilenstein beim Klimaschutz, denn Methan trägt in erheblichem Maße zum Treibhauseffekt bei. Durch die konsequente Umsetzung der Abfallablagereungsverordnung sind rund 75 % der gesamten durch die Abfallwirtschaft eingesparten Emissionen an klimaschädlichen Treibhausgasen von der kommunalen Deponiebewirtschaftung erzielt worden.

Deponiegasverwertung

So bewirken modernste Deponiegasverwertungsanlagen wie zum Beispiel in Hamburg und Berlin, dass besonders klimaschädliche Gase nicht mehr in die Atmosphäre gelangen. Allein die Deponiegasverwertungsanlagen der Berliner Stadtreinigungsbetriebe verhindern, dass jährlich Methangas in einer Größenordnung, die rund 360.000 Tonnen klimaschädlichem Kohlendioxid entspricht, in die Atmosphäre abgegeben wird. Die positive Umweltbilanz erhöht sich in der Praxis noch weiter. Die im Deponiegas

Biosphärenreservate Rhön und Berchtesgadener Land:

Ausbau geplant

Bernhard: „Impulsgeber für den ländlichen Raum“

Die Biosphärenreservate Berchtesgaden und Rhön sollen ausgeweitet werden. Über diese Entwicklung berichtete Umweltschaatssekretär Otmar Bernhard im Umweltausschuss des Bayerischen Landtags. „Wertvolle Natur, nachhaltige Landnutzung und regionale Vermarktung für Produkte aus der Region sind Kennzeichen der Biosphärenreservate. Sie werden zu Impulsgebern für den ländlichen Raum und fördern die regionale Entwicklung“, betonte Bernhard.

Dem größten bayerischen Biosphärenreservat Rhön im Dreiländereck Bayern, Thüringen, Hessen wollen sich neben den 18 bestehenden 22 weitere Gemeinden anschließen. Die Fläche des bayerischen Teils würde sich damit von derzeit ca. 72.000 Hektar auf 130.000 Hektar fast verdoppeln. Für eine Anerkennung muss die nutzungsfreie Kernzone erweitert werden. Entsprechende Verhandlungen laufen.

Der Freistaat Bayern hat in den letzten Jahren 2,7 Millionen Euro zur Verbesserung der ökologischen Infrastruktur bereitgestellt und unterstützt die Rhön mit jährlich 550.000 Eu-

ro. Die Rhön erhielt bei der letzten Überprüfung 2003 die beste Beurteilung aller deutschen Biosphärenreservate.

Müllverbrennungsanlagen

Weitere jährliche Einsparungsmöglichkeiten von bis zu drei Millionen Tonnen Kohlendioxid in Deutschland sieht Peter Blank im Bereich der Müllverbrennungsanlagen. Durch deren Anschluss an Fernwärmenetze könnte es hier zukünftig zu einer noch besseren Wärmenutzung und effizienteren Stromerzeugung kommen. Strom und Wärme, die bei der Verbrennung von Abfällen gewonnen werden, müssen nicht mehr in konventionellen Kraftwerken mit fossilen Brennstoffen wie Gas, Öl oder Kohle erzeugt werden.

Rückgang der Emissionen

So werden wertvolle Rohstoffe gespart und zusätzliche CO₂-Emissionen verringert. Laut Bericht des Umweltbundesamtes haben die Maßnahmen zur verminderten Freisetzung von Methan aus Deponien zwischen 1990 und 2003 zu einem Rückgang der Emissionen in Höhe von 20 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten geführt. Insgesamt hat die Abfallwirtschaft in Deutschland mit ca. 45 Millionen Jahrestonnen CO₂-Einsparung fast 20 % zur in diesem Zeitraum erreichten Gesamtreduktion im Umfang von 230 Millionen Jahrestonnen CO₂-Äquivalente beigetragen. Das Umweltbundesamt prognostiziert bis 2012 eine weitere Einsparung von 8,4 Millionen CO₂-Äquivalente. Damit leisten die im wesentlichen kommunal betriebenen Abfallbehandlungsanlagen einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Kyoto-Ziele.

Energetische Verwertung

Die kommunale Abfallwirtschaft setzt darüber hinaus auch auf die energetische Verwertung von Biogas aus Abfällen und erspart der Umwelt durch diese innovative Abfallverwertung weitere Tonnen CO₂. Auch die bayerische Abfallwirtschaft trägt durch ökologische Abfallwirtschaftskonzepte und kommunal betriebene Müllverbrennungsanlagen in erheblichem Umfang zur Entlastung der Umwelt von Treibhausgasen bei. Dies ist das Ergebnis

der vom Bayerischen Institut für Angewandte Umweltforschung und -technik (BIfA) im Auftrag des Bayerischen Landesamtes für Umwelt bearbeiteten Studie „Abfallwirtschaft und Klimaschutz“. Die kommunale Abfallwirtschaft in Bayern erweist sich damit einmal mehr als Vorreiter für eine verantwortungsvolle und innovative Umweltpolitik, kommentierte Helmut Schmidt, Vorsitzender der Landesgruppe Bayern des VKS im VKU.

Stoffstrommodell

Das BIfA hat ein Stoffstrommodell für rund 23 Millionen Tonnen bayerischer Siedlungs- und Gewerbeabfälle von der Abfallerfassung über die Beseitigung und Verwertung bis hin zur Behandlung anfallender Reststoffe erstellt und den Einfluss dieser Stoffströme auf die Treibhausgasemissionen ermittelt. Die Auswertung zeigt, dass die bayerische Abfallwirtschaft 2003 im Siedlungs- und Gewerbeabfallbereich eine Entlastung der Umwelt von treibhauswirksamen Gasen in Höhe von insgesamt 3,2 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten bewirkt hat. Die größten Einzelbeiträge stammen aus der Verbrennung von Restabfällen in Müllverbrennungsanlagen sowie aus der Verwertung von Altmitteln. Mit dem Verzicht auf die Deponierung von Abfällen ab Mitte 2005 konnte die Menge der emittierten Treibhausgase um weitere 14 % gesenkt werden.



V. l.: Wolfgang Schraut (Leiter der Abfallwirtschaft des Landkreises Schweinfurt), Leo Gessner (zuständiger Sachbearbeiter am Landratamt/Abfallwirtschaft), Elisabeth Bieher (Fraktionssprecherin SPD), Walter Rachle (Fraktionssprecher Grüne), Landrat Harald Leitherer und Arthur Arnold (Fraktionsvorsitzender CSU).

Erste Biomüllvergärungs-Anlage in Unterfranken

Baubeginn am Abfallwirtschaftszentrum Rothmühle

Der symbolische Spatenstich am Abfallwirtschaftszentrum Rothmühle im Landkreis Schweinfurt ist erfolgt, der Bau hat begonnen - und bereits im Dezember dieses Jahres wird die erste Biomüllvergärungsanlage in Unterfranken ihren Betrieb aufnehmen. Künftig wird es am Abfallwirtschaftszentrum also Strom- und Wärmegewinnung auch aus Bioabfall geben.

„Insgesamt investieren wir knapp 3,7 Millionen Euro für Vergärungsanlage, Blockheizkraftwerk, zusätzliche Überdachungen, Umbauten und Flächenausgleich“, sagte Landrat Harald Leitherer beim offiziellen Baubeginn. Davon entfallen zirka 3,131 Millionen Euro auf den Landkreis Schweinfurt und etwa 556.000 Euro auf die AES GmbH (Abfall und Energie GmbH Schweinfurt Land), hundertprozentige Tochter des Landkreises.

CO₂-Einsparungen

Die Anlage ist auf eine maximale Durchsatzmenge von bis zu 17.000 Tonnen im Jahr ausgelegt und kann bis zu 3,2 Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr erzeugen. Das entspricht dem Strombedarf von zirka 960 Haushalten. Nicht zuletzt werden dadurch CO₂-Einsparungen von zirka 1.800 Tonnen pro Jahr erreicht. Bereits seit 1987 wird im Landkreis Schweinfurt der Biomüll

Übrigens wurde in Bayern auch der Beweis erbracht, dass die Existenz von Müllverbrennungsanlagen, nicht zwangsläufig zu niedrigen Verwertungsquoten führen muss. Das Gegenteil ist der Fall: Die Verwertungsquote liegt in Bayern bei den Siedlungsabfällen zwischenzeitlich bei über 70 % und ist damit bundes- und europaweit an der Spitze.

Konsequente Umsetzung

Im vergangenen Jahr wurden rund 3,1 Millionen Tonnen Siedlungsabfälle in Müllverbrennungsanlagen behandelt und die dabei gewonnene Energie zur Strom- und Fernwärmeerzeugung genutzt. Durch die konsequente Umsetzung des ökologischen Abfallwirtschaftskonzeptes sind allein in der Landeshauptstadt München in den vergangenen 15 Jahren rund 5 Millionen Tonnen CO₂ eingespart worden.

Vorreiterrolle der kommunalen Betriebe

Weitere Potenziale zur Minderung der Klimagasemissionen können erschlossen werden, wenn die Bioabfälle vor der Kompostierung in Vergärungsanlagen behandelt werden. Auch hierbei spielen die kommunalen Betriebe wieder eine Vorreiterrolle. Entsprechende Anlagen stehen bereits in Donauwald und München. In beiden Gebietskörperschaften werden zurzeit zusätzliche Vergärungskapazitäten errichtet. □

Abfallwirtschaftskonzept Schweinfurt:

Erfreuliche Folgen

Der Bürger spart bis zu 30 Prozent ein

Der „Servicebetrieb Bau und Stadtgrün“ hat einen großen Erfolg zu vermelden: Weil die Auswirkungen des vor zwei Jahren eingeführten Abfallwirtschaftskonzeptes positiver sind als zunächst geplant, werden die Müllgebühren in der Stadt Schweinfurt erheblich gesenkt. Die Bürger dürfen sich freuen, denn die Einsparung beträgt je nach Behältnis bis zu 30 Prozent und wird bereits rückwirkend zum 1. Januar 2007 wirksam. Eine 80 Liter-Restmülltonne kostet somit monatlich nur noch 9,67 Euro statt bislang 12,43 Euro.

Mehrere Gründe sind für die Absenkung der Müllgebühren verantwortlich. So konnte der Servicebetrieb im vergangenen Jahr in diesem Bereich einen Überschuss in Höhe von über 1,1 Millionen Euro, bei gleichzeitig weniger anfallendem Müll, erwirtschaften. Zusätzlich konnten durch sehr gute Ausschreibungsergebnisse, unter anderem wegen des anhaltend hohen Papierpreises, auch die Einnahmen außerhalb der Müllgebühr gesteigert werden. Weiterhin fielen die Zinsen aus der Sonderrücklage, die dem Bürger über diesen Weg zugute kommen, höher als anfangs kalkuliert aus.

Weniger Restmüll

Gleichzeitig hatte der städtische Servicebetrieb weniger Ausgaben zu verbuchen. So ist dies vor allem auf die Verringerung der Restmüll-Entsorgungskosten zurückzuführen. Das mit dem neuen Abfallwirtschaftskonzept angestrebte Ziel, die Einwohner für eine Verringerung der Restmüllmenge zu sensibilisieren, ist damit erreicht worden. Knapp 500 Tonnen weniger Abfall fiel über die schwarze Tonne in Schweinfurt im Jahr 2006 an.

Elektroschrott-Gesetz

Daneben haben eine unerwartete Rückzahlung des Gemeinschaftskraftwerk (GKS) in Höhe von rund einer halben Milli-

on Euro wesentlich zur Reduzierung beigetragen, ebenso das Inkrafttreten des neuen Elektroschrott-Gesetzes zum 1. April. Musste die Entsorgung von Altgeräten bislang vom Bürger bezahlt werden, so sind diese Kosten neuerdings schon beim Kauf des Produktes einberechnet.

Lob für Servicebetrieb

Der Stadtrat sprach sich für die hierfür nötige Änderung der Gebührensatzung zum 1. Juli 2007 aus. Viele der Mitglieder des Gremiums sowie Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser lobten den „Servicebetrieb Bau und Stadtgrün“, aber auch die Bürger für die weniger angefallene Müllmenge sowie deren Verständnis für den mit dem neuen Konzept eingeführten zweiwöchigen Müllentsorgungstakt. Diese Umstellung war vor zwei Jahren noch sehr umstritten und hatte Befürchtungen ausgelöst, die Stadt würde mit Müllbergen überquellen.

Lohnendes Unterfangen

„Es zeigt sich nun, dass sich das geänderte Abfallwirtschaftskonzept gelohnt hat“, stellte Baureferent Jochen Müller fest. Er erinnerte daran, dass die Gebühren nicht das erste Mal abgesenkt worden sind. So habe sich der Preis für eine 80 Liter-Restmülltonne innerhalb der vergangenen fünf Jahre um knapp die Hälfte reduziert. DK

kompostiert. Die Kompostierungsanlagen des Landkreises befinden am Abfallwirtschaftszentrum Rothmühle (bei Geldersheim) und in Gerolzhofen.

Deutliche Vorteile

Zu den Vorteilen einer Biomüllvergärungsanlage zählen zudem die Reduzierung der Treibhausgase durch die Nutzung erneuerbarer Energien, Gewinnung von Energie durch Biogas, Strom- und Wärmegewinnung, Versorgungssicherheit im Landkreis Schweinfurt, außerdem geringerer Flächenbedarf und eine noch stärkere Geruchsminimierung. Für die Bürger wird sich trotz der aufzuwendenden Investitionskosten nichts ändern: In der derzeitigen Müllgebührenkalkulation ist bereits eine Investition in eine Vergärungsanlage berücksichtigt, so dass diese Anlage zu keiner Erhöhung der Müllgebühren führt. □

Entsorgung gefährlicher Abfälle:

ZKS-Abfall geht an den Start

Zentrale Koordinierungsstelle Abfall ist eGovernment 2.0-Projekt

Ab 2010 wird für alle an der Entsorgung gefährlicher Abfälle Beteiligten die elektronische Nachweisführung gemäß Novelle der Nachweisverordnung verpflichtend. Die Zentrale Koordinierungsstelle Abfall (ZKS-Abfall) bietet dazu eine bundesweit einheitliche elektronische Plattform zu den Behörden. Den Zuschlag für die Softwareentwicklung ZKS-Abfall haben die Unternehmen IBM, MaK DATA SYSTEM und die ITU system Umweltdatenmanagement GmbH erhalten.

Projektstart war der 1. Juli 2007. Die Software für die ZKS soll im Herbst 2008 fertig gestellt sein. Die ZKS-Abfall geht im ersten Quartal 2009 in Betrieb. Der Vertrag für die Softwareentwicklung der ZKS unterzeichnete die GOES, „Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH“. Sie nimmt die Aufgaben der Geschäftsstelle der 16 Bundesländer, der Informationskoordinierenden Stelle Abfall-DV-Systeme IKA, wahr und handelt im Auftrag der Länderarbeitsgruppe GADSYS, „Gemeinsame Abfall-DV-Systeme“.

Elektronischer Nachweis verpflichtend

Hintergrund für die Einführung der ZKS ist, dass ab 2010 für alle am Prozess der Entsorgung gefährlicher Abfälle Beteiligten wie Abfallerzeuger, -entsorger, -beförderer und Behörden die elektronische Nachweisführung verpflichtend wird. Ziel des elektronischen Nachweisverfahrens ist die Vereinfachung und Entlastung aller Beteiligten. So werden Mehrfacherfassungen in den beteiligten Unternehmen und Verwaltungen vermieden, der Zeitaufwand aufgrund des Wegfalls des Postweges verkürzt und Fehler bei der Erfassung der Daten drastisch minimiert. Das elektronische Nachweisverfahren ist Teil des Programms eGovernment 2.0 der Bundesregierung. Ziel ist die Modernisierung der Verwaltung und die Förderung des Standortes Deutschland durch eGovernment.

Technische Infrastruktur

Bei der ZKS handelt es sich um eine technische Infrastruktur, die einen länderübergreifenden und bundesweit einheitlichen Datenaustausch ermöglicht. Bestandteile der ZKS sind die Virtuelle Poststelle (VPS) als zentrale Datenaustausch-Plattform, das Länder eANV (elektronisches Abfallnachweis-Verfah-

ren) für Dritte zum Bearbeiten und Signieren von Begleitscheinen und Entsorgungsnachweisen, ein Service-Modul für die Verarbeitung der Nachrichten an die Behörden und ein Verzeichnis der elektronischen Adressen von etwa 50.000 betroffenen Unternehmen. Den für die Öffentlichkeit sichtbaren Teil der ZKS bildet die Homepage der ZKS „www.zks-abfall.de“. Diese bietet Informationen zum elektronischen Abfallnachweisverfahren. Um die VPS nutzen zu können, müssen sich am Abfallnachweisverfahren teilnehmende Betriebe einmalig auf der Homepage www.zks-abfall.de registrieren lassen.

Sicherer Datenverkehr

Die VPS als zentrale Datenaustausch-Plattform ist ein eMail-Server, auf den über das Internet per OSCI (Online Services Computer Interface), dem Behördenstandard für den Austausch von Dokumenten, zugegriffen werden kann. Die VPS übernimmt mit ihren elektronischen Postfächern den Empfang und die Bereitstellung von Nachrichten. Die Daten werden in jeweils individuell adressierten virtuellen Postfach nur temporär und immer verschlüsselt für die definierte Empfänger-Firma abgelegt. Nur diese Firma als rechtmäßiger Inhaber des Postfachschlüssels kann die Dokumente aus dem Briefkasten abholen, entschlüsseln und lesen.

Einfach und kostengünstig

Nachweisverpflichtete, die keinen Provider nutzen oder keine entsprechende EDV anschaffen wollen, können das Länder eANV nutzen - ein Internet-Portal, das als einfache und kostengünstige Lösung von den Ländern zur Verfügung gestellt wird. Es bietet grundlegende Dienstleistungen an, die für die Teilnahme an elektronischen Nachweisverfahren erforderlich sind. Dazu zählt vor allem die Möglich-

keit, Begleitscheine und Entsorgungsnachweise zu erstellen, zu signieren und diese anderen Verpflichteten zustellen zu können.

Service-Modul

Zu den Aufgaben des Service-Moduls gehört es, die von den Nachweisverpflichtigen an das Behördenpostfach der Virtuellen Poststelle gesendeten Dokumente an das jeweils zuständige Bundesland weiterzuleiten und diese dabei zum Beispiel auf Viren, Signatur und Formate zu prüfen. Die erstmalige Registrierung der Teilnehmer und die Bereitstellung der elektronischen

Adressen erfolgt ebenfalls durch das Service-Modul.

Drei Partner für die ZKS

Generalunternehmer ist die IBM Deutschland. MaK DATA SYSTEM und die ITU system Umweltdatenmanagement GmbH sind Subunternehmer. Die beteiligten Partner steuern ihre jeweiligen Stärken zum Projekt bei: Die IBM im Bereich E-Government, Projektmanagement und in den Technologien für die Virtuelle Poststelle, OSCI, und Archivierung. MaK DATA SYSTEM und die ITU bringen ihr Know-how in elektronischen Signaturen und ihre abfallwirtschaftliche Expertise ein. Projektverantwortung einschließlich Integration der verschiedenen Systeme trägt die IBM, die fachlichen Anforderungen steuern MaK DATA SYSTEM und die ITU bei. □



Malteser gemeinsam mit E-Plus:

Alt-Handys sammeln für einen guten Zweck
Cham. Mit großem Erfolg sammeln die Malteser und das Mobilfunkunternehmen E-Plus gemeinsam Alt-Handys. Schon mehr als 6.000 Handys sind bisher bundesweit abgegeben worden - im kleinen Cham alleine über 480 Stück. Den Erlös für die Alt-Handys stellt E-Plus den Maltesern vollständig zur Verfügung.

„Wir wollen zeigen, dass Alt-Handys auch dann noch einen Wert haben, wenn Sie nicht mehr genutzt werden. So verbinden wir Umweltziele mit sozialem Engagement“, führt Hilmar Möhlmann als E-Plus-Referent für Mobilfunk & Umwelt aus. Und so funktioniert's: Alt-Handys - gleich welcher Marke und jeden Alters - können mit Zubehör in speziellen Recyclingumschlägen portofrei per Post an E-Plus geschickt werden. Die Umschläge gibt es in den Dienststellen der Malteser und in den Shops von E-Plus. Die Einsendungen werden vom E-Plus-Recyclingpartner Greener Solutions umweltgerecht recycelt oder im Ausland vermarktet, wenn sie noch funktionsfähig sind. Die Erlöse erhalten die Malteser, speziell in Cham für Projekte der Senioren- oder der Offenen Behindertenarbeit.

Dass es sich in Cham so besonders erfolgreich Alt-Handys sammeln lässt, dürfte auch an einer speziellen Kooperation mit dem örtlichen Bauhof liegen. Dieser wird durch leicht körperlich und geistig Behinderte betreut. Von dort kamen etwa ein Sechstel der Chamer Alt-Handys. Der stellvertretende Leiter des Bauhofs, Alois Stelzl, zeigt sich entsprechend erfreut: „Im Rahmen unseres Elektrozyclingkam die Alt-Handy-Aktion gerade recht. Die Bauhofmitarbeiter waren sehr aktiv, in dem sie immer wieder Menschen ansprachen, ob sie denn nicht ein altes Handy zu Hause hätten und dieses vielleicht für die Malteser-Aktion zur Verfügung stellen würden.“ □

Sekundärrohstoffmarkt im Fokus:

Stoffströme - Zahlen - Perspektiven

„Der Mittelstand hat sehr früh erkannt, dass die größte Wertschöpfung in den Materialien selbst liegt und nicht aus der Bereitstellung generiert werden kann“, erklärte Dr. Thomas Probst vom bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. kürzlich auf den Sächsischen Abfalltagen.

Der Gedanke der ressourcenoptimierten Kreislaufwirtschaft sei inzwischen sowohl in der Kreislaufwirtschaft als auch in der Umweltpolitik etabliert.

Die Ressourcen der Kreislaufwirtschaft erstrecken sich dabei grundsätzlich auf drei Bereiche, nämlich:

- die Sekundärstoffströme,
- die Energiepotentiale der Stoffströme,
- die Vermeidung und Verminderung von Schadstoffen.

Probst erläuterte, dass viele Sekundärstoffe dabei so eingesetzt werden könnten, dass entweder die Stoffe erhalten blieben oder aber ihre Energie genutzt werden könne.

Während die Kreislaufwirtschaft immer noch - fast unvorstellbar - in der Fraktion der Verbrenner und der Recycler gespalten ist, seien die politischen Weichen durch das Kyoto-Abkommen inzwischen so gestellt, dass die Umsetzung der Ziele unter den Prämissen der Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung, Kreislaufwirtschaft und Lebenszyklen zu optimieren ist.

Die Umbrüche seit dem magischen Datum 1. Juni 2005 ermöglichen es, dass die vorhandenen Stoffströme im Recycling inzwischen effizienter als zuvor genutzt werden, da die Beseitigungsmöglichkeiten nun deutlich eingeschränkt sind.

Probst: „Der Verteilungskampf und damit der Wettbewerb um die Stoffströme, die im Jahr 2003 in Deutschland rund 366 Mio. Tonnen betragen, haben sich über die höheren Entsorgungskosten und auf Grund

noch knapper Vorbehandlungskapazitäten verlagert.“

Weitgehender Konsens besteht bei Politik und Kreislaufwirtschaft über die stoffliche Nutzung von Schrotten (ca. 22,2 Mio. Tonnen in 2006) und Altmetallen (ca. 2,8 Mio. Tonnen in 2005), Papier, Pappe und Kartonnagen - PPK (ca. 15,5 Mio. Tonnen in 2006), Altglas (2,5 Mio. Tonnen in 2005) sowie Alttextilien (ca. 1,9 Mio. Tonnen).

Dissens besteht in Politik und Kreislaufwirtschaft über die Kunststoffverwertung. Obwohl die Verwertung von Kunststoffen inzwischen ein weltweit etablierter Wirtschaftszweig sei, werde der hohe Materialwert der Kunststoffe häufig vernachlässigt.

Bei der Verwertung der anfallenden rund 4,42 Mio. Tonnen in 2005 gewinne vor allem der Energieinhalt der Kunststoffe immer größere Bedeutung und das obwohl sich seit langem Märkte mit positiven Erlösen für das Recycling von Sekundärkunststoffen etabliert haben.

„Von interessierten Kreisen wird bei Kunststoffen immer wieder die gemeinsame Erfassung mit Restabfällen und anschließendem Aussortieren der verwertbaren Kunststoffe diskutiert, obwohl dadurch die Kunststoffe dem Recycling entzogen werden, weil die querkontaminierten Materialien nicht mehr hochwertig verwertet werden können“, machte Probst deutlich. Gebrauchte Kunststoffe seien eine ökologisch und ökonomisch vorteilhafte Quelle, um marktgängige Produkte herzustellen. □

Novellierung der Verpackungsverordnung:

Für neutrale Ausschreibungen

bvse ist gegen Zuständigkeit der Dualen Systeme

„Die mittelständischen Recycling- und Entsorgungsunternehmen der Branche wenden sich klar gegen die unverhältnismäßige Ausweitung der Zuständigkeit der Dualen Systeme“, erklärte der Präsident des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung, Burkhard Landers, in Bonn vor der Presse.

Es sei ein gravierender Fehler des bisher vorliegenden Entwurfs, dass eine Regelung gewählt worden sei, die zu einem nicht unerheblichen Teil Gewerbeunternehmen zwingt sich von Dualen Systemen entsorgen zu lassen. Bisher hätten viele der kleinen und mittleren Gewerbeunternehmen mittelständische Dienstleister mit dieser Aufgabe beauftragt.

Burkhard Landers: „Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum die Dualen Systeme für die Entsorgung von Gewerbeunternehmen zuständig gemacht werden sollen. Aufgabe der Dualen Systeme ist einzig und allein die Entsorgung und hochwertige Verwertung der Verpackungsabfälle, die in privaten Haushalten anfallen, das hat der Verordnungsgeber von Anbeginn an so gewollt, dabei soll es bleiben.“

Nach Auffassung des bvse schränke jede Ausweitung der Zuständigkeit der Dualen Systeme in den gewerblichen Bereich die Gewerbefreiheit ein und gefährde die wirtschaftliche Grundlage der mittelständischen Recycling- und Entsorgungsdienstleister, die nicht Auftragnehmer der Dualen Systeme sind.

Für den bvse sei es weiter von großer Bedeutung, dass die Ausschreibungen der Dualen Systeme künftig von einer neutralen Stelle durchgeführt werden. In einer bvse-Umfrage haben sich 86 % der Unternehmen für eine neutrale Ausschreibung ausgesprochen. Das belege, dass diese Forderung großen Rückhalt in der Branche hat.

Burkhard Landers: „Wir haben überhaupt kein Interesse daran, den großen Müllkonzernen, die entweder schon Systembetreiber sind oder es zukünftig werden wollen, unsere Kalkulationen im Rahmen einer Ausschreibung offenzulegen.“

Die Politik könne kein Interesse daran haben, den Konzernen auf Kosten des Mittelstandes einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. „Dieser Wettbewerbsvorteil wird nicht nur im Bereich der Verpackungsabfälle Wirkung zeigen, sondern auch in allen anderen Bereichen der Recycling- und Entsorgungswirtschaft.“ warnte der bvse-Präsident eindringlich. □

Export von Sekundärrohstoffen steht vor Problemen

Die EU-Abfallverbringungsverordnung zieht langwierige Notifizierungspflicht nach sich

Ein vorübergehendes Erliegen der Stoffströme hält der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. ab dem 12. Juli 2007, dem Stichtag für die neue EU-Abfallverbringungsverordnung, für möglich. Grund für diese Befürchtung ist die dann teilweise erforderliche Notifizierungspflicht für den Export grün gelisteter Abfälle, wie zum Beispiel Altpapier oder Schrotte.

Nach den Worten von bvse-Justiziarin Dr. Manuela Hurst ist der Export in viele Nicht-OECD-Staaten, auch nach China, betroffen. So sind die nicht der OECD angehörenden Staaten von der EU-Kommission zu dem Regelungssystem der neuen Verordnung zwar befragt worden, aber bisher haben nur sehr wenige Staaten geantwortet.

Zu den Staaten, die bisher nicht geantwortet haben, zählen beispielsweise China, aber auch Indien oder Indonesien. Für diese Staaten, von denen keine Antwort vorliegt, gilt dann ab dem 12. Juli 2007 auch für grün gelistete Abfälle die Pflicht zur Notifizierung.

Dr. Hurst weist darauf hin, dass der Rechtsausschuss der Bund-/ Länder-Arbeitsgemein-

schaft Abfall (LAGA) feststellt hat, dass die EU-Abfallverbringungsverordnung für diesen Fall keine Übergangsfristen vorsehe. Damit unterliegen Verbringungen grün gelisteter Abfälle, die ab dem 12. Juli 2007 beginnen, der neuen EU-Regelung.

Nach Auffassung des bvse kann diese neue Notifizierungspflicht aufgrund der bürokratischen Hürden dazu führen, dass zumindest zeitweise der Export stark behindert werde. Eine Notifizierung sei in der Praxis frühestens in zwei Monaten zu erhalten, meist seien die Zeiträume deutlich länger. Man könne nur hoffen, so Hurst, dass bis zum 12. Juli wenigstens die wichtigsten Handelspartner das neue EU-Regelwerk akzeptierten. □

Unterstützungsfonds hilft bei Hausmülldeponie-Sanierung

Hohe Akzeptanz bei Gemeinden

Der im letzten Jahr neu eingerichtete Unterstützungsfonds für kreisangehörige Gemeinden zur Sanierung ihrer ehemaligen Hausmülldeponien wird sehr gut angenommen. Das betonte Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard anlässlich des Altlastensymposiums 2007 der Gesellschaft zur Altlastensanierung (GAB) in Passau. Bernhard: „Die unbürokratische Hilfe über die GAB klappt hervorragend: Durch den neuen Unterstützungsfonds konnten in den vergangenen Monaten bereits 34 Gemeinden finanzielle Mittel in Höhe von insgesamt rund 4,5 Millionen Euro zugesagt werden. Auch vom fachlichen Know-How der GAB machen die Gemeinden regen Gebrauch.“ Derzeit sind über 1.000 vorrangig zu sanierende („Priorität A“) gemeindeeigene Hausmülldeponien bekannt. Weitere Anträge auf finanzielle Unterstützung durch den Fonds liegen vor und werden derzeit von der GAB geprüft. Bis 2010 stehen aus dem Fonds insgesamt 50 Millionen Euro zur Verfügung.

Der im Mai 2006 eingerichtete Fonds hilft kreisangehörigen Gemeinden bei der Erkundung und Sanierung ihrer ehemaligen Hausmülldeponien. Er wird finanziert durch Beiträge des Freistaates und der Gemeinden in Höhe von jeweils 5 Millionen Euro pro Jahr zu gleichen Teilen. Die Beiträge des Freistaates stammen aus den aufgelaufenen Zinserträgen des Altlastensanierungsfonds; die Beiträge der Gemeinden richten sich nach deren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sind nach oben begrenzt. „In Härtefällen wird der Fondsbeitrag der Gemeinden verringert. Betroffene Gemeinden werden gegen einen relativ geringen Beitrag vor einem hohen finanziellen Risiko abgesichert und vor finanzieller Überbelastung geschützt“, so der Staatssekretär. □

65. Geburtstag von Passaus Landrat Hanns Dorfner:

Ein Kommunalpolitiker mit Leib und Seele

Ein „Urgestein“ der bayerischen Kommunalpolitik feierte am 28. Juni seinen 65. Geburtstag: Hanns Dorfner, seit 1990 (und noch bis 2008) Landrat des größten niederbayerischen Landkreises Passau, gehörte bereits als 30-Jähriger zu Bayerns jüngsten Bürgermeistern. Bei allem Erfolg und aller Anerkennung ist Hanns Dorfner stets ein Mann der Basis geblieben, zu dem jeder Bürger schnell Kontakt findet.

Nach Abschluss der Landwirtschaftlichen Berufsschule und der Landwirtschaftlichen Fachschule in Rothalmünster, wurde der Jubilar 1972 zum 1. Bürgermeister der Gemeinde Kirchham gewählt. Dieses Amt übte er bis 1990 aus. Von 1972 bis 1990 war der vierfache Vater Mitglied des Kreistages Passau, von 1984 bis 1990 stellvertretender Landrat des Landkreises Passau. Von

1990 bis April 2000 fungierte Dorfner als Vorsitzender des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Donau-Wald, ebenso hat er den Vorsitz in weiteren Zweckverbänden und Kommunalen Gesellschaften inne. Von 1980 bis Mitte 1999 war er auch Bezirksvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU.

In seinem Amt als Landrat ge-

lang es Hanns Dorfner schon sehr bald, wesentliche Akzente in der Kreispolitik zu setzen. So sorgte er für die frühzeitige Neustrukturierung der Kreiskrankenhäuser durch Umwandlung in eine gemeinnützige GmbH, die Errichtung einer Kreismusikschule mit rund 3000 Schülerinnen und Schülern sowie den Auf- und Ausbau eines leistungsfähigen und vorbildhaften ÖPNV-Netzes. Der Kulturarbeit hat der Landkreischef stets einen besonderen hohen Stellenwert beigemessen, was sich in der frühzeitigen Gründung eines eigenen Kulturamtes sowie der Initiierung eines weit hin anerkannten Kulturpreises bemerkbar machte.

Investition in die Bildung

Unter der Landratstätigkeit des „geborenen Kommunalpolitikers“ ist ein Höchstmaß an Bildungsinvestitionen getätigt worden. Mehr als 100 Mio. Euro sind in den vergangenen 15 Jahren in die Zukunft der jungen Menschen geflossen. Als einer der ersten Landkreise Bayerns führte Passau die 6-stufige Realschule flächendeckend ein und stärkte gleichzeitig die Hauptschulstandorte mit M-10 Klassen. Wirtschaft und Tourismus im Landkreis Passau hat Hanns Dorfner ebenso einen hohen Stellenwert beigemessen, weil er die neuen Chancen der Öffnung nach Osten rechtzeitig in kommunalpolitisches Handeln umgesetzt hat.

Unermüdlicher Einsatz

Nicht unerwähnt bleiben dürfen Dorfners große Erfolge auf dem Gebiet der Verwaltungsreform, wo er mit unermüdlichem persönlichem Einsatz und Überzeugungskraft für ein Mehr an Transparenz und Bürgernähe der Verwaltung kämpft und den Landkreis Passau bei der Einführung betriebswirtschaftlicher Elemente in den Verwaltungen zu einer Spitzenposition geführt hat. Bayernweit zählt der Landkreis zu den ersten, die im Rahmen des neuen kommunalen Finanzwesens die Doppik anstelle der bisherigen kameralistischen Buchführung eingeführt haben.

Überregionale Kompetenz

Landrat Dorfners kommunalpolitische Erfahrung und sein Engagement haben auch überregional großes Gewicht, so z. B. als stellvertretender Landesvorsitzender der KPV (seit 1980), als Präsident des Bayerischen Sing- und Musikschulverbandes oder als Bezirksverbandsvorsitz-

auf Kinderbetreuung, Familienfreundlichkeit sowie ältere und pflegebedürftige Menschen. In ihrem Vortrag forderte die Ministerin mehr Kinderfreundlichkeit in unserer Gesellschaft ein.

Falscher Zugang

Für sie ist der zentrale Punkt, dass junge Ehepaare keine Lust auf Kinder haben, weil nur davon geredet wird, wie schwierig es in Deutschland sei, Kinder und berufliche Tätigkeit miteinander zu vereinbaren und dass Kinder Geld kosten. Stewens forderte: „Wir brauchen wieder einen anderen Zugang zu Kindern.“

Die Ministerin, selbst Mutter von sechs Kindern und Großmutter von 18 Enkelkindern ist, berichtete aus ihren eigenen Erfahrungen. Wer viele Kinder hat, den schiebt man leicht in eine bestimmte soziale Schublade. Der

zender des Bayerischen Landkreistages. Bei so viel Engagement und erfolgreichem Wirken blieben Auszeichnungen logischerweise nicht aus: So ist Dorfner u. a. Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande, der Medaille „PRO MERITIS“, der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber, des Oberösterreichischen Kulturordens und des Bayerischen Verdienstordens.

„Jugend des Alters“

Im Rahmen eines Empfangs am Wochenende verwies stellvertretender Landrat Günther Kohl darauf, dass dieser „Brückengeburtstag“ hinüber führe vom „Alter der Jugend“ zur „Jugend des Alters“. Die Tatsache, dass Hanns Dorfner derart „unangefochten, anerkannt und beliebt“ ist, sei das Ergebnis harter Arbeit, großen Fleißes und zäher Ausdauer. Es sei aber auch das Gespür für das Machbare, das Richtige, „auch wenn es nicht gleich bei allen gut ankommt“. „Du kannst überzeugen und verfügst über eine geradezu sprichwörtliche Geduld, Gelassenheit und Du bist leistungsfähig. Dank dieser Eigenschaften hast Du es 35 Jahre in führender Position in der Kommunalpolitik ausgehalten - eine Riesenleistung, die wir mit Respekt, vor allem aber mit großem Dank anerkennen“, machte Kohl deutlich.

Blühende Region

Wie Finanzstaatssekretär MdL Franz Meyer bemerkte, feiere auch der Landkreis Passau Geburtstag - wenn auch erst den 35. Dass dieser „eine blühende Region“ geworden sei, dafür zeichne der Jubilar, „ein Mann mit Grundsätzen, offenem Ohr, weitem Herz und helfender Hand“ in hohem Maße verantwortlich. Meyer weiter: „Attribute wie pflichtbewusst, ausdauernd, innovativ und vor allem erfolgreich hast Du schon zigfach in Deiner Zeit als Landrat gehört. Und das nicht, weil man Dir schmeicheln wollte, sondern weil es einfach stimmt. Ich könnte die Liste noch um etliche Eigenschaften ergänzen - beispielsweise um Deine Bürgernähe, Deinen Optimismus, Deine Offenheit und Sachlichkeit. Das alles und noch viel mehr trifft auf Dich zu.“

Zupackend und geradlinig

Viel habe er von Dorfner gelernt, fuhr Meyer fort: „Deine zupackende Art, Dein mutiger Einsatz für eine Sache, von der Du überzeugt bist und Deine Ehrlichkeit haben mich von jeher begeistert. Du stehst für Geradlinigkeit.“ Ob als Innovations-, Wirtschafts- oder als Agrarstandort, ob als Tourismusregion oder Kulturregion: Dass der Landkreis Passau heute in jedem Bereich eine Topposition einnehme, ist zu einem Großteil Dorfners unermüdlichem Einsatz zu verdanken.

Freistaat hat in den vergangenen Jahren das Betreuungsangebot stark ausgebaut. Auch Kinder unter drei Jahren können betreut werden. In diesem Zusammenhang strebt die Ministerin eine Bedarfsplanung an. Damit möchte sie sondieren, was Familien mit Kindern wirklich brauchen.

Pro Erziehungsbonus

Stewens betonte weiter, dass, wenn es einen Rechtsanspruch auf einen Grippenplatz geben soll, die CSU auf jeden Fall auf einen Erziehungsbonus für Frauen, die ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr zu Hause erziehen, bestehen werde. Nach wie vor beharre die CSU weiterhin auf diesem Erziehungsgeld, sonst werde der Freistaat den von der Bundesregierung vorgesehenen Neuregelungen nicht zustimmen.



Das Ehepaar Hanns und Gerlinde Dorfner.

Es sei offensichtlich, dass sein Herz für seine niederbayerische Heimat schlägt. Und dies sei auch immer die entscheidende Antriebsfeder gewesen.

Herzliche Worte des Dankes fand Franz Meyer auch für Dorfners Ehefrau Gerlinde: Sie habe in

allen Jahren ihrem Hanns den Rücken frei gehalten, „damit er sich mit großem Erfolg für unseren Landkreis einsetzen konnte“. „Das war bestimmt nicht immer leicht - ein aufrichtiges Vergelt's Gott dafür“, so Meyer abschließend.

Bürgermeister Klemens Gsell OB-Kandidat der CSU:

„Nürnberger mit Leidenschaft“

Bürgermeister Dr. Klemens Gsell (45) ist Kandidat der CSU für das Amt des Oberbürgermeisters in Nürnberg. Gsell, der auf der Delegiertenversammlung im Historischen Rathaussaal der Stadt Nürnberg gemeinsam vom CSU-Bezirksvorsitzenden Dr. Günther Beckstein und CSU-Stadtratsfraktionschef Michael Frieser vorgeschlagen wurde, erhielt 125 von 127 gültigen Stimmen.

Gsell selbst geht mit großem Optimismus in die Auseinandersetzung: „Ich werbe um das Vertrauen unserer Wählerinnen und Wähler und freue mich auf eine

will deutlich machen, dass unsere Stadt nicht nur moderiert, sondern geführt werden muss. Wir brauchen neue, kraftvolle Impulse für die Stadt und ihre Bürger. Ich bin Nürnberger mit Leidenschaft und freue mich auf die Aufgaben für mein Nürnberg!“

Klar definierte Ziele

„Unsere Ziele sind klar abgesteckt: Die CSU will wieder den Oberbürgermeister Nürnbergs stellen! Die CSU will in Nürnberg die bestimmende Kraft bleiben und ihre Stellung als größte Fraktion im Stadtrat ausbauen. Dafür steht unser Kandidat Klemens Gsell. Dafür steht die CSU als die Nürnbergpartei!“ betonte Beckstein.

CSU-Fraktionsvorsitzender Michael Frieser: „Klemens Gsell hat die einmütige Unterstützung seiner gesamten CSU-Fraktion. Er ist der Garant dafür, dass die CSU bei der Kommunalwahl das beste Ergebnis erreicht. Mit Klemens Gsell bekommt Nürnberg einen Macher.“



Dr. Klemens Gsell.

spannende, inhaltliche Auseinandersetzung um das beste Konzept für Nürnberg und seine Bürgerinnen und Bürger. Nürnberg lebt derzeit zu sehr von den Früchten vergangener Jahre. Ich

Jugendkulturpreis des Landkreises Schweinfurt:

Thema 2008: „Spiel und Bewegung“

Mit dem Jugendkulturpreis fördert der Landkreis Schweinfurt seit einigen Jahren die Kinder- und Jugendkulturarbeit. Der Preis wird jedes Jahr im Herbst verliehen. In diesem Jahr dreht sich alles um die „Musik“ - so wird beispielsweise der Aufbau einer Kinder- oder Jugendmusikgruppe, ein Musical, Musikworkshops oder ähnliches bewertet.

Gleichzeitig laufen bereits die Vorbereitungen für den Jugendkulturpreis 2008 an. Thema 2008 ist der Bereich „Spiel und Bewegung“. Bewertet werden beispielsweise Artistik, Jonglage, Varieté, Spieleaktionen oder spielpädagogische Angebote.

Alle Gemeinden, Märkte und die Stadt Gerolzhofen sowie Jugendinitiativen, Vereine und Verbände der Jugendarbeit können sich an dem Wettbewerb beteiligen. Ausschreibungen und Anmeldungen gibt's bei den Gemeinden, die auch die Koordination der eingehenden Aktionen übernehmen. Pro Gemeinde kann nur eine Aktion eingereicht werden. Das heißt, dass alle Vorschläge der möglichen Wettbewerbsteilnehmer bei der Gemeinde gesammelt und dann gemeinsam entschieden werden soll, welche Aktion teilnimmt. Möglich ist auch eine Kooperationsaktion mehrerer Teilnehmer. Ist die Entscheidung für eine Aktion gefallen, soll die vom Wettbewerbsteilnehmer ausgefüllte Anmeldung bis spätestens 31. Oktober 2007 an die Kommunale Jugendarbeit zurückgeschickt werden. Weitere Infos bei der der Kommunalen Jugendarbeit, Tel. (09721) 55-507. Das Anmeldeformular zum Download gibt es unter www.koja-schweinfurt.de („Aktuelles“).



Von links: KPV-Bezirkschef Stefan Röble, Sozialministerin Christa Stewens und der schwäbische Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert.

Kommunalpolitische Vereinigung Schwaben:

Röble einstimmig zum Bezirkschef gewählt

Bei der Bezirksversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) Schwaben wählten die Mitglieder Landrat Stefan Röble erneut einstimmig zu ihrem Bezirksvorsitzenden. Röble freute sich über das sehr gute Ergebnis und versicherte, dass er auch weiterhin die Interessen der Kommunen gegenüber der Staatsregierung und dem Landtag nachhaltig vertreten wird.

In seiner Ansprache zeigte sich Röble optimistisch. Trotz der Querelen der CSU legt die Partei nach der jüngsten Forsa-Umfrage kräftig zu. Wenn die Nachfolge von Ministerpräsident Edmund Stoiber sauber, fair und emotionsfrei über die Bühne geht, dann könnte die CSU wieder erfolgreich aus dem Landtags- und den Kommunalwahlen hervorgehen.

Förderstau zügig abbauen

Erfreulich ist, so Röble weiter, dass sich der Freistaat über zusätzliche 3,3 Mrd. Euro an Steuermehreinnahmen freuen kann, das sind 5 % mehr als erwartet. Davon werden 100 Mio. in staatliche Baumaßnahmen und kommunale Investitionen fließen. Die KPV begrüßt die Absichten des Freistaats, Schulden zu tilgen, wie auch die zu erwartenden zusätzlichen Investitionen. Dennoch wünschen sich die Kommunen, dass die Regierung bei den noch ausstehenden Zuschüssen tiefer in die Tasche greift und dabei insbesondere auch an die Kommunen denkt. Vor allem muss der Förderstau zügig abgebaut werden.

Bezirksumlage

Röble ging in seinen Ausführungen zudem auf die Bezirksumlage ein, die die schwäbischen Landkreise und damit indirekt auch die schwäbischen Kommunen finanziell stark belastet. Eine vom Freistaat vorgenommene Änderung hinsichtlich der Zuweisungen im sozialen Bereich hat bewirkt, dass Schwaben im

Vergleich zu anderen Bezirken wesentlich geringere Zuwendungen erhält. Das hat wiederum zur Folge, dass der Bezirk Schwaben eine deutlich höhere Bezirksumlage im Vergleich zu den anderen bayerischen Bezirken erhebt. Röble fordert daher, dass sich der Freistaat mit diesem Thema erneut befasst, damit existenzielle Ungerechtigkeiten schnellstmöglich beseitigt werden. Die in zurückliegenden Jahren steigenden Kreisumlagesätze zur Finanzierung von Sozialausgaben führten bei den Gemeinden zu Investitionskürzungen. Dies ist auch ein Grund dafür, dass die Bauinvestitionen seit 1995 um ein Drittel auf 3 Mrd. Euro gesunken sind.

Starke Verwurzelung

Landrat Röble freute sich auch, den CSU-Bezirksvorsitzenden MdEP Markus Ferber bei der Veranstaltung in Vöhringen begrüßen zu dürfen. Ferber führte in seinem Grußwort aus, dass die CSU eine kommunale Partei ist, die vor Ort, also in den Gemeinden und Städten stark verwurzelt ist. Das muss, gerade im Vorfeld der anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen immer wieder bewusst gemacht werden. Denn nur dann würde dies auch bei den Wahlen Kapital einbringen.

Ein weiterer Höhepunkt war das Referat der Bayerischen Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Christa Stewens zur demographischen Entwicklung und den damit verbundenen Herausforderungen im Hinblick

50. Geburtstag von Dr. Gabriele Pauli:

Frei für neue Aufgaben

Neue Wege geht die Fürther Landrätin Dr. Gabriele Pauli, die am 26. Juni ihren 50. Geburtstag feierte. Bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 2008 wird sie nicht wieder kandidieren. Nach dann 18 Jahren im Amt, gibt sie die Führung des Landkreises ab und wendet sich neuen Aufgaben zu.

Geboren in Schweich an der Mosel, erwarb Pauli 1976 in Fürth das Abitur. 1974 bereits trat sie in die Junge Union, 1977 in die CSU ein. Ein Jahr zuvor hatte sie ein Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg aufgenommen und dieses 1981 als Diplom-Kauffrau abgeschlossen. Ab 1978 war Pauli Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung und von 1982 bis 1983 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität Erlangen-Nürnberg. Ab 1983 war sie Inhaberin des Pauli-Balleis-Verlages und arbeitete in der Folgezeit bei verschiedenen Bildungswerken als Referentin und Seminarleiterin sowie in den Büros diverser Bundestagsabgeordneter.

Kritik an Stoiber

Von 1987 bis 1990 fungierte die Mutter einer Tochter als stellvertretende JU-Landesvorsitzende. Zudem war sie von 1988 bis zu ihrer Wahl als Landrätin Stadträtin in Zirndorf. 1990 löste sie als damals jüngste Landkreiseinwohnerin Deutschlands - Dietrich Sommerschuh von der SPD mit 50,4 Prozent der Stimmen ab und wurde 1996 mit überzeugenden 59,1 Prozent sowie 2002 mit überragenden 65,4 Prozent im Amt bestätigt. Seit 1989 ist Pauli Mitglied im CSU-Landesvorstand und seit April 2005 in der Antragskommission der CSU.

2006 geriet Pauli auf Grund ihrer offenen Kritik an Ministerpräsident Edmund Stoiber bundesweit in die Schlagzeilen. Anfang 2007 verschärfte sich die Diskussion um die Spitzenkandidatur Stoibers bei den bayerischen Landtagswahlen 2008 zu sehends. Pauli regte angesichts dessen schlechter Umfrageergebnisse eine CSU-Mitgliederbefragung an, die allerdings abgelehnt wurde. Mit Edmund Stoibers Erklärung am 18. Januar 2007, auf seine politischen Ämter im Herbst verzichten zu

Mittelstands-Union München:

Bürokratieabbau im Visier

Im Bundestag wurde vor kurzem das zweite Mittelstandsentlastungsgesetz zum Bürokratieabbau beraten. „Wir begrüßen, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos das Thema Bürokratieabbau weiterhin mit Nachdruck verfolgen. Allerdings hätten wir uns gewünscht, dass die bürokratische Entlastung für den Mittelstand weitreichender erfolgen würde. Dies scheitert derzeit offenbar an den Beharrungskraften innerhalb der SPD“, so Stadtrat Thomas Schmatz, Bezirksvorsitzender der Mittelstands-Union München.

Im Zuge des zweiten Mittelstandsentlastungsgesetzes werden für Kleinunternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten zukünftig die statistischen Stichprobenhebungen auf drei pro Jahr beschränkt. Bei der Statistik für die Dienstleistungskonjunktur wird verstärkt auf bereits vorhandene Daten zurückgegriffen. Dadurch entfallen bei etwa 33.000 Unternehmen Befragungen, die bisher mehrfach im Jahr anfielen.

Insbesondere begrüßt die MU München die bürokratische Entlastung für junge Unternehmer und Existenzgründer. „Durch den Vorstoß der Union kann sich nun ein junger Unternehmer in den ersten drei Jahren ausschließlich um das Einwerben von Aufträgen, um das Marketing für das Unternehmen und um die Unternehmensidee kümmern. Zukünftig muss er abends nicht noch stundenlang Statistiken erstellen, die dann keiner liest“, so StR Thomas Schmatz. Zudem be-

wollen, ist der Konflikt weitgehend in Paulis Sinne gelöst worden, wobei sie nach wie vor darauf drängt, die Parteibasis bei derartigen Entscheidungen einzubeziehen.

Erfolgreiche Sparpolitik

Während ihrer Amtszeit sorgte Gabriele Pauli u. a. dafür, dass der Landkreis Fürth mittlerweile erheblich unter dem durchschnittlichen Schuldenstand aller Landkreise in Bayern liegt. Ganz anders stellte sich die Situation



Dr. Gabriele Pauli.

dar, als die junge Politikerin das Amt übernahm: Vor 17 Jahren war der Landkreis Fürth aufgrund des Baus mehrerer Großprojekte wie Gymnasien oder sehr teurer Kreisstraßen bei gleichzeitiger Senkung der eigenen Einnahmemöglichkeiten über die Kreisumlage einer der höchst verschuldeten Landkreise in Bayern. Gerade dieser Umstand, aber auch die Höhe der Kreisumlage, mit der der Landkreis seine kreisangehörigen Gemeinden belasten muss, hat sich seit Paulis Amtsantritt wesentlich verbessert.

Wie die vielfach ausgezeichnete Landrätin - u. a. bekam sie das Bundesverdienstkreuz für beispielhafte Arbeit für eine bürgerfreundliche und leistungsfähige

Mittelstands-Union München:

Bürokratieabbau im Visier

Im Bundestag wurde vor kurzem das zweite Mittelstandsentlastungsgesetz zum Bürokratieabbau beraten. „Wir begrüßen, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos das Thema Bürokratieabbau weiterhin mit Nachdruck verfolgen. Allerdings hätten wir uns gewünscht, dass die bürokratische Entlastung für den Mittelstand weitreichender erfolgen würde. Dies scheitert derzeit offenbar an den Beharrungskraften innerhalb der SPD“, so Stadtrat Thomas Schmatz, Bezirksvorsitzender der Mittelstands-Union München.

Im Zuge des zweiten Mittelstandsentlastungsgesetzes werden für Kleinunternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten zukünftig die statistischen Stichprobenhebungen auf drei pro Jahr beschränkt. Bei der Statistik für die Dienstleistungskonjunktur wird verstärkt auf bereits vorhandene Daten zurückgegriffen. Dadurch entfallen bei etwa 33.000 Unternehmen Befragungen, die bisher mehrfach im Jahr anfielen.

Insbesondere begrüßt die MU München die bürokratische Entlastung für junge Unternehmer und Existenzgründer. „Durch den Vorstoß der Union kann sich nun ein junger Unternehmer in den ersten drei Jahren ausschließlich um das Einwerben von Aufträgen, um das Marketing für das Unternehmen und um die Unternehmensidee kümmern. Zukünftig muss er abends nicht noch stundenlang Statistiken erstellen, die dann keiner liest“, so StR Thomas Schmatz. Zudem be-

Verwaltung und den Olympe-de-Gouges-Ehrenpreis der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen für couragiertes politisches Auftreten - betont, habe der Landkreis hierzu seit Beginn der 90er Jahre „eine konsequente Sparpolitik“ betrieben.

Gut bestelltes Haus

So seien nicht nur im Jahr 1990 alle freiwilligen Leistungen gestrichen worden; auch wurden bei den Investitionen erhebliche Abstriche gemacht. Durch Streckung und Verschiebung von Baumaßnahmen ergab sich in den 90er Jahren eine Investitionspause, die dazu geführt habe, dass der extrem hohe Schuldenstand Zug um Zug verringert werden konnte. Damit kann der Amtsnachfolger im kommenden Jahr einen Spitzen-

Bezirk Niederbayern:

Denkmalpreis 2007 für Burg Niederhaus

In einer Ausschuss-Sitzung im Institut für Hörgeschädigte in Straubing vergaben die Mitglieder des Bezirkstags den diesjährigen Denkmalpreis des Bezirks Niederbayern. Der mit 7.500 Euro dotierte Preis geht an die Eigentümergemeinschaft Brunner in Passau, und zwar aufgrund ihrer beispielhaften denkmalpflegerischen Leistungen, wie es in der Stellungnahme des Bezirkskulturreferats hieß.

Seit genau 100 Jahren ist die mittelalterliche Burg im Besitz der Familie Brunner, die sich mit großem Sachverstand, persönlichem und finanziellem Engagement dem Erhalt des ebenso markanten wie beeindruckenden Gebäudekomplexes im historischen Stadtbild Passaus widmet. Die derzeitigen Sanierungsmaßnahmen werden vom Passauer Architekten Norbert Paukner betreut.

Imposantes Denkmal

Die genaue Bauzeit des imposanten Denkmals am Fuß des Georgsberges direkt am Zusammenfluss von Ilz und Donau ist nicht vollständig geklärt. Als fürstbischöfliche Fluchtburg wurde das Niederhaus vermutlich zusammen mit der Veste Oberhaus um die Mitte des 13. Jahrhunderts erbaut. Nach der Zerstörung durch eine Pulverexplosion im Jahre 1435 musste die Burg bis 1444 unter Fürstbischof Leonhard von Layming wiederaufgebaut werden. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts befindet sich die Burg in Privatbesitz und dient reinen Wohnzwecken. Von 1890 bis 1907 bewohnte sie der Maler Ferdinand Wagner, der den Wohnbau mit eigenen Malereien, Möbeln und sonstigem Inventar historisierend ausstattete.

Die Gesamtanlage wird im Zentrum beherrscht von einem hohen massiven Wohnbau (Palas) und einem östlich stehenden Bergfried an der äußeren Spitze



Der Ritteraal auf Burg Niederhaus.

landkreis in Bayern übernehmen. Das Haus ist gut bestellt.

Kein Rückzug aus der CSU

In diesem Zusammenhang legt die begeisterte Motorradfahrerinnen Wert auf die Feststellung, dass ihre Entscheidung, nicht mehr als Landrätin zu kandidieren, „keinen Rückzug aus der CSU bedeutet, sondern im Gegenteil mich frei macht, neue Herausforderungen anzunehmen“. Für die Zukunft habe sie viele Optionen, die sie auf sich zukommen lasse. „Gerade auch die Reaktion meiner Partei hat mir neue Wege eröffnet und Chancen aufgezeigt“, beteuert Pauli. „Dafür danke ich der CSU, denn ich hätte sonst nie erfahren, welche große Unterstützung ich in der Öffentlichkeit habe.“ Der Entschluss, 2008 nicht mehr als Landrätin zu kandidieren, sei ihre persönliche Entscheidung. „Ich habe der CSU sehr gerne als Landrätin gedient und freue mich auf neue Aufgaben“, so Paulis Fazit. DK



Stehend von links MdL Helmut Guckert, Landrat Rudolf Schwemmbauer, Landrat Stefan Rößle, MdEP Dr. Ingo Friedrich, MdL Günther Babel. Sitzend CDU-MdL Winfried Mack, CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann und Staatssekretär Georg Schmid.

Regionaltag Donau-Ries/Ostalb/Mittelfranken:

CSU und CDU verabschieden „Nördlinger Erklärung“

Nördlingen. „Die politische Zusammenarbeit darf nicht an eingekreisten Grenzen festmachen“, erklärte Georg Schmid, Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium, beim 5. gemeinsamen Regionaltag der CSU Nordschwaben / Donau-Ries mit Mittelfranken und der CDU aus dem Ostalbkreis.

Die Entwicklung der Verkehrswege und der weitere Ausbau des Tourismus standen im Mittelpunkt der Beratungen in Nördlingen, nachdem Oberbürgermeister Hermann Faul die Delegationen am Rathaus begrüßt hatte.

Für den mittelfränkischen CSU-Bezirksvorsitzenden Joachim Herrmann ist es wichtig, dass die Region gemeinsam zukunftsfähig weiterentwickelt wird: „Wir haben schon viel erreicht und noch viel vor. Entscheidend ist dabei, dass die Tourismusziele nicht nur attraktiv, sondern auch gut erreichbar sind“. Das war das Stichwort für Georg Schmid, der anhand einer Präsentation aufzeigte, welche Verbesserungen seit der letzten Zusammenkunft eingetreten sind.

Beispielhaft nannte Schmid Ausbaumaßnahmen an den Bundesstraßen 2, 16, 25 und 29 in Nordschwaben, eine ganze Reihe von Ortsumgehungen und Fortschritte bei diversen Planfeststellungsverfahren. Und noch 2007 sollen gemeinsam mit den Verantwortlichen der Stadt die Umgehungsmöglichkeiten von Dinkelsbühl ausgelotet werden - die Stadt hat in den letzten Monaten wegen spektakulären Aktionen für einige Aufmerksamkeits gesorgt.

Wichtig war für den CSU-Kreisvorsitzenden aus dem Donau-Ries die Anbindung des Ries an die A 7 und das gemeinsame Bemühen mit den Freunden aus Baden-Württemberg um eine Anhebung der Dringlichkeit bei den Ortsumgehungen von Trochtelfingen und Pflaumloch.

Nachdem gastgebender Landrat Stefan Rößle unter dem Motto „Miteinander sind wir stark“ die bereits umgesetzten gemeinsamen Aktionen aus dem Bereich des Tourismus aufzeigte und diesen Wirtschaftszweig als „Wachstumsbranche Nr. 1 weltweit“ betitelte, sah es MdL Winfried Mack, Repräsentant der CDU aus dem Ostalbkreis, als Verpflichtung an, die noch offenen Herausforderungen im Zusammenhang mit Straßen und Schienen gemeinsam zu lösen.

Die Teilnehmer des fünften länderübergreifenden Regionaltags verabschiedeten und unterzeichneten eine „Nördlinger Erklärung“, in welcher auf die herausragenden Chancen verwiesen wird, welche sich zum Beispiel aus den Zertifizierungen der beiden Geoparks „Ries“ und „Schwäbische Alb“ sowie dem Weltkulturerbe Limes auf dem. Die bereits bestehenden Netzwerke der mit Tourismus betrauten Organisationen sollen intensiviert werden. Von den daraus entstehenden Impulsen könnten alle profitieren, ein stärkerer Markt-

auftritt soll neue Gäste aus dem In- und Ausland in die Region führen. pmw

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 41 vom 01.01.2007

Anzeigenschluftermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Eröffnung der Gartenschau in Waldkirchen:

„Aufwärts, himmelwärts...“

Himmelsleitern ragen in die Luft, Kristallgärten strahlen in der Sonne: Optimismus heißt die Maxime der Regionalgartenschau, die vom 29. Juni bis 2. September in Waldkirchen stattfindet. Bürgermeister Josef Höppler hegt die Hoffnung, „dass wir unsere Tagesbesucher von der Schönheit der Bayerwaldstadt und der Gartenschau überzeugen und für einen späteren Urlaub hier gewinnen können“.

„Waldkirchen war schon immer eine Perle des Bayerischen Waldes. Aber mit dieser wirklich gelungenen Gartenschau wird die Stadt noch einmal um eine besondere touristische Attraktion bereichert, über die sich auch die Anwohner freuen können“, erklärte Finanzstaatssekretär Franz Meyer bei der Eröffnung der Regionalgartenschau in Vertretung des erkrankten Umweltministers Werner Schnappauf.

Gut angelegtes Geld

„Gerade weil Gartenschauen eine wichtige Chance für den Tourismus und die Bereicherung einer Stadt sind, fördert die Bayerische Staatsregierung sie

aktiv umgestaltet. Das nenne ich gut angelegtes Geld!“, sagte Meyer. Alles in allem summieren sich die Investitionen für die „Natur in Waldkirchen“ auf 3,52 Millionen Euro. Der Freistaat fördere die Gartenschau mit rund 2,4 Millionen Euro, davon stammen 1,3 Millionen Euro aus dem europäischen Fond für Regionalentwicklung. Meyer lobte ausdrücklich auch das starke finanzielle Engagement der Stadt Waldkirchen.

Pfiffiges Event

Der Staatssekretär wünschte der Regionalgartenschau 2007 „von ganzem Herzen Erfolg und den Besuchern viel Freude an dieser pfiffigen und wirklich

Sonnensegeln, Lichttherapien, Modegärten und vielen weiteren attraktiven Einrichtungen. Pflanzungen und Veranstaltungen hat die Gartenschau das Ziel, Menschen aufblühen zu lassen und deren Phantasie zu beflügeln. Auch die Nachbarländer Österreich und Tschechien haben die Möglichkeit, sich an der Gartenschau zu beteiligen.

Gigantische Ausblicke

Viele Besonderheiten zeichnen diese Gartenschau aus: Waldkirchen bietet Ein- und Ausblicke in die Landschaft, wie sie wohl sonst nirgends im Bayerwald zu genießen sind. Bis zum Alpenhauptkamm reicht der Blick bei schönem Wetter. Bei der höchstgelegenen Gartenschau Bayerns auf bis zu über 660 Metern ist innerhalb des Rundwegs ein Höhenunterschied von 127 Metern zu überwinden.

Rundweg

Die „kleine Landesgartenschau“, wie sie in Waldkirchen genannt wird, basiert auf einem dezentralen Ausstellungskonzept: Ziel ist es, die herausragenden landschaftlichen Gegebenheiten sowie das geschichtliche Potenzial der ehemaligen Salzsäuerstadt mit den Inhalten der Gartenschau zu verbinden. Der Rundweg spannt den Bogen zwischen dem neu entstandenen Stadtpark, über die historische Altstadt, dem Rathausvorplatz am südlichen Altstadtzugang, dem Friedhofsvorplatz und dem so genannten Aquasonum himmelblau, südlich des neuen Friedhofs bis zur Augenweide.

Von der Augenweide zum grünen Himmel

Von der Augenweide, dem temporären Ausstellungsgelände der Gartenschau, führt der Rundweg die Besucher weiter zu den landschaftlichen und historischen Besonderheiten des näheren Umfeldes von Waldkirchen, wie dem Zauberwald (ein ehemaliger Steinbruch), dem grünen Himmel (Karolikapelle mit Jahrhunderte alter Lindentallee) und der Lourdeskapelle, nordöstlich von Waldkirchen. Landschaftlich besonders reizvolle Ausblicke innerhalb des Rundwegs können die Besucher mit Hilfe von Himmelsleitern erleben.

Im Zauberwald wird der Besucher in eine mystisch fremde

Frühjahr 2008 auf einem Teil des bisherigen Parkplatzgeländes entstehen soll. 10 Arztpraxen und 4 Läden sollen dann ab Januar 2009 in den 3 Pavillions untergebracht sein, die Architekt Spengler vorstellte. Bereits 9 Ärzte aus den unterschiedlichsten Fachrichtungen haben eindeutiges Interesse gezeigt, weitere stehen bereits auf der Warteliste.

So konkret sind freilich die Pläne von BRK-Geschäftsführer Thomas Hofmann noch nicht geworden. Allerdings hält er den Standort am Krankenhaus und gleichzeitig in Stadtnähe für ideal zum Bau eines neuen Senioren- und Pflegeheimes. Angedacht sind 84 Bewohnerplätze, die in 6 Wohngruppen gegliedert werden sollen, um vor allem für Demenzzranke beste Wohn- und Pflegebedingungen bieten zu können. Bis Herbst 2007 soll durch ein Gutachten ein konkretes Konzept erstellt werden. Wenn keine weiteren Verzögerungen eintreten, kann dann auch 2008 mit der Umsetzung begonnen werden. **DK**



Von links: Die Engerl Verena Hess und Katharina Weisz, der Vorsitzende der Landesgartenschau-Gesellschaft, Roland Albert, Dagmar Voß, Geschäftsführerin Natur in Waldkirchen, Finanzstaatssekretär Franz Meyer, Dr. Jan Zahradnic, Landeshauptmann Südböhmen, Bürgermeister Josef Höppler, Konrad Kobler MdL, Jana Müller, Engerl, sowie Helga Altendorfer, Geschäftsführerin Natur in Waldkirchen. □

mit bedeutenden Mitteln: Seit 1980 sind weit über 50 Millionen Euro hierfür geflossen. Damit wurden Investitionen von 145 Millionen Euro initiiert und insgesamt 335 Hektar öffentliche Freiflächen saniert und at-

gelungenen Gartenschau“. Er beglückwünsche Waldkirchen und alle Mitstreiter an diesem Projekt zu dem „einnehmenden Konzept und zur wunderschönen Umsetzung“.

Mit blühenden Sonnengärten,

Gesundheitspark Füssen:

Drei Säulen für den Standort

Im Rahmen eines Pressegesprächs hat der Ostallgäuer Landrat Johann Fleschhut das Projekt Gesundheitspark Füssen vorgestellt. Bis zum Jahr 2010 soll die Sanierung des Krankenhauses Füssen vorgenommen werden. Zudem ist geplant, ein neues Ärztehaus sowie ein Senioren- und Pflegeheim des Bayerischen Roten Kreuzes zu errichten.

Wie Landkreischef Fleschhut betonte, „wird es vor allem für den Patienten Synergien geben“. Er werde gebündelte Kompetenz vorfinden. „Bei all unseren Gesprächen haben wir die Wirtschaftlichkeit bei jeder Säule ganz oben angestellt. Die Klinik Füssen wird dadurch gestärkt. Sie ist und bleibt ohne Zweifel ein Zukunftsstandort.“ Der Landrat dankte allen voran der Stadt Füssen und dem Denkmalschutz, die sich mit den vorgestellten Lösungen, der Standortfrage und der Einbindung in das Stadtbild mit Pulverturm intensiv beschäftigt und bereits grundsätzlichen Konsens signalisiert hätten.

110 Betten mit „Hotelkomponente“ wird es ab dem Jahr 2010 im Krankenhaus Füssen geben. Eine Reduzierung der Bettenzahl ist durch die kürzere Verweildauer der Patienten vorgegeben. Insgesamt wird die Zahl der Behandlungen und der Angebote jedoch gleich bleibend erhalten. Im

Herbst werden die Unterlagen beim Staatsministerium eingereicht. Neben der Bettensanierung, die bereits begonnen wurde, sollen Energieversorgung, Küche und Beschäftigtenbereich auf den neuesten Stand der Gesundheitsversorgung gebracht werden.

Fünf „Schatzkästlein“

Laut Vorstand Rainer Wuttke hat die Region Kaufbeuren/Ostallgäu dann fünf „Schatzkästlein“ im Klinikbereich. Architekt Marc Rehle stellte die Neuplanung vor, wobei insbesondere der neue ebenerdige Eingangsbereich mit direkter Anbindung zu einem Klinikcafé und dem Ärztehaus ins Auge fallen. Insgesamt sollen die Investitionen sich auf rund 7 Mio. Euro belaufen.

Das Investorenehepaar Sarah und Jürgen Jentsch aus Füssen sehen in dem Standort Krankenhaus Füssen einen idealen Standort für ihr Ärztehaus, das ab

Gz Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Es werde Licht! Diese plakative Forderung steht schon in der Bibel. Die Fähigkeit, die natürliche Dunkelheit mittels künstlichem Licht zu durchdringen, ist eine der großen zivilisatorischen Errungenschaften, die den Menschen vom Affen abheben.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ärgerte sich über eine von einem Fernsehsender angestoßene Diskussion, wonach die Kommunen in Deutschland ganz schreckliche Klimakiller wären, weil sie so üppige Straßenbeleuchtungen vorhielten.

Nun hat die Klimadebatte bei uns natürlich eine ganz eigenartige und seltsame Note, wie immer, wenn die Deutschen eine Grundsatzfrage ganz grundsätzlich erörtern. Dabei will ich gar nicht hinterfragen, ob der letzte milde Winter oder der strenge Winter 2005/06 Ausfluss des Klimawandels waren, ob das traumhaft schöne

Energie einsparen - ja, aber richtig!

Frühjahr 2007 eine apokalyptische Trockenheit oder der nasskalte Frühling 2006 eine neue Eiszeit ankündigen oder ob wir halt ganz natürliche Wetterphänomene erleben, die unsere Vorfahren nicht beunruhigt hätten, weil sie den Beruf des Klimaforschers nicht kannten.

Fakt ist - und diese Analyse hätte auch ohne Klimadebatte ihre Richtigkeit - dass die Menschheit insgesamt zu viel fossile Brennstoffe verbrennt, zu viel CO₂ emittiert und mehr Ressourcen verbraucht, als es im Hinblick auf die Verantwortung für künftige Generationen tunlich ist. Gut ist, dass wir im eigenen Land versuchen, das seit dem Ölpreisschock in den siebziger Jahren vorhandene, aber in seiner Konsequenz Durchsetzung sehr schwankende Bewusstsein für energieeffizientes Verhalten systematisch zu stärken. Ebenfalls richtig ist, dass die Kanzlerin bei unseren guten, weniger guten und polnischen Freunden in Europa und der Welt für Klimasensibilität und Ressourcenschonung wirbt. Überzeugender wäre unser Land allerdings, wenn wir statt neue Stein- oder Braunkohlekraftwerke zu bauen, unsere Kernkraftwerke nicht vom Netz nähmen.

Weil in Deutschland jede Debatte leicht ins

Welt entführt: Weg von streng gestalteten Formen gilt es hier, Zauberwesen in Bäumen, Drachenköpfe als Brücken und magische Gestalten zu errahnen. Der Zauberwald lässt der Fantasie freien Lauf und bietet Kindern die Möglichkeit sich zu

entfalten. Eine Naturbühne gibt Raum für Aufführungen von zauberhaftem Charme.

Blumenschauen

Neben den erwähnten Rundwegelementen bilden bei der

„Demografischer Wandel ist jeden Tag präsent“

Niederriedens Bürgermeister Josef Osterberger bei Talkrunde beim Bundes-Kongress in Berlin

Niederrieden (jm). Normalerweise sitzt er ehrenamtlich im Rathaus der 1350-Seelen-Gemeinde Niederrieden im Unterallgäu. Dieser Tage war Bürgermeister Josef Osterberger auf ganz anderem Terrain unterwegs. Stellvertretend für die so genannten kleinen Gemeinden in Deutschland war der Rathauschef zum Bundeskongress „Kommunen im Wandel“ in Berlin als Gesprächspartner eingeladen worden, um dort vor 380 Teilnehmern zu referieren. Osterberger war dabei einer von zwei Referenten aus Süddeutschland.

Die zweite Seniorenkonferenz, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund organisiert worden war, drehte sich um das Thema „Kommunen im Wandel - Engagement, Innovation und Vernetzung älterer Menschen“.

Innovation und Partizipation

Josef Osterberger war Diskussionssteilnehmer im Fachforum III mit dem Titel „Innovation und Partizipation in einer generationsgerechten Gemeinde“ und stellte hier am Beispiel von Niederrieden die Möglichkeiten einer kleinen Gemeinde vor, sich auf die demografische Entwicklung mit dem

starken Anstieg an älteren Bürgerinnen und Bürgern einzustellen.

Aus dem Nähkästchen

„Wir Bürgermeister vom Lande brauchen keine statistischen Auswertungen, um zu sehen, was bei uns los ist. Wenn die Kindergartengruppen und Schulklassen immer kleiner werden, aber auf der anderen Seite der Stapel der Glückwunschscheiben zum Geburtstag unserer Senioren immer dicker wird, dann bekommt man den demografischen Wandel jeden Tag hautnah mit“, erklärte Osterberger in der Diskussion, die von Helga Walter von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen moderiert wurde. Der Niederriedener Rathauschef plauderte aus dem Nähkästchen und zeigte die Mög-

hysterische ausschlägt, wurde der Ausstieg aus der emissionsfreien Kernkraft zum sakrosankten Staatsdogma erhoben, die Erzeugung von Biokraftstoffen wird als Anschlag auf die Ernährungssicherheit der Menschheit gebranntmarkt und die Diskussion auf absurde Nebenkriegsschauplätze gelenkt. Stichworte: Verbot von herkömmlichen Glühbirnen und Ferienflugreisen.

Jetzt also die Straßenbeleuchtung. Mein Chef hat da eine ganz klare Ansage: Kommunale Straßenbeleuchtung ist ein Stück Daseinsvorsorge, Sicherheit und Lebensqualität. Deshalb wird unter ihm in unserer Stadt kein so zynisches Programm aufgelegt, dass Jogger oder Spaziergänger, die nachts im Park auf beleuchteten Wegen laufen wollen, das Einschalten der Straßenlaternen über einen - natürlich satt gebührenpflichtigen - Anruf bei den Stadtwerken bestellen und bezahlen müssen. Dieses „light on demand“ ist ein Schlag ins Gesicht der Bürger, die sich eigentlich zu jeder Tages- und Nachtzeit frei, sicher und unbeschwert überall in einer Stadt aufhalten können sollten.

Natürlich muss man offen sein für alles, was die Straßenbeleuchtung energieeffizienter macht. Neue Generationen von Leuchten, vielleicht ein bisschen gedämpfter, vielleicht etwas später in der Dämmerung ein- und etwas früher im Morgengrauen abgeschaltet - das ja. Aber dunkle Ecken in der Stadt, in die sich niemand mehr traut: Nein Danke.

Mein Chef, der Bürgermeister, weiß genau, wo am meisten Energie gespart werden könnte. An der Dämmung der kommunalen und privaten Gebäude. Würde die bei den Altbauten so konsequent umgesetzt wie bei unseren Neubauten, wären die Klimaziele schnell erreicht. Aber er hält den Mund, denn die Investitionskosten sind gigantisch. Viel lieber schaut er in das heutige Kalenderblatt, auf dem ein Satz des Philosophen Arthur Schopenhauer steht: „Ein eigentümlicher Fehler der Deutschen ist, dass sie was vor ihren Füßen liegt, in den Wolken suchen.“

the
Sabrina

Natur in Waldkirchen die gärtnerischen Inhalte natürlich einen Schwerpunkt: In der Blumenhalle finden 6 wechselnde Blumenschauen statt. Stilecht im Bereich des Friedhofs gibt es 10 Mustergräber mit beispielhafter Bepflanzung und außergewöhnlichen Grabmalen. Auf der Augenweide wurden 19 Gärten des Verbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern e.V. und des Bundes deutscher Baumschulen Bayern e.V. angelegt. Zusätzlich geben Experten auf dem Gartenschauengelände täglich nützliche Tipps. **DK**

lichkeiten auf, wie sich Gemeinden auf den Trend zur Seniorengesellschaft einstellen können: „Wir in Niederrieden haben die alte Schule zu einem Gemeinschaftszentrum für Vereine umgebaut, das Rathaus, der Dorfladen und mittlerweile auch die Kirche sind barrierefrei zugänglich, so dass auch Senioren, die einen Gehwagen oder einen Rollstuhl brauchen, unsere Einrichtungen gut erreichen können.“

Nahversorgung sichern

Ein wichtiger Aspekt sei auch die Sicherung der Nahversorgung in den Gemeinden auf dem Land. „Ältere Menschen kaufen gerne am Ort, die fahren nicht mehr kilometerweit in eine größere Stadt. Sie nutzen den örtlichen Laden als Kommunikationszentrum und Begegnungsstätte. Dieser soziale Aspekt ist für die Zukunft besonders für Senioren sehr wichtig und bindet sie täglich in das Leben in einer bürgerfreundlichen Kommune mit ein“, so Osterberger. □

Stiftungsklinik Weißenhorn:

Einweihung des zweiten Bauabschnitts

Nach zwei Jahren Bauzeit konnte Hausherr Landrat Erich Josef Geßner mit zahlreichen Ehrengästen die Fertigstellung des zweiten Bauabschnitts der Stiftungsklinik Weißenhorn feiern. „Die Erweiterung des Hauses war notwendig, damit die Stiftungsklinik Weißenhorn sich im immer härter werdenden Wettbewerb in der Kliniklandschaft auch künftig als ein Erfolgsmodell präsentieren kann“, machte Geßner in seiner Ansprache zur Einweihung deutlich. Schließlich sei die Stiftungsklinik Weißenhorn in den letzten zwei Jahrzehnten zu einer der ersten Adressen unter den Kliniken Schwabens geworden, betonte er.

15,3 Millionen Euro hat der Landkreis in den Neubau eines Funktionstraktes mit Diagnosezentrum und Notfallversorgung investiert. In den Kosten enthalten ist eine überdachte Einfahrt für Liegendkranke, eine neue Lüftungszentrale über dem OP- und Sterilisationsbereich sowie die Restsanierung der OP-Abteilung inklusive Zentralsterilisation. Für die Planung, Konzeption und Umsetzung der Maßnahme zeichnete auch beim zweiten Bauabschnitt das Münchner Architekturbüro Juergen Schröder verantwortlich. Der Freistaat Bayern unterstützt die Maßnahme mit 13,2 Millionen Euro.

Erster Bauabschnitt

Der erste Bauabschnitt war im Oktober 2003 eingeweiht worden. Er beinhaltet den Neubau eines modernen viergeschossigen Bettentraktes mit Haupteingang und Cafeteria in Höhe von rund 19 Millionen Euro.

Noch kann die Stiftungsklinik mit Stiftungsdirektor Konrad

Hunger an der Spitze die Hände aber nicht in den Schoß legen. In einem dritten Bauabschnitt stehen Umbaumaßnahmen in den beiden Altbauten sowie der Neubau einer Küche und eines Schlaflabors an. Derzeit laufen die Planungen für Bau und Ausstattung. Die Baukosten sind auf insgesamt acht Millionen Euro veranschlagt. Das Bauvorhaben ist in das Jahreskrankenhausbauprogramm 2007 mit einem Förderbetrag von 5,61 Millionen Euro aufgenommen und damit finanziell abgesichert.

Finanzieller Kraftakt

In der Planung ist auch noch der Bau eines Parkhauses mit Hubschrauberlandeplatz, für den das Genehmigungsverfahren abgeschlossen werden konnte. Die Baukosten werden auf 1,5 Millionen Euro veranschlagt.

„Insgesamt werden wir rund 44 Millionen Euro bei der Stiftungsklinik Weißenhorn investieren, um eine umfassende und hochwertige Versorgung unserer Pati-

enten gewährleisten zu können“, erklärte Geßner. Dies sei ein enormer finanzieller Kraftakt, der ohne die Hilfe des Freistaates Bayern nicht möglich gewesen wäre, betonte der Landrat. „Ich danke ganz herzlich für beinahe 20 Millionen Euro, die wir als Fördergelder erhalten haben und die zehn Millionen Euro, die wir noch erhalten werden“ wandte er sich an Staatssekretär Jürgen Heike vom bayerischen Sozialministerium, der als Vertreter des Freistaates beim Festakt anwesend war.

Logistische Glanzleistung

Seinen Dank sprach Landrat Geßner insbesondere dem Stiftungsdirektorium aus. „Sie führen unsere Klinik in Weißenhorn auch unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten hervorragend“, unterstrich Geßner. Die Klinikleitung habe mit den Ärzten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die logistische Glanzleistung erbracht, den Betrieb während der Bauarbeiten ohne sichtbare Einschränkung fortzuführen, lobte er das Engagement der Verantwortlichen. Federführend für das Haus in Weißenhorn sei Stiftungsdirektor Konrad Hunger. „Sie haben schon vor 20 Jahren bewiesen, dass man eine Klinik auch ohne Defizit erfolgreich führen kann“, hob Geßner hervor.

Stiftungsdirektor Hunger gab das Lob gerne an Landrat Geßner zurück: „Gerade Sie haben mit Ihrer geschickten Verhandlungsführung, mit Ihrem Engagement und Ihrer Durchsetzungskraft, gepaart mit innovativen Ideen erreicht, dass der zweite Bauabschnitt erstellt werden konnte“. Zusammen mit den Mitgliedern

des Kreistags habe der Landrat eine zukunftsweisende, kluge Investitionsentscheidung getroffen. Allen dankte er für den Weitblick und das stets offene Ohr für die vielfältigen Belange der Stiftungsklinik.

Besonderes Flair

Sozialstaatssekretär Jürgen Heike zeigte sich in seiner Festansprache begeistert von den Umbaumaßnahmen der Stiftungsklinik: „Der denkmalgeschützte Uraltbau des Krankenhauses von 1833 fügt sich harmonisch zusammen mit den Neubauteilen und gibt diesem Haus ein ganz besonderes Flair.“ Mit der Einweihung des neuen Funktionstraktes mit Nofaufnahme, Endoskopie, Röntgen- und Funktionsdiagnostik habe die Einrichtung einen weiteren gewaltigen Schritt nach vorne getan. „Die 13,24 Millionen Euro, die für dieses Vorhaben im Jahreskrankenhausprogramm des Freistaates Bayern ausgewiesen sind, sind hier bestens angelegt“, sagte Heike.

Zeichen der Zeit erkannt und umgesetzt

Mit seinem Konzept zur Neuordnung der Krankenhausstrukturen im Landkreis Neu-Ulm im Jahre 2004 habe der Träger rechtzeitig die Zeichen der Zeit erkannt und umgesetzt, würdigte er das Engagement der Verantwortlichen. „Sie haben frühzeitig erkannt, dass in der Zukunft eine bedarfsgerechte stationäre Versorgung in einer ländlichen Region, die noch dazu in Ulm eine universitäre Hochleistungsklinik in der Nachbarschaft hat, nur mit Krankenhäusern möglich und finanzierbar wird, die miteinander kooperieren und ihr Leistungsangebot miteinander abstimmen“, führte Heike aus. Mit der Konzeption sei die Basis für die Fortführung der Baumaßnahmen bei den Häusern geschaffen worden, machte er deutlich.

Die Donauklinik Neu-Ulm, die Illertalklinik Illertissen sowie die



Von links: Landrat Erich Josef Geßner, Sozialstaatssekretär Jürgen Heike und Stiftungsdirektor Konrad Hunger.

Stiftungsklinik Weißenhorn werden seit Januar 2005 gemeinsam unter dem Dach der Kreisspitalsstiftung Weißenhorn geführt. Die Stiftungsklinik Weißenhorn ist ein Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung mit 160 Betten. Jährlich werden rund 6.500 Patienten stationär und 13.000 ambulant betreut. Die Klinik beschäftigt 250 Mitarbeiter. Sie bietet: Notfallversorgung; Anästhesie-

und Intensivmedizin; Innere Medizin mit den Schwerpunkten Kardiologie, Gastroenterologie, Onkologie, Hämatologie, Diabetologie und Schlafmedizin; Allgemein-, Viszeral- und Gefäßchirurgie; Orthopädie, Unfall- und Wiederherstellungschirurgie; Radiologie mit Computertomographie sowie Orthopädie (Belegarztteilung und ambulantes Operieren).

Modellversuch soll den Weg in einen Job ebnen:

„Nordschwaben packt an“

Unter der Projektbezeichnung „Nordschwaben packt an“ wird in den nordschwäbischen Landkreisen Günzburg, Dillingen, Donauwörth und Augsburg an Berufsschulen eine Klasse für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz eingerichtet. Dort sollen jeweils 20 bis 24 Schüler auf die Anforderungen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes vorbereitet werden. Zielgruppe sind berufsschulpflichtige Jugendliche, die aufgrund mangelnder Qualifikation keinen Ausbildungsplatz bekommen haben.

Landrat Hubert Hafner hat erreicht, dass auch an der Berufsschule in Günzburg ab dem kommenden Schuljahr eine solche Klasse eingerichtet wird. Im Rahmen des Qualifikationsprogramms sollen die Jugendlichen ein Schuljahr lang zwei Tage pro Woche im Unterricht an der Berufsschule in Günzburg mit theoretischen Lerninhalten auf die Arbeitswelt vorbereitet werden. An weiteren drei Tagen der Woche

werden die Jugendlichen bei einer fachpraktischen Ausbildung an die realen Gegebenheiten der täglichen Arbeit herangeführt. Dabei sollen auch fachpraktische Grundlagen und soziale Kompetenzen für eine künftige Berufsausbildung vermittelt werden. Träger dieser fachpraktischen Ausbildung ist die Bundesagentur für Arbeit, in deren Auftrag das „bfz“ den Schülern die Grundlagen vermittelt. **Hans Joas**

Vorschau auf GZ 14

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 14, die am 19. Juli erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Winterdienst-Planung - Kommunalfahrzeuge
- Fachliteratur für Kommunalverwaltungen

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Außen
• Abfallbehälter
• Absperrrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen

elbe Produktion · Vertrieb: GmbH & Co.
IndustrieStr. 1 · D-97285 Wöllingen
Tel. 093 381 29 0 · Fax 093 381 29 91
E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

HLAHO Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raffelisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: 0461-77306-0 · Fax: 0461-77306-35
E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
www.KOMPAN.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe Produktion · Vertrieb: GmbH & Co.
IndustrieStr. 1 · D-97285 Wöllingen
Tel. 093 381 29 0 · Fax 093 381 29 91
E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

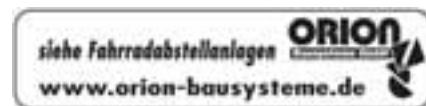
BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Weihnachtsbeleuchtung



Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74